Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 72 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 597 SONNABEND, 19. DEZEMBER 1931 MORGEN-AUSGABE

Gaspreis 10 Prozent gesenkt

Vom Januar ab — Elektrizität soll folgen

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Gaswerke hat gestern nachmittag beschlossen, die Preise für den Gasverbrauch im Haushalt, im Gewerbe und in der Industrie um zehn v. H. herabzusetzen. Die Verbilligung beginnt mit der Januar-Abrechnung.

In der mehrstündigen Sitzung, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Elsas stattfand, waren mehrfach Bedenken gegen eine so weitgehende Senkung aller Gastarife zum Ausdruck gekommen. Nach den Berechnungen der Direktoren geht eine Preissenkung in diesem Umfange wesentlich über das hinaus, was durch die Notverordnung und ihre Auswirkungen erspart wird. Ausschlaggebend war schließlich die Erwägung, daß die Stadt bei der von der Regierung erstrebten allgemeinen Senkung des Preisniveaus mit gutem Beispiel vorangehen müsse und daß eine derartige Senkung der städtischen Tarife nicht nur in Privathaushalten, sondern auch in handwerklichen und industriellen Betrieben günstige Folgewirkungen hervorrufen wird. Der Preis für das Haushaltsgas wird damit von 18 Pfennig auf 16,2 Pfennig für den Kubikmeter gesenkt. Ebenso sieht es bei den Gastarifen für Industrie und Handwerk aus. Hier lassen sich jedoch keine festen Zahlen nennen, da verschiedenartige Verträge bestehen.

Von den Berliner Städtischen Gaswerken werden vor allem die Ortsteile Alt-Berlin, Charlottenburg, Spandau, Köpenick, Weißensee, Pankow, Reinickendorf, das Ostthweelland, fast sämtliche Gemeinden Niederbarnims, außer Bernau usw. versorgt. Dagegen beziehen noch rund 23 Prozent aller Berliner Haushalte, besonders in Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Niederschöneweide, Buckow und Rudow ihr Gas von der Gasbetriebs A.-G., die zum Dessauer Gaskonzern gehört. Man wird selbstverständlich erwarten dürfen, daß die Gasbetriebs A.-G. jetzt schnellstens die Preise im selben Umfange senkt wie die Berliner Städtischen Gaswerke.

Wieweit die Kokspreise der Gaswerke gesenkt werden, steht noch nicht fest, da der Reichskohlenrat, der die Herabsetzung der Preise für Kohle und Koks beschließen soll, erst am 29. Dezember in Berlin zusammentritt. Die Grundgebühr für Gaszähler bleibt wie bisher bestehen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung verhandelte gestern auch mit den Vertretern der öffentlichen und privaten Elektrizitätswerke über die Frage der Preissenkung. Bei den Besprechungen zeigte sich allgemein die Bereitwilligkeit, die jetzt eintretenden Ersparnisse im Rahmen des wirtschaftlich und finanziell Vertretbaren dem letzten Konsumenten zugute kommen zu lassen. Die weiteren Maßnahmen, die vom Reichskommissar überwacht werden, sollen sich nach den besonderen örtlichen Verhältnissen richten. Bei der Berliner Kraft- und Licht-A.-G. sind noch statistische Berechnungen im Gange. Es besteht aber kaum ein Zweifel darüber, daß auch die Berliner Elektrizitätspreise in kurzer Zeit gesenkt werden.

Siehe auch erste Beilage

Der zweite Plan

Von
WILM STEIN,
Berichterstatter der Vossischen Zeitung

MOSKAU, IM DEZEMBER

Es gibt eine Moskauer Behörde, die unter anderem für die Bereitstellung von Knöpfen für Stadt und Land zu sorgen hat, von Jackenknöpfen und Hosenknöpfen, von Hemdenknöpfen und Mantelknöpfen. Und es gibt eine Moskauer Fabrik, die Knöpfe fabrizieren kann. Der Chef der Behörde und der Direktor der Fabrik haben oft genug von Prämien, Belohnungen, Auszeichnungen — bis zu hohen und höchsten Orden des Kommunistischen Staates — gelesen, die auf Chefs und Direktoren niederregneten, wenn es ihnen gelang, die Ziffern des „Plans" zu überbieten, den Fünfjahrplan ihres Betriebes in drei oder in zweieinhalb Jahren zu „erfüllen". Und somit bestellte die Behörde für alle Fälle ein Vielfaches des Bedarfs — und die Fabrik verdoppelte oder verdreifachte den Auftrag, indem sie alle ihre Kräfte auf die Produktion eines besonders rasch herzustellenden einfachen Knopfes konzentrierte. In Ziffern: nach dem „Plan" brauchte die Behörde etwa für 150 000 Rubel Knöpfe und bestellte vielleicht für 600 000 („Vierjahrplan in einem Jahr"), die Fabrik aber lieferte für 3,15 Millionen („Fünfjahrplan in einem Jahr"). Im Resultat mangelt es in und um Moskau an allen gangbaren und besseren Knopfsorten, dagegen füllen für mehr als drei Millionen billigster und im Format fast nie „gefragter" Knöpfe die Lager bis zum Ueberlaufen.

Der Eifer der beiden Chefs wurde diesmal nicht anerkannt; im Gegenteil — sie wurden durch einen Ukas der Regierung und des Parteizentralkomitees zu strafrechtlicher Verantwortung gezogen als „Desorganisatoren der Arbeiterversorgung"; zugleich mit ihnen aber rund 30 andere Chefs und Direktoren anderer Fabriken und Behörden, womit die Knopfgeschichte als eine typische Erscheinung der sowjetischen Wirtschaft und nicht als krasser Ausnahmefall oder Sabotageakt erscheint . . .

Die schlechte Organisation ist nicht der springende Punkt, sondern der Rausch an „Tempo" und „Produktionsziffer", der als eine der recht zweifelhaften Segnungen des Fünfjahrplans die Sowjetwirtschaftler ergriffen hat.

Und mit der jahrelang — wenn auch nicht grade bei Knöpfen — geduldeten, ja geförderten Ueberschätzung der Produktionsziffer soll nun, nach vielen mißlungenen Ansätzen, im Jahre 1932, im letzten Jahre des ersten Fünfjahrplans, endgültig Schluß gemacht werden. Die Hauptaufgabe sei jetzt der „Kampf für Qualität", hat Sulimow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Russischen Republik, soeben als Richtlinie für 1932 verkündet. Der „Kampf für Qualität" wird auch eine der Hauptlosungen sein, unter denen die Parteikonferenz im Januar den „Zweiten Fünfjahrplan" starten wird.

*

Selbstverständlich wird auch der Zweite Fünfjahrplan mit imposanten Investierungs- und mit gewaltigen Produktionsziffern aufwarten: er wird vor allem das Riesenwerk des weiteren Ausbaus des Ural-Kusnetzker Gebiets zur „zweiten sowjetischen Kohlen- und Metall-Basis" vorzeichnen; er wird die Schaffung neuer Industriegebiete, neuer Industriezentren bringen; er wird der Industrialisierung der Nationalen Republiken der Sowjetunion Mittel und Programme vorschreiben; er wird die Massenkollektivierung auch in den Nicht-Getreide-Gebieten fördern; er wird für den Bau von Traktorstationen, für die Mechanisierung der Landwirtschaft Ziffern ansetzen, für den Autobau, für die Eisenbahn, für Chausseen, Kanäle, Kraftstationen — kurz, er wird den Industrieaufbau, die Industrialisierung des Landes weitertreiben, wie sie in der ersten Fünfjahrperiode begonnen sind.

Und doch etwas anders; mit sehr nachdrücklichem Unterstreichen, daß die erzielte Quantität nicht ausschlaggebend sein soll, mit Betonung sozusagen des Gedankens, daß zehn gute und haltbare Maschinen nützlicher und billiger sind als hundert, die in kurzer Frist zum alten Eisen gehören.

Man hat nach allem, was vorläufig schon über den Zweiten Fünfjahrplan zu hören ist — trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten — noch nicht die Gründerfreude und Baulust der ersten Planperiode verloren; man gibt noch kein Signal „Das Ganze halt", um die unter Entbehrungen und Mängeln am Nötigsten vorwärts gejagten Massen zum Aufatmen kommen zu lassen; man erinnert schon heute mit deutlicher Absicht an Stalins Wort, in zehn Jahren wolle man die

Heimwehr-Putschisten freigesprochen

Die Geschworenen verneinen die Frage des Hochverrats

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 18. DEZEMBER

Dr. Pfrimer und alle seine Mitangeklagten sind freigesprochen worden! Nach fünfstündiger Beratung beantworteten die Geschworenen die Hauptfrage wegen Hochverrats für Dr. Pfrimer mit 12 Nein-Stimmen und für alle anderen ebenfalls mit 12 Nein. Die Eventualfragen mußten daher entfallen. Innerhalb und außerhalb des Grazer Gerichtsgebäudes fanden Ovationen für die Freigesprochenen statt. Polizei und Gendarmerie sind in starker Bereitschaft ausgerückt und mit Stahlhelmen ausgerüstet.

Der Staatsanwalt hatte sein Plädoyer mit dem Hinweis darauf geschlossen, daß drei Menschen getötet wurden, drei Mütter um ihre getöteten Söhne weinten: „Es ist nicht auszudenken, welche Wirkungen die Tat der Angeklagten gehabt hätte, wenn der Putsch nicht so rasch zusammengebrochen wäre. Ein Abgrund des Hasses hat sich aufgetan. Wenn ich den Eindruck, den dieser Prozeß auf mich gemacht hat, schildern soll, dann muß ich sagen, entsetzliches Grauen hat mich erfaßt, als ich gesehen habe, wie hier politische Gegner ausgesagt haben. Ich glaube, im Namen aller friedlichen Bürger sprechen zu können, wenn ich Ihnen zurufe: Es ist nichts schändlicher, als mit den Waffen in der Hand das eigene Volk zu bekämpfen. Meine Herren Geschworenen, Sie dürfen sich nur die Gerechtigkeit zum Ziel setzen, und es gibt nur eine Gerechtigkeit. Ein Freispruch würde diesen Staat, der Ihrer Entscheidung mit Spannung entgegensieht, schutzlos, würde ihn zu einem Feld für Abenteurer machen. Ich warne Sie daher, diese Angeklagten freizusprechen. Ein Freispruch wäre ein Freibrief für alle diese politischen Abenteurer. Verscheuchen Sie das drohende Putschgespenst. Ein Freispruch würde das Chaos über uns bringen."

Obgleich dieser Ruf an das Gewissen nicht ohne Eindruck blieb, gelang es den Verteidigern der Angeklagten ziemlich mühelos, bei den Geschworenen, die nicht nur äußerlich in ihren Heimwehruniformen, sondern auch innerlich mit den Pfrimerleuten sympathisierten, den Mut für einen Freispruch wieder zu stärken.

Nach den Reden der Verteidiger hatte der Staatsanwalt nochmals eine ernste Mahnung an die Geschworenen gerichtet, was im Zuschauerraum starke Heiterkeit hervorrief. Nach der Replik des Anwalts Dr. Busson, der Dr. Pfrimer mit Andreas Hofer zu vergleichen wagte, brachen die Zuhörer in ungeheuren Beifall aus, so daß der Vorsitzende sich endlich entschließen mußte, den Schwurgerichtssaal räumen zu lassen. Nachdem ein großes Wachaufgebot diese Räumung durchgeführt hatte, verlangten die Verteidiger, daß unter den „Vertrauensleuten", die an Stelle des Publikums im Saal blieben, sich Fürst Starhemberg befinde.

Dr. Pfrimer erklärte in seinem Schlußwort, wenn man ihn und seine Kameraden verurteile, dann spreche man auch ein Urteil gegen die deutsche Treue und Disziplin aus. Das Urteil sei eine Schicksalsfrage für alle Heimwehrkameraden. „Ich bitte", rief er, „um Freispruch im Namen des deutschösterreichischen Volkes." Pfrimer wurde nach dem Freispruch auf freien Fuß gesetzt und fuhr im Auto nach einem Hotel, wo ihn seine Freunde mit Jubelkundgebungen empfingen.

Nach dem 15. Juli 1927 sind viele, die in Wien nach dem Brand des Justizpalastes mit der Waffe in der Hand betroffen worden waren, streng bestraft worden. Die Heimwehrputschisten gehen frei aus. Die Rückwirkung im Lande kann nicht ausbleiben. Für den Weihnachtsfrieden, den die Regierung verordnet hat, bedeutet dieser Freispruch ein mißtönendes Geläute.

*

Der Freispruch von Graz ist ein Freibrief für jede beliebige Gruppe, die sich auf ein paar Maschinengewehre stützen kann. Das Unternehmen des steirischen Heimwehrführers ist mit einer Frivolität ohnegleichen in Szene gesetzt worden. Er hat die eigenen Anhänger mit gefälschten Berichten über angebliche linksradikale Unruhen getäuscht und durch die Versicherung, daß die Staatsbehörden mitmachen, betrogen. Als die Sache nicht klappte, hat er alles stehen und liegen lassen und ist ins Ausland geflüchtet. Zum Schluß dieser glorreichen Affäre erfolgt solenner Freispruch und allgemeine Beglückwünschung. Was sich bei dieser Gelegenheit und auch sonst an Führerqualitäten gezeigt hat, das ist so über die Maßen kläglich, daß einem die braven Leute nur leid tun können, die in gutem Glauben und ehrlicher Opferbereitschaft ihrem Auf folgen. Widerspruchsvoll und unklar in ihren sachlichen Zielen, durch persönlichen Ehrgeiz gegeneinander gestimmt und nur einig in dem Wunsch nach irgendeiner Veränderung, sind diese Provinzgrößen kein ernsthafter politischer Faktor. Aber der Schaden, den sie stiften, ist doch groß genug, und die Verwirrung die sie anrichten, ist eine schwere Belastung für den armen Donaustaat, der von seinen Bürgern und vor allem von seinen arbeitenden Massen so viel Geduld und Entsagung verlangen muß.

kapitalistische Welt technisch-wirtschaftlich einholen und überholen. Aber — man will „dem Ochsen, der da drescht" das Maul offenbar nicht mehr ganz so fest verbinden wie bisher. Ist auch für die nächste Fünfjahrperiode noch keine Rede davon, daß man die Verbrauchsindustrie zum Lieblingskinde macht, daß man die Sorge um Marktware allen anderen vorantstellt, daß man Kleidung und Stiefel und Butter und Fleisch für Arbeiter, Städter und Landmann für wichtiger erklärt als neue Flugzeuge, chemische Fabriken oder ein Stahlwerk riesigen Ausmaßes — so will man doch immerhin die „materiellen Bedingungen der Arbeiterschaft auf Grund der schon erreichten Erfolge der sozialisierten Industrie" verbessern; man will Auge und Herz nicht nur auf die „Giganten", auf Magnetogorsk und Tscheljabinsk und Kusnetzkstroj richten, sondern auch auf Belebung der lokalen Klein- und Heimindustrie, auf Befriedigung der dringendsten Nöte an Massengebrauchsartikeln, an Verpflegung und Versorgung. Man wird, wie offiziöse Parteiäußerungen zeigen, das stürmische Tempo der Industrialisierung und Sozialisierung, das den Politikern nötig, den Wirtschaftlern bedenklich scheint, ein wenig dämpfen; man hat zur Beilegung des ewigen Kampfes um das „Tempo" die salomonische Formulierung bereit: „gegen die rechtsopportunistische Forderung der Tempoverlangsamung — aber auch gegen die phantastische Projektenmacherei der Linken."

Man wird also, da die Fabriken nicht genügend Rohre für Wasserleitungen herstellen können, weder auf den Bau neuer Häuser vorläufig verzichten (Rechtsopposition), noch zehn neue Großfabriken für Leitungsröhren in Bau nehmen (Linke), sondern man wird die handwerkliche Herstellung hölzerner Wasserleitungsrohre fördern (Rede Sulimows im Rate der Volkskommissare).

Kampf für die Qualität, Kampf für Senkung der Gestehungskosten, Kampf für Steigerung der Arbeitsergiebigkeit — das wird in dicken Lettern dem Zweiten Fünfjahrplan voranstehen. Wer liebkos zurückblättert in den Reden zur Geburt des Ersten Fünfjahrplans findet dort in einem Vortrage in der Staatlichen Plankommission gesagt, Zentralidee der Planperiode sei die Erhöhung der Arbeitsergiebigkeit um 107 v. H., die Steigerung der Ernteergiebigkeit pro Hektar um 30 v. H., die Senkung der Produktionskosten um 32 v. H. Diese „Zentralideen" sind im Ersten Fünfjahrplan fromme Wünsche geblieben; für den Zweiten Fünfjahrplan müssen sie wenigstens im großen Ganzen „Zentralidee" werden, sonst kann sich kein noch so bolschewistischer Staat auf neue lange Jahre eine so luxuriös-unrentable Wirtschaft leisten, wie sie die sowjetische durch Verachtung der „Qualitätsfaktoren" in der ersten Gründerperiode gewesen ist. Mit einem heiteren Auge über den „Enthusiasmus der Arbeiterschaft" und einem nassen Auge über die Unwirtschaftlichkeit ihres Mühens dürften die Redakteure des größten Moskauer Blattes den Bericht über die „Geburt des Exkavators" zum Druck gegeben haben: ein Moskauer Trust hatte einerseits errechnet, daß ein Trockenbagger die Arbeit von 45 Leuten schafft, die sonst den Lehm für die Ziegelbrennerei mit Schaufeln fördern, und hatte andererseits festgestellt, daß solch Bagger 20 000 Rubel kostet. Die Arbeiterschaft — eingehend unterrichtet — beschloß enthusiastisch, selbst zwei Bagger zu bauen. Lange Wochen verhandelte man, um eine geeignete Fabrik stillzulegen und zu okkupieren, dann richtete man sie sechs Monate lang ein, dann montierte man zwei Monate — und nun hat man zwei Bagger, bei denen allerdings alle vorgeschriebenen Stahlteile teils teuer durch Bronze, teils unhaltbar durch Eisenguß ersetzt wird. Ueber die Taktraft und den Ethusiasmus der Arbeiter ist nicht zu streiten; aber daß derlei Experimente wirtschaftliche Schildbürgerei sind, darf man eigentlich auch laut sagen.

Wenn man in Moskauer Blättern (nicht an dieser, aber an zahllose andere Fälle höchst unrentabler Selbsthilfe denkend) stolz erklärt: „Wir können jede beliebige komplizierte Maschine, die wir bisher importierten, mit eigenen Kräften bauen . . .", so erinnert das lebhaft an den zu Druckpapier gebrachten Stolz der Kriegszeit, in der man auch alles Benötigte (mit oder ohne „Ersatz") selber machte, da kosten und Rentabilität gar keine Rolle spielten.

Und vielleicht erinnert es mit einem gewissen Recht? Der Gedanke an den „Krieg gewisser Imperialisten" gegen die Sowjetunion als Ablenkung der Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Staaten, als etwaigen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise, schläft in Moskau nie. Und wie festzustellen ist, daß die Kriegsindustrie in der ersten Fünfjahrsperiode sich gut entwickelt hat, so ist auch zu bemerken, daß der Zweite Fünfjahrplan sich für Elektrifizierung, Rekonstruktion der Eisenbahn und Chemische Industrie besonders einsetzen wird. Das kann gewiß auch vorwiegend wirtschaftlichen Erwägungen entsprechen; weniger aber die Worte des offiziellen Moskauer Parteiorgans, das den propagandistischen Wert der sowjetlichen „Fünfjahrpläne" mit ihren Riesenziffern sehr hoch einschätzt und in der sowjetfreundlichen Stimmung der krisenbedrückten Massen Europas die beste Sicherung gegen einen kriegerischen Angriff sieht; es sagt kurz und bündig: „Die Sowjetunion . . . ist die Basis der Weltrevolution. Und wenn die Erfolge unseres ersten Fünfjahrplans die größte Begeisterung unserer Freunde hervorrufen, die proletarischen Massen revoluttionieren, ihre Kräfte im Kampf mit dem Kapital verzehnfachen — welchen mächtigen revolutionären Einfluß wird dann unser zweiter Fünfjahrplan ausüben! . . ."

Dr. Adolf Stransky †

In Brünn ist Dr. Adolf Stransky gestorben, der Präsident der Prager Eisenindustriegesellschaft. Stransky hat die Brünner „Lidowe Noviny" gegründet, ein Blatt, das heute zu den größten tschechischen Zeitungen zählt. Vor dem Kriege war er Abgeordneter des österreichischen Reichsrats. Nach dem Umsturz wurde er erster Handelsminister der tschechoslowakischen Republik. Sein Sohn, Dr. Jaroslaw Stransky, Politiker, Gelehrter und Publizist, steht jetzt als Hauptankläger gegen den früheren Minister Stribrny im Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Freundliche Töne für England

Beginn der Pariser Reparations-Vorbesprechungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 18. DEZEMBER

Die mündliche Fortsetzung des französisch-englischen Notenaustausches über die Reparationsfrage, die wir gestern ankündigten, ist rasch zur Tatsache geworden. Der Unterstaatssekretär des englischen Schatzamtes, Sir Frederic Leith-Roß, ist mit seinen beiden Mitarbeitern Hawtrey und Bewlet in Paris eingetroffen und hat heute bereits die ersten Besprechungen mit dem Leiter der Schuldenverwaltung im französischen Finanzministerium Escallier geführt. Die Verhandlungen werden offiziös ausdrücklich als Vorbereitung für die Reparationskonferenz der Regierungen bezeichnet.

Mit der Ankunft der Engländer ist auch der Ton in der regierungsfreundlichen Pariser Presse wie umgewandelt. Wenn man sich in der vorigen Woche noch darin überbot, den Engländern wegen ihrer Handelspolitik und ihrer Haltung in der Frage der Privatschulden schwerste Vorwürfe zu machen, so ist jetzt alles auf Freundschaft und Verbrüderung eingestellt. Man will anscheinend selbst unter großen Zugeständnissen auf handelspolitischem Gebiet in Paris um jeden Preis eine französisch-englische Einheitsfront in der Reparationsfrage erzielen, bevor man sich zu der Regierungskonferenz an den grünen Tisch setzt.

Sogar der würdige „Temps" zwinkert den Engländern verständnisvoll zu: Man habe sich bisher jenseits des Kanals zu sehr von den Interessen der City-Bankiers beeinflussen lassen, die unklugerweise sich mit enormen Kapitalien in Deutschland engagiert haben. Aber die Regierungen müßten sich natürlich durch höhere Gesichtspunkte leiten lassen. Deutschland erhält in diesem Zusammenhang die Mahnung, es möge nicht auf die französisch-englischen Interessengegensätze spekulieren, und diese Warnung scheint nach dem Stand der Dinge allerdings auch nicht unbegründet zu sein.

Nicht die französisch-englischen Gegensätze würden die Lösung der Reparations- und Schuldenfrage gefährden, sondern die Haltung der Amerikaner, wie sie jetzt im Kongreß zu Washington in Erscheinung tritt. Die Stellungnahme des amerikanischen Parlaments, die Ablehnung der Schuldenstreichung oder der Schuldenreduzierung verschließe jeder Aktion zugunsten einer mehr oder minder gründlichen Schuldenrevision die Tür. Jede neue Initiative des Präsidenten Hoover sei von vornherein gelähmt, so daß am Ende des Moratoriumsjahres die Zahlungen wiederaufgenommen werden müßten. Wenn diese Politik in Washington weiter herrschen sollte, so würde es unmöglich sein, das Schulden- und das Reparations-Problem zu lösen.

„Dennoch — meint der „Temps" — braucht man den Kampf, der jetzt im amerikanischen Kongreß ausgetragen wird, nicht zu tragisch zu nehmen, denn dieser Kampf ist vollkommen durch innerpolitische Erwägungen und durch die Vorwehen der Präsidentschaftswahl beherrscht. Die Amerikaner werden, ob sie wollen oder nicht, durch die Kraft der Dinge dahin geführt werden, das Schuldenproblem unter seinem wahren Aspekt zu prüfen. Sie werden den Realitäten des internationalen Lebens und der finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten der ganzen zivilisierten Welt nur Rechnung tragen müssen, den Tatsachen, die kein Mensch imstande ist, auszuschalten."

Der Basler Reichsbahn-Bericht

Nur bei normaler Wirtschaftslage reparationsfähig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BASEL, 18. DEZEMBER

Der Beratende Sonderausschuß trat in den Räumen der B. J. Z. am Freitag vormittag zu einer fast zweistündigen Vollsitzung zusammen, in der der Vorsitzende der Unterkommission für die deutsche Reichsbahn Rydbeck den einstimmig beschlossenen Bericht diesem Ausschuß bekanntgab. Dieser Bericht wurde von der Vollversammlung einstimmig gutgeheißen und geht, wie die Berichte der anderen beiden Unterausschüsse, dem Redaktionskomitee zu, das ihn dem Schlußbericht einfügen wird.

Die Plenarsitzungen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt und werden erst wieder aufgenommen, wenn der Vorentwurf des Schlußberichts vom Redaktionskomitee fertiggestellt ist. Die nächste Vollsitzung dürfte daher frühestens am Sonnabend nachmittag oder am Sonntag früh stattfinden.

In seinen Schlußfolgerungen stellt das Unterkomitee für die Deutsche Reichsbahn fest, man könne bei den von der Deutschen Reichsbahn erzielten Ergebnissen drei Zeitabschnitte feststellen, und zwar erstens 1925—1929, zweitens 1930—1931 und drittens 1932. Die Ziffern für den ersten Abschnitt zeigen, daß jährlich durchschnittlich der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben 833 Millionen betrug, wodurch die Reichsbahn in der Lage war, den Betrag für die ungeschützten Annuitäten von 660 Mill. zu leisten. In der zweiten Periode war die Lage nicht normal, da die Abschreibungen und Erneuerungen nicht vorschriftsmäßig gemacht werden konnten. Die Einnahmen lagen jedoch wesentlich über dem Reparationsbetrag. Der Betriebskoeffizient betrug in dieser Zeit 81 bis 85 v. H. 1930 fielen die Einnahmen um 13 v. H. Der Betriebsüberschuß fiel auf 480 Millionen und der Betriebskoeffizient stieg auf 89,5 v. H. Der Uebertrag aus dem Vorjahr mußte zur Deckung mitverwandt werden. Die Gesamteinnahmen in 1930/31 mit 1½ Milliarden waren um ein Drittel niedriger als 1925 bis 1929. Um den Verpflichtungen nachzukommen, mußte auf die Reserven zurückgegriffen werden.

Im Jahre 1932 wird anscheinend das Sinken der Einnahmen und der Ausgaben zur Folge haben, daß der Etat nicht ins Gleichgewicht zu bringen ist. Der Ausschuß hat nicht untersucht, wie ein Gleichgewicht herzustellen ist, da diese Frage von der Entwicklung der Wirtschaftslage und anderen Faktoren abhängig sein wird. Er hat aber festgestellt, daß die Etats der Bahngesellschaften sehr von der Entwicklung der Wirtschaftslage abhängig sind. Er ist zu dem Schluß gekommen, daß, wenn Deutschland und die Welttage wieder ins Gleichgewicht kommen werden und normale Verhältnisse herrschen, dann auch die Reichsbahn in künftigen Jahren einen Reinüberschuß erzielen wird, der dem anderer Länder vergleichbar sein wird.

Radolny über die neue Türkei

Vortrag im Harnackhaus

Der Deutsch-Ausländische Akademiker-Club hatte seine Mitglieder und Freunde ins Harnackhaus geladen, um den Vertreter des Deutschen Reiches in Angora, Rudolf Nadolny, über „Die Türkei und Europa" sprechen zu hören.

Botschafter Nadolny, vom Vorsitzenden von Rügelgen und der Versammlung herzlichst begrüßt, auch in seiner neuen Würde als Führer der deutschen Delegation auf der kommenden Abrüstungskonferenz, verzichtete in seinem Vortrag von vornherein auf jegliche Detailmalerei. Er bemühte sich, die großen Gesichtspunkte zu fixieren: die geopolitische Lage, das geschichtsbedingte Wesen und den Willen eines Landes. Der Wille der Türkei ist auf Aufbau im Sinn einer immer stärkeren Europäisierung gerichtet; diesem Willen dient die gegenwärtige Generation, und ihm zuliebe ist die Türkei jedem Krieg abgeneigt und hat alle außenpolitischen Differenzen der letzten Jahre durch Vergleichs- und Schiedsgerichtsverträge bereinigt. Gleichzeitig ist die Türkei aber in hohem Maß auf nationale Würde bedacht und äußerst empfindlich gegen jede auch nur gestenmäßige Verletzung ihrer Unabhängigkeit. Demokratie verbindet sich mit konzentrierter Regierungsgewalt; das türkische Parlament hat nur eine Partei, deren Vorsitzender mit dem Staatspräsidenten, dem vergötterten „Ghazi" identisch ist. Ebenso neu wie die republikanische Staatsform ist für die Türkei die Trennung von Staatsgewalt und Religion; der Islam ist nicht mehr Staatsreligion. Was endlich den wichtigen Faktor der geopolitischen Lage betrifft, so beruht grade auf ihr die Großmachtstellung der Türkei; trotz des Vertrages von Lausanne beherrscht sie die Meeresengen, bildet sie den wichtigen Zwischenblock zwischen der englischen Welt im Süden und der russischen im Norden. Entscheidend ist weiter die Mittelmeerstellung des türkischen Staates sowie die Tatsache, daß er durch die Provinz Ostthrakien auch heute noch ein Balkanland ist. Tatsächlich hat der Abzug nach Asien die Türkei aus dem Kräftespiel der europäischen Politik nicht entfernt, in die sie weiterhin eng und — dank ihrer aufs neue betonten Friedensliebe — sicherlich zum Nutzen Europas verflochten bleibt.

Das internationale Auditorium, unter dem man die Botschafter und Gesandten der Türkei, Italiens, Bulgariens, Finnlands und Ungarns sowie Vertreter von Heer und Marine bemerkte, dankte dem Redner mit starkem Beifall.

mmg.

Studententerror in Nanking

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 18. DEZEMBER

In Nanking ist es erneut zu schweren Studenten-Unruhen gekommen. Etwa 3000 der aufständischen Studierenden stürmten das Parteihaus der Kuomintang-Partei, wo eine wichtige Vollversammlung abgehalten wurde, und zerstörten das Gebäude. Chinesische Polizisten mußten auf die wütenden Studenten das Feuer eröffnen, da diese weiter stürmten und schließlich auch das Gebäude des Kuomintang-Blattes „Central-Daily News" besetzten, dessen Einrichtung sie vollständig zerstörten.

*

Bei den zahlreichen Protest-Aktionen der chinesischen Studentenschaft in den letzten Wochen — es kam zu Demonstrationen und blutigen Unruhen in Schanghai, Peking und Tientsin — handelt es sich offenbar um die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Pariser Ratstagung und um die Empörung der jungen chinesischen Intelligenz über die Uneinigkeit und politische Zerrissenheit der chinesischen Verwaltung, die trotz der japanischen Invasion und der immer stärker fühlbaren Auswirkungen der Weltkrise noch immer zwei nebeneinander bestehende, teilweise miteinander konkurrierende Regierungen in Nanking und Kanton kennt.

Weder die Nationalregierung in Nanking, die von der Kuomintang-Partei, der „Partei der Staatsbürger", oft als „Dynastie Sung" bezeichnet und der Kiquen-Wirtschaft beschuldigt wurde (der jetzt zurückgetretene Präsident

Tschangkaischek ist mit einer Schwester seines Finanzministers Sung verheiratet), kann deshalb die wirklich nationalgesinnte chinesische Studentenschaft für sich reklamieren, noch die Abspaltung der Kuomintang-Partei im Kanton, die versucht, das Prinzip der „Diktatur einer Sippe" durch die Diktatur einer Partei zu ersetzen.

Nachdem die mit großer Spannung erwarteten Einigungsverhandlungen zwischen beiden Regierungen kürzlich vollständig gescheitert sind, hat sich der Studentenschaft offensichtlich eine so starke Erbitterung über die inneren und äußeren Verhältnisse ihres Landes bemächtigt, daß es zu gewaltsamen Ausbrüchen kommen mußte. In Schanghai ist unter studentischem Terror kürzlich der Stadtgouverneur zum Rücktritt gezwungen worden. Die Nachricht, daß die damals gegen die Studenten eingesetzte Polizei von der Studentenschaft entwaffnet wurde, die die Waffen dann gegen die Polizisten richtete, läßt größte Besorgnis über die sich ständig verschärfenden Gewalttaten aufkommen.

Drei mandschurische Provinz-Regierungen

Copyright by Ullsteindienst Berlin

MUKDEN, 18. DEZEMBER

Im Gegensatz zu den umlaufenden Gerüchten herrscht an der chinesischen Front Ruhe.

Der Verwaltungsausbau ist dagegen in Angriff genommen worden: **drei Provinzregierungen haben sich gebildet.** Es sind bemerkenswerte Aenderungen gegen früher eingetreten: die Steuern sind herabgesetzt, die Beamtengehälter sind auf das fünf- oder sechsfache erhöht worden. Man bekämpft die frühere Korruption. Das Heer ist von 300 000 Soldaten auf 30 000 herabgesetzt worden, die lediglich Polizeizwecken dienen sollen und entsprechend bezahlt werden. Die japanische Armee, die sich momentan in der Mandschurei befindet, zählt 15 000 Mann.

Deutschland ein „penibler Schuldner"

NEW YORK, 18. DEZEMBER

Im Finanzausschuß des amerikanischen Senats begann heute die Untersuchung über internationale Privatanleihen und Moratoriumspläne.

Thomas Lamont von Morgan u. Cie. erklärte als erster Gutachter, daß die deutschen kurzfristigen Kredite für die amerikanischen Banken keine Gefahr bedeuteten. Deutschland habe von den durch Morgan flüssig gemachten 208 Millionen Dollar (110 Millionen Dollar flossen davon 1924 als Dawes-Anleihe nach Deutschland) nur noch 123 Millionen Dollar nicht abgezahlt.

Lamont stellte in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, daß auf die Banken damals kein Druck zur Gewährung dieser Anleihen ausgeübt worden sei. Die Meinung des amerikanischen Publikums, daß das Bankystem der Vereinigten Staaten durch die Kredite an die verschiedenen Länder in irgendeiner Weise gefährdet sei, erklärte er für unberechtigt und phantastisch. **Deutschland sei bisher seinen Verpflichtungen äußerst penibel nachgekommen; auch die den Kommunen gewährten Anleihen seien auf bester Grundlage gegeben worden.** Frankreich habe 300 Millionen Dollar geliehen, von denen 170 Millionen zurückgezogen seien.

Lamont schloß seine beschwichtigenden Aussagen mit der Erklärung, daß er **bei der Prüfung der Portefeuilles der verschiedensten Banken** nirgends eine höhere Kreditsumme als 70 Millionen Dollar gefunden habe, so daß jede Beunruhigung fächerlich sei. Nach Lamont sollen noch 20 weitere Sachverständige gehört werden, die die Kreditsummen ihrer Banken angeben wollen.

Preußens Verordnung kommt Dienstag

Prinzipielle Verständigung im Kabinett

Die neue preußische Notverordnung ist Freitag nachmittag in einer mehrstündigen Chefbesprechung erörtert worden, an die sich eine kurze Kabinettssitzung schloß. Man ist dabei zu einer prinzipiellen Verständigung über den Inhalt der Notverordnung gekommen; den Ressorts wird nun die Formulierung im einzelnen obliegen. Wahrscheinlich wird die Notverordnung am Dienstag nächster Woche veröffentlicht werden.

Zweck der Notverordnung muß es bleiben, einen Fehlbetrag von ungefähr 150 Millionen abzudecken. Zu diesem Zweck werden die Ministerien, deren Verwaltungsapparat besonders umfangreich ist, voraussichtlich die Ermächtigung erhalten, durch Aufhebung und Zusammenlegung von Behörden Ersparnisse in bestimmter Höhe zu erzielen. Diese Ermächtigung wird sich in erster Linie auf das preußische Innenministerium beziehen (Zusammenlegung von etwa 40 Kreisen, statt, wie ursprünglich geplant war, 60), das Justizministerium (wegen der Aufhebung von etwa 60 Amtsgerichten statt ursprünglich 75) und das Landwirtschaftsministerium (Aufhebung von Oberförsterei en und Reform der Gestütsverwaltung). Den Ministern wird es im Rahmen dieser Ermächtigung aber überlassen bleiben, wo diese Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen, und zu diesem Zweck werden bis zur Ausfertigung der Notverordnung wahrscheinlich noch Besprechungen auch mit den Vertretern der betroffenen Gebiete stattfinden, um eine möglichst zweckmäßige Regelung zu erreichen.

Die geplanten Ersparnisse am Pensionsetat durch Herabsetzung der Altersgrenze lassen sich wegen der entgegenstehenden verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht ohne weiteres verwirklichen. Man wird aber die bisher auf die Lehrer beschränkte Bestimmung, daß eine freiwillige Pensionierung schon nach Erreichung des 60. Lebensjahres eintreten kann, wahrscheinlich auf sämtliche Beamtenkategorien ausdehnen.

Von Interessentenkreisen sind Pläne in Anregung gebracht worden, Bedarfsartikel, die mit einem gewissen Prozentsatz ausländischer Rohstoffe hergestellt sind, einer Herstellungs- oder Verbrauchssteuer zu unterwerfen.

Der Abbau der Staatstheater

Protest der Bühnengenossenschaft

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen wendet sich gegen die beabsichtigte Schließung des Schillertheaters sowie der Wiesbadener und Kasseler Staatstheater in einem Protest an die Oeffentlichkeit und an das Plenum des Preußischen Landtags, um die Vernichtung eines für das ganze Volk lebenswichtigen Kulturbestandteils zu verhindern.

Wie Oberbürgermeister Dr. Stadler in einer Pressebesprechung in Kassel mitteilte, bleibt das Orchester des Kasseler Staatstheaters bestehen, wodurch die Fortführung der Konzerte **sozusagen ermöglicht wird.** Es soll versucht werden, das Theater, ähnlich wie in Hannover, unter besonderen Leistungen des Staates zu erhalten. — Die Meldung, daß der Intendant des Wiesbadener Staatstheaters, Paul Bekker, der im gestrigen Unterhaltungsblatt der „Vossischen Zeitung" für eine Erhaltung der Staatstheater eintrat, ins preußische Kultusministerium berufen werde, trifft übrigens nicht zu.

Im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Schließung der Staatstheater Kassel und Wiesbaden sowie des Schiller-Theaters werden in der neuesten Denkschrift der Oberrechnungskammer Mitteilungen über die Höhe der staatlichen Zuschüsse gemacht. Der Gesamtzuschuß für die preußischen Staatstheater hat ohne einmalige Ausgaben betragen 1928 rund 9,7 Millionen Mark und 1929 und 1930 mehr als je 10 Millionen Mark. Für das Rechnungsjahr 1931 ist der erforderliche Zuschuß auf 9,2 Millionen Mark veranschlagt worden. Wie hoch sich unter Berücksichtigung der erfolgten Schließung der Oper am Platz der Republik und der Auswirkung neuer Sparmaßnahmen der tatsächliche Zuschußbedarf für das laufende Jahr stellen wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.

Von den Zuschußbeträgen entfallen auf Berlin 6,7 Millionen Mark, auf Kassel 1,2 Millionen Mark und auf Wiesbaden 2 Millionen Mark. Von den Ausgaben sind durch eigene Einnahmen gedeckt worden von der Linden-Oper im Jahre 1913 rund 66,5 v. H. und 1930 43,7 v. H. Beim Staatlichen Schauspielhaus: 1913 69,4 v. H. 1930 26 v. H. Im Schiller-Theater sind die Ausgaben durch Einnahmen gedeckt worden in Höhe von 39,6 v. H., in Kassel in Höhe von 42,4 und in Wiesbaden in Höhe von 32,6 v. H.

Bayerns Verordnung erlassen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 18. DEZEMBER

Im Anschluß an die jüngste Reichsnotverordnung vom 8. Dezember erläßt heute abend die bayrische Staatsregierung eine eigene bayrische Notverordnung, die für die bayrische Bevölkerung in verschiedenen Punkten eine gewisse Entlastung mit sich bringt.

Wie im Reich, so werden in Bayern die Bezüge der Beamten in Land, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts um 9 v. H. gekürzt. Die Kürzung tritt allerdings „aus technischen Gründen" erst ab 1. Februar 1932 in Kraft, da „die Ausführungsvorschriften zur letzten bayrischen Notverordnung vom 30. Oktober 1931 über die Gehaltskürzung erst in den letzten Tagen ergehen konnten"; mit dieser Wartezeit soll auch „den bayrischen Beamten, die längere Zeit stärkere Kürzungen hinzunehmen hatten, für einen Monat ein kleiner Ausgleich gewährt werden."

Die Kürzungssätze bei den Ruhegehaltsempfängern, deren Ruhegehalt auf Grund der Reichsnotverordnung vom 6. Oktober 1931 auf 75 v. H. des Diensteinkommens gesenkt werden muß, werden wie im Reich zwischen 4 und 8 v. H. gestuft, da die bayrische Regierung auf dem Standpunkt steht, es wäre nicht mehr gerechtfertigt, die bayrische Beamtenschaft schlechter zu stellen als die des Reiches, und da Bayern „durch eine vorsichtige Finanzpolitik den Haushalt abgleichen konnte und hofft, auch künftighin abgeglichen bewahren zu können", werden vom Inkrafttreten der neuen Gehaltskürzung alle Bestimmungen aufgehoben, die einige Monate lang die Dienstbezüge der bayrischen Beamten über das Maß der Kürzung im Reich hinaus gesenkt haben. Es fallen somit weg: die Ledigenkürzung, die durch die letzte bayrische Notverordnung vorgesehene einprozentige Gehaltskürzung für die verheirateten Beamten mit Kindern, die Kürzung von besoldungsrechtlichen Zulagen und die Sperre für Anstellungen und Beförderungen.

Weiter hat sich die bayerische Regierung, die anläßlich der Oktober-Notverordnung des Reiches den Kampf für die „Individuelle Hauszinssteuersenkung" gegen die „generelle" 20prozentige Minderung geführt hatte, nunmehr entschlossen, das „generelle"

Vaterland

Komödienhaus

Peter Martin Lampel hat sein neues Stück unvorsichtig aufgegeben. Diesmal wird das Mobiliar, der Hausrat eines heimattreuen Oberschlesiers, allzu früh, bereits mitten im ersten Akt zertrümmert. Darum bleibt wenig Material für die dramatische Steigerung. Die Freischärler im Waffenrock und mit der Schülermütze müssen sich damit begnügen, zwei weitere Akte lang zu reden und zu reden. Ueber Vaterland, Ehre, Freiheit, über die Hoffnungslosigkeit ihrer Landsknechtsexistenz, und von den Polen ist gir nach ihrem theatergerechten Vandalismus, überhaupt nichts mehr zu sehen.

Ein in seinem Original unverkennbarer Oberleutnant, dem sogar ein kleiner Mord in der Scheune nicht erspart bleibt, vertritt die Ordnung und den Sinn. Er gibt die Deutungen und sucht den Ausweg. Aber findet er ihn? Und welcher ist es? Die Hinweise auf das neue Deutschland und die Bereitwilligkeit zur Unterordnung wirken unverbindlich. Man hört Dialoge und sieht kein Ziel. Ein Thema, das große Akzente herzugeben vermöchte, dessen erschütternder Stoff der Stoff eines Dramas sein könnte, wird langweilig zerredet. Selbst wenn das Militär mit den Vertretern der Regierung anetnandergerät, wenn die Meinungen unter den Soldaten gegeneinanderplatzen — der Putschisten und der Staatstreuen — selbst dann gibt es nur lahme, matte Debatten über die Politik und ihre Notwendigkeiten. Am Schluß setzte das Haus der Zuschauer seinerseits, applaudierend und pfeifend, mit dem üblichen Parteitheater ein, da wurde es ganz munter, bis unbekümmertes Gelächter schließlich alles beendigte.

In einzelnen Szenen gibt Lampel eine treffende Zustandsschilderung dieser desolaten Männer, die der Krieg entwurzelt hat und die in der Heimat nicht zurechtkommen können. Wielleicht hätte hier die Regie einsehen müssen, aber Norbert Schiller, ein Debütant, dem Wahlwollen gewiß ist, ließ ohne viele Nuancen daraufhin spielen. Eine Pauschalregie, die einige Stimmungen aufs Geradewohl traf. Bewährte Darsteller spielten jeder für sich und standen, was man rein äußerlich und übertragen nehmen darf, einander im Wege. Viktor Gehring gab den sicheren Umriß eines Majors. Franz Weilhammer zeigte die bayrische Version eines Landsknechts und Heinz Goedeke setzte als Oberleutnant knapp und klar ein. Auch Friedrich Gnaß, Hasse, Rolf Müller und Matthias fehlte nichts als die rechte Führung. „Einen waffenlosen Nationalismus", teilt der Autor im Programm mit, soll das Stück verfechten — gut, daß er es mitteilt.

Wolfgang Drews.

Oskar A. H. Schmitz †

FRANKFURT A. M., 18. DEZEMBER

In Frankfurt a. M. ist, wie kurz vor Redaktionsschluß gemeldet wird, nach kurzer Krankheit der bekannte Schriftsteller und Kulturphilosoph Oskar A. H. Schmitz im Alter von 58 Jahren gestorben.

Rundfunk: Wiener Funk-Akademie der Prominenten. Zwar sind sie für uns nicht so prominent, diese Wiener Lieblinge — doch lustig; wie tröstlich spiegeln sich dort die Nöte der Zeiten in einem leichteren Temperament, eingefangen in Witzchen und sanften Verschen, und schöne Stimmen wie die von Gertrud Rünzer und Koloman von Pataky gaben einen wärmeren Klang der Musikerfreude dazu. — In Berlin musizierte das Orchester der Schutzpolizei unter Leitung von Generalmusikdirektor Böhlke sehr wacker, zumindest soweit die pikant schillernde Orchestersuite von Schreker „Die Rose der Infantin" in Frage kommt; und wie kann dann Sigrid Onegins Alt in prachtvollem Glanz erstrahlte, konnte der wild prasselnde Applaus so sehr als Kundgebung der Funkhörer gelten wie der dort Anwesenden. Dünn war, trotz der lebendigen Reportageaufmachung, was uns Leo Matthias von Albanien erzählte und von seinem König Achmed Zogul, der dort seit 1928 herrscht. — Hans Reimann, Liebhaber von Verkleidungen, kam diesmal als Zoologe maskiert; sein Interesse für den Klang führte ihn zu den Geräuschi erzeugenden Tieren; von Heuschrecke und Hund, von Schmetterling und Klapperschlange schilderte er die Methoden der Klangäußerung. War's nun der Humorist, der Philosoph oder der Tierkenner, der behauptete, die Hunde hätten erst vom Menschen das Bellen gelernt . . . Friedrich Griese „Pflüger", vom Dichter mit ernstem Ton gesprochen, sind Schatten des Dreißigjährigen Krieges, die ihrem Grabe auf einem Acker entsteigen; um sie herum dampft es in dieser wolkigen Novelle von Erdmystik und Naturglauben.

— r.

„Rote Signale" beschlagnahmt. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen wurde der im Neuen Deutschen Verlag erschienene Gedichtband „Rote Signale" für den Bereich des Freistaates Preußen beschlagnahmt. Der Band enthält die schönsten Gedichte, die in der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung erschienen sind.

Leo Schützendorf †

Der Bassist Leo Schützendorf ist gestern nachmittag in Berlin einem Herzschlag erlegen.

Leo Schützendorf ist nur 45 Jahre alt geworden. Er gehörte zu den markantesten Erscheinungen der Berliner Sängerwelt. Gebürtiger Kölner, stammte er aus einer Familie, die der deutschen Opernbühne eine ganze Reihe von Sängern geschenkt hat. Seit dem Jahre 1920 wirkte er an der Berliner Staatsoper als seriöser Baß, wechselte aber häufig genug hinüber in das Fach des Spiel-Basses. Seine Tätigkeit an der Statsoper unterbrach er auf kurze Zeit, um an der Großen Volksoper zu singen; er kreierte hier den Boris Godunoff in Moussorgskys gleichnamiger Oper.

Sein Abschied von der Statsoper vollzog sich unter schwereren Komplikationen: er wurde Ende Dezember des Jahres 1929 vom Generalintendanten Tietjen fristlos entlassen, weil er kontraktbrüchig geworden war. Den Lockungen der Operette, denen schon mancher seriöse Sänger erlegen ist, hatte auch er nicht widerstehen können. Sein kurzes Gastspiel in der Operette „Hotel Stadt Lemberg" im Theater des Westens endete mit einer Enttäuschung für alle Beteiligten. Die Oper hat sich dem Entwurzelten nicht wieder erschlossen.

Schützendorf ist noch in der Premiere von „Hoffmanns Erzählungen" in der Max Reinhardtschen Inszenierung im Großen Schauspielhaus als Gegeiner Rat Krelpel aufgetreten, aber mit schon geschwächten Kräften. Wir erinnern uns an seinen ausgezeichneten Ritter Blaubart, an seinen Mephisto, Pizarro, an seinen König („Lohengrin"), an seinen Klingsor. In dem Quartett der Statspieler in Richard Strauß' „Intermezzo" fiel er durch seine besondere Charakterisierungskunst auf. In den Buffo-Partien war er, wenn er seinen guten Abend hatte, unwiderstehlich: sein Barbulus in Lortzings „Wildschütz", sein Teufel in Weinbergs „Schwanda" bleiben unvergeßlich.

Den Namen Leo Schützendorf weithin bekanntgemacht hat seine großartige Gestaltung der Titelpartie in Alban Bergs „Wozzeck". Hier schuf der Sänger aus Einfalt und Verstiegenheit eine wahrhaft erschütternde Gestalt. Das Charakterisieren war seine Stärke; als Schauspieler war er immer interessant. Weniger hoch zu werten waren seine rein sängerischen Qualitäten; ein eigentlicher Schönsänger ist Leo Schützendorf nie gewesen.

— k.

Karl Bennewitz von Loefen †. Im Alter von 75 Jahren ist in Stettin der Maler Karl Bennewitz von Loefen gestorben. Bilder von ihm hängen in zahlreichen Privatsammlungen, im Stettiner Museum und in der Nationalgalerie. Der Verstorbene, ein stiller und vornehmer Künstler, war ein Sohn des Berliner Malers Karl Bennewitz von Loefen d. Ä.

Prinzip anzuerkennen. Die Hauszinssteuer, die in Bayern nach historischen Gesichtspunkten in die „Wohnungsbauabgabe" mit 17 Prozent und in die „Geldentwertungsausgleichsabgabe" mit 33 Prozent der gesamten Steuerlast von 50 Prozent zerfällt, wird nun in bezug auf die 33prozentige Abgabe gesenkt, und zwar generell um 20 Prozent. Während die Hausbesitzer, die ihre Grundstücke mit mehr als 40 Prozent des Friedenswertes hypothekarisch belastet hatten, nunmehr — durch die „generelle" Regelung — gleichfalls an der Senkung teilgenommen haben, wird als bayerische Sonder-Haussteuer die 17prozentige Wohnungsbauabgabe beibehalten, deren Wirkungen sich den Bestrebungen des Reiches auf Mietenabbau entgegenstellen dürften. Dagegen tritt die Steuersenkung, offenbar um den Hausbesitzer versöhnlicher zu stimmen, bereits drei Monate früher, als es reichsfristlich erforderlich wäre, also bereits am 1. Januar 1932, in Kraft.

Außerdem soll durch neue Bestimmungen, die den Wünschen der landwirtschaftlichen Genossenschaften Rechnung tragen, verhindert werden, daß auf die Vieherzeuger, also auf den Bauern, die Schlachtsteuer abgewälzt wird. Gleichzeitig erfolgt eine wesentliche Ermäßigung des Schlachtsteuertarifs zum Teil um 20 v. H.

Münchens Bäcker voran

Die Münchener Bäcker haben beschlossen, den Brotpreis, der auf Grund der Reichsnotverordnung vom 1. Januar 1932 zu senken wäre, schon ab nächsten Montag, 21. Dezember, um 2 Pfennig für das Pfund herabzusetzen. Das Pfund Schwarzbrot kostet also wieder 21 Pfennig. Anfang November war in München eine Erhöhung von 21 auf 23 Pfennig erfolgt.

Landtag bis 19. Januar vertagt

Klagen aus Ostpreußen

Im Landtag wurde gestern die Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Schlagwetterexplosion auf der Zeche Mont Cenis am 19. Oktober behandelt. Die Katastrophe, die zahlreiche Menschenleben gefordert hat, entstand, wie Ministerialrat **Rother,** der Leiter des preußischen Grubensicherheitsamtes mitteilte, durch den Glühfaden einer zertrümmerten elektrischen Birne. Es bestehe also kein Grund zu der Annahme, daß die Sicherheitsvorkehrungen irgendwie vernachlässigt worden seien oder daß ein überspanntes Betriebstempo geherrscht habe. Dieser Darstellung wurde aber auch von Zentrumsseite entgegengehalten, daß in manchen Zechen nachweislich ein Antreibersystem bestehe.

In der folgenden Agrardebatte, die sich mit der Androhung des Steuerstreiks durch den Landwirtschaftsverband Ostpreußen sowie mit der Sabotage von Zwangsverkäufen und Versteigerungen in der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft beschäftigte, wandte sich Abgeordneter **Wachhorst de Wente** (Staatsp.) scharf gegen die Zollpolitik des Reichsernährungsministers Schiele, die sich nur zugunsten des Großgrundbesitzes auswirke. Wer der Bauernschaft wirklich helfen wolle, müsse die Produktion verbilligen.

Abg. **Krischick** (Dnat.) klagte über die hohen Löhne in der ostpreußischen Landwirtschaft.

Abg. **Jürgensen** (Soz.) erwiderte mit einem Hinweis auf die gewaltigen Beträge, die die ostpreußischen Großgrundbesitzer für die nationalsozialistische S. A. aufbringe.

Zum Schluß wurde ein Antrag des Hauptausschusses über die Finanznot der Gemeinden angenommen, in dem u. a. ein höherer Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, Beschränkung der Eingriffe in die Selbstverwaltung, schlüsselartige Verteilung der Ausgleichsfonds, höhere Reichshilfe für die Gemeinden und Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe verlangt wird. Ebenso fand ein Antrag über Maßnahmen zum Schutz des Neubaubesitzes Annahme. Danach soll Aussetzung der Verzinsung, bzw. Tilgung der Hauszinssteuer-Hypothekendarlehen, Senkung der Zinsen, Erweiterung der steuerlichen Freistellung von Neubauten auch durch Gewährung von Mietsbeihilfen aus Hauszinssteuermitteln für sozial bedrängte Inhaber von Neubauwohnungen stattfinden.

Die erste Sitzung nach den Weihnachtsferien wird am 19. Januar stattfinden.

Länderkonferenz in Braunschweig

Auf Einladung des braunschweigischen Staatsministeriums fand unter Vorsitz des Ministers Dr. Küchenthal eine Ministerkonferenz der nordwestdeutschen Länder in Braunschweig statt, die sich mit der Not der Landwirtschaft befaßte. Die Konferenz stellte fest, daß die in der letzten Notverordnung getroffenen Maßnahmen zur Sanierung der Landwirtschaft nicht ausreichten, sondern daß noch eine Anzahl weiterer Maßnahmen von der Reichsregierung mit größter Beschleunigung in die Wege geleitet werden müssen. Dieserhalb wird noch eine Abordnung der an der Länderkonferenz beteiligten Länder bei der Reichsregierung vorstellig werden.

Kriegsbeschädigten-Organisationen politisch

Sämtliche Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen, also auch der Kyffhäuserbund, Zentralverband, Reichsverband, Internationale Bund, Deutsche Offiziersbund, Bund erblindeter Krieger, sowie sämtliche übrigen kleinen Kriegsopferverbände gelten als politisch im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes, da sie auf die Gesetzgebung und auf die Oeffentlichkeit einwirken. Sie gelten damit auch im Sinne der IV. Notverordnung als „politisch". Den Mitgliedern aller Kriegsopfer-Organisationen ist damit gegenwärtig das Tragen ihrer Bundes- oder Verbandsabzeichen verboten.

Gleichbleibendes Schulgeld

Die Schulgeldsätze dieses Jahres behalten auch für 1932 Geltung. Der Höchstschulgeldsatz beträgt danach 240 Mark.

Fürsten sollen freiwillig opfern

Ein Appell des thüringischen Ministeriums

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WEIMAR, 18. DEZEMBER

Das thüringische Kabinett hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an die thüringischen Fürstenfamilien wegen Herabsetzung der bisherigen Rentenzahlungen heranzutreten und ferner die Verhandlungen mit den Kirchen wegen Minderung der Staatsleistungen weiterzuführen.

Die Klage des Altenburger Herzogs

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WEIMAR, 18. DEZEMBER

Vor dem 3. Zivilsenat des thüringischen Oberlandesgerichts in Jena wurde heute unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Müller die Anfechtungsklage verhandelt, die der frühere, neuerdings für die Führung seines Prozesses mit dem Armenrecht ausgestattete Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg gegen das Land Thüringen angestrengt hat, um die Aufhebung des von ihm am 6. bzw. 14. Juni 1919 mit dem damaligen Freistaat Sachsen-Altenburg abgeschlossenen Auseinandersetzungsvertrags über das Altenburger Fürstenvermögen zu erreichen.

Der Vertrag, der jetzt nicht zuletzt auch im Interesse jener Banken ungültig gemacht werden soll, die dem lebenslustigen Herzog in gradezu erstaunlicher Freigebigkeit in kurzer Zeit mehr als eine Million Mark geborgt haben, hat dem früheren Altenburger Landesherrn zunächst 4,8 Millionen Mark an Wertpapieren, Hypotheken und Schuldbuchforderungen aus dem zum Altenburger Domänenfideikommiß gehörigen Werten nach eigener Wahl überlassen. Ferner wurde ihm eine einmalige Abfindungssumme von 5,2 Millionen Mark gewährt; weitere 2,7 Millionen an Ersparnissen der Domänenverwaltung sind, wie man heute erfuhr, in den Vertrag überhaupt nicht einbezogen nud dem Herzog ebenfalls überlassen worden, außerdem sind ihm, wie sich *nachträglich herausgestellt hat, 6 Millionen Mark an Ersparnissen* geblieben, die beim Vertragsabschluß verschwiegen worden sind. Daneben blieb dem Herzog seinerzeit schuldenfrei das Schloß „Fröhliche Wiederkunft", das er heute noch bewohnt, und Waldungen im Flächengehalt von 166 Hektar, die allerdings inzwischen von seinen Gläubigern mit Beschlag belegt und verwertet worden sind.

Dafür, daß der Herzog von den Vertretern der Altenburger Regierung und der Landesversammlung durch Drohungen veranlaßt worden ist, dem Vertrag zuzustimmen und dabei von ursprünglichen Mehrforderungen Abstand zu nehmen, hat sich bisher auch nicht der Schatten eines Beweises erbringen lassen. Im Gegenteil haben alle vom Oberlandesgericht als Zeugen vernommenen Regierungsvertreter und Abgeordneten aus jener Zeit aus den verschiedensten Parteilagern in seltener Uebereinstimmung bekundet, daß man allerseits bestrebt gewesen ist, sich mit dem früheren Landesherrn in loyalster Weise auseinanderzusetzen, und daß auch die letzten und entscheidenden Vertragsverhandlungen, die in einem Hotel in Leipzig stattgefunden haben, in der verbindlichsten Form geführt worden sind.

Präsident Dr. Schneider berichtete als Zeuge, daß wohlmeinende Altenburger Volksvertreter dem Herzog damals sogar nahegelegt haben, doch für sich und seine Söhne auch ein großes Domänengut zurückzubehalten, damit sie sich der Landwirtschaft widmen könnten. Der Herzog habe dies aber entschieden abgelehnt und nur bares Geld haben wollen.

Zum Beweis dafür, daß der Herzog damals doch nur unter Zwang sich dem Vertrag gefügt habe, wurde auch heute wieder geltend gemacht, er habe von irgendwoher, also von einem ganz unbekannten Zeitgenossen, einen anonymen Drohbrief erhalten. Wolfgang Heine, der als Rechtsanwalt das Land Thüringen mit vertritt, veranlaßte dies zu dem Hinweis, daß in jener aufgeregten Zeit auch er und zahllose andere Personen des öffentlichen Lebens Drohbriefe genug erhalten hätten, ohne sich dadurch in ihrer Pflichterfüllung irgendwie beirren zu lassen.

Stundenlang, bis in die Nacht hinein, drehte sich die Prozeßauseinandersetzung um eine Reihe von juristischen Formalien, zum Beispiel, ob bei der Auflassung des herzoglichen Domänenbesitzes von dem zuständigen Grundbuchrichter auch überall die Genehmigung des Vormundschaftsrichters zum Abfindungsvertrag für die minderjährigen Herzogssöhne vorgelesen worden sei oder nicht. Zweifellos haben die ehemalige Altenburger Regierung und der dortige Landtag nicht geglaubt, einen Privatvertrag mit dem Herzog zu schließen. Sie wollten eine wichtigste öffentlich-rechtliche Materie regeln. Jetzt wird der staatsrechtliche Charakter des Vertragsabschlusses bestritten und daher die Erfüllung aller sonst für private Veräußerungsverträge vorgeschlagenen Formalitäten gefordert. *Dafür sollen nun vom not*leidenden Lande Thüringen Wälder, Domänen und Schlösser im Gesamtwerte von 27 Millionen Goldmark abgetreten werden. Das Land Thüringen hat vorsorglich — für den Fall einer ungünstigen Entscheidung — ein Zurückbehaltungsrecht in Höhe von 12 Millionen Goldmark für Aufwendungen geltend gemacht, die im Laufe der Jahre für Beamtengehälter usw. ausgegeben worden sind.

Das Urteil soll am 18. Januar ergehen. Es wird hier begreiflicherweise mit größter Spannung erwartet.

W. M.

Vorstädtische Kleinsiedlung

Der Reichskommissar berichtet dem Kabinett

Reichskommissar Dr. Saaßen erstattete in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts Bericht über seine bisherige Tätigkeit. Auf Grund der am 10. November 1931 veröffentlichten Richtlinien zur vorstädtischen Kleinsiedlung und Bereitstellung von Kleingärten für Erwerbslose sind in der Zwischenzeit seitens der Länderregierungen die Gesamtpläne und durch die Gemeinden und Gemeindeverbände die Unterlagen für die einzelnen Siedlungsvorhaben aufgestellt und zum Teil bereits von dem Reichskommissar mit den Beteiligten an Ort und Stelle besprochen worden. Außerdem haben eingehende Besprechungen mit den interessierten Organisationen stattgefunden.

Aus allen Teilen des Reiches sind so umfangreiche Siedlungsvorhaben angemeldet worden, daß die zur Verfügung stehenden Mittel zur Befriedigung aller Wünsche nicht ausreichen. Es ist deshalb, um eine Verzettelung zu vermeiden, notwendig, die Siedlungsvorhaben zunächst auf diejenigen Landesteile zu beschränken, in denen die Zahl der Erwerbslosen oder die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dies besonders dringlich erscheinen lassen. Alle kleineren Siedlungsvorhaben von weniger als 100 Stellen müssen infolgedessen vorerst zurückgestellt werden, bis der vordringlichste augenblickliche Bedarf der erstgenannten Gebiete gedeckt ist.

Da in erster Linie kinderreiche Familien angesiedelt werden sollen, müssen neben einer geräumigen Wohnküche mindestens drei Schlafräume vorgesehen werden, von denen ein Teil durch Ausbau des Dachgeschosses geschaffen werden darf. Die Einhaltung der Preisgrenze von 3000 RM verlangt zweckmäßigste Plangestaltung, größtmögliche Verbilligung der Baustoffe und sparsamste Bauausführung. Für letztere spielt die zweckmäßige Organisation der Selbst- und Nachbarhilfe und des freiwilligen Arbeitsdienstes eine ausschlaggebende Rolle.

Graf Welczek vertritt Nadolny

Nachdem das Reichskabinett beschlossen hat, dem Botschafter Nadolny nach den einleitenden Sitzungen, an denen der Reichskanzler selbst teilnehmen will, die Führung der deutschen Delegation für die Abrüstungskonferenz zu übertragen, ist die Notwendigkeit aufgetaucht, einen zweiten Hauptdelegierten für die Bearbeitung einer Reihe von Spezialfragen einzusetzen. Als zweiter Hauptdelegierter ist der deutsche Botschafter in Madrid Graf Welczek ernannt worden.

Abgelehnte Fraktions-Verstärkung

Die Reichstagsabgeordneten Dr. Wendhausen, Sybel und Sieber waren vor einiger Zeit aus der Landvolk-Partei zu den Nationalsozialisten übergetreten. Jetzt wird „von gut unterrichteten nationalsozialistischen Kreisen" mitgeteilt, daß von einer Uebernahme der drei Abgeordneten in die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion keine Rede sein könne, da die Partei grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, eine bei der Wahl von dem Kandidaten abgegebene Erklärung, er werde beim Ausscheiden aus seiner Partei sein Mandat niederlegen, müsse unbedingt innegehalten werden.

Ungarns Transfer-Moratorium

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BUDAPEST, 18. DEZEMBER

Seit mehreren Tagen finden beim Ministerpräsidenten Graf Karolyi unter Hinzuziehung des Barons Friedrich Koranyi, der in London und Paris offizielle Verhandlungen mit den Gläubigervertretern Ungarns geführt hat, Besprechungen über die Durchführung des bereits seit langem geplanten Transfer-Moratoriums statt.

Die entsprechenden Regierungsmaßnahmen werden wahrscheinlich Mitte nächster Woche eingeleitet werden.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugsgeldes — Täglich: „Unterhaltungsblatt" — „Finanz- und Handelsblatt" — Wöchentlich einmal: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" — „Literarische Umschau" — „Reise und Wanderung" — „Recht und Leben"

Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto beifügen

VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Müssen Gratifikationen gezahlt werden?

Von Amtsgerichtsrat Dr. Willy Franke, Hauptamtlicher Vorsitzender beim Arbeitsgericht Berlin

Weihnachten steht vor der Tür und damit in der augenblicklichen schwersten wirtschaftlichen Krisis für Tausende von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Betrieben und Haushalten die Frage, ob auch in diesem Jahr Gratifikationen an die Arbeitnehmer zu zahlen sind, oder ob die gegenwärtige Wirtschaftslage die Arbeitgeber von der Zahlung derartiger Gratifikationen befreit. Diese Frage taucht, mit all ihren Abwandlungen in Einzelfragen, immer erneut wieder in der Gerichtspraxis auf, so daß eine kurze klärende Behandlung der bedeutsamsten Einzelfragen auf diesem Gebiet gegenwärtig von besonderem Nutzen sein dürfte.

Ein Anspruch auf Weihnachts-Gratifikation, die sich regelmäßig nicht als eine Schenkung, sondern als eine Gegenleistung für die geleisteten Dienste des Arbeitnehmers darstellt, besteht einmal dann, wenn im Tarifvertrag oder im Einzelarbeitsvertrag — in letzterem schriftlich oder, was auch zulässig ist, mündlich — eine Vereinbarung über die Zahlung einer Weihnachtsgratifikation getroffen ist. Aber auch ohne ausdrückliche Zusage kann ein Anspruch auf Gratifikation bestehen: zahlt nämlich ein Arbeitgeber jahrelang ohne jeden Vorbehalt und ohne Betonung ihres Schenkungs-Charakters Weihnachtsgratifikationen in bestimmter Höhe aus, so kann er diese damit zum Vertragsinhalt gewordenen Gratifikationen seinen Angestellten nicht einseitig, ohne ihre Zustimmung, nach freiem Belieben entziehen, da eben eine stillschweigende vertragliche Einigung über die Gewährung von Weihnachtsgratifikationen zustande gekommen ist. Will der Arbeitgeber trotz mehrjähriger Gratifikationszahlung einen rechtlichen Anspruch auf die Zahlung der Gratifikation ausschließen, so muß er seine Angestellten auf die Freiwilligkeit und Widerruflichkeit seiner Zuwendungen und auf das Fehlen eines Verpflichtungswillens bei der jedesmaligen Zahlung hinweisen. Ist einem Angestellten einmal ein Anspruch auf Gratifikation erwachsen, so ist ein Fortfall dieses Anspruches für die Zukunft nur möglich, wenn der Arbeitgeber den Rechtsanspruch auf Gratifikation unter Zuneahtung der vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist kündigt und der Arbeitnehmer auch nach Ablauf der Kündigungsfrist weiterarbeitet; bis zum Ablauf der Kündigungsfrist besteht dann der Gratifikationsanspruch noch.

Erhebt der Angestellte gegen die Ausfkündigung der Gratifikationszusage keinen Widerspruch und arbeitet er auch nach Ablauf der Kündigungsfrist weiter, so wird ein rechtswirksamer Fortfall des Gratifikations-Anspruches dann nicht ohne weiteres anzunehmen sein, wenn der Angestellte deswegen keinen Widerspruch dagegen erhoben hat, weil ihm für den Fall seines Einverständnisses mit dem Fortfall des Gratifikations-Anspruchs in Aussicht gestellt war, daß ihm seine Stellung in nächster Zeit nicht gekündigt würde. In einem solchen Falle muß, wie das Landesarbeitsgericht Berlin ausgesprochen hat, angenommen werden, daß der Verzicht auf die Weihnachtsgratifikation nur unter der ausdrücklichen Bedingung erteilt wurde, daß eine baldige Kündigung nicht zu erwarten sei. Tritt diese Bedingung nicht ein, so ist der Arbeitnehmer an seinen Verzicht nicht gebunden und kann trotzdem den Gratifikations-Anspruch geltend machen.

Der Erwerb eines Anspruchs auf Gewährung einer Weihnachtsgratifikation ist auch dann als erfolgt anzusehen, wenn in einer Firma die Uebung besteht, daß allen Angestellten ausnahmslos Gratifikationen schon im ersten Beschäftigungsjahr gewährt werden. In diesem Falle muß der Arbeitgeber auch einem neu eintretenden Angestellten ohne weiteres den Gratifikations-Anspruch zubilligen, sofern er nicht etwa ihm gegenüber einen ausdrücklichen Vorbehalt macht.

Als erworben ist dieser Anspruch auf Weihnachtsgratifikation anzusehen mit dem Zeitpunkt, an dem die Gratifikation regelmäßig verteilt wird (z. B. am Vormittag des Heiligen Abends oder am letzten Gehaltszahlungstage vor dem Fest). Dabei ist übrigens nicht von entscheidender Bedeutung, ob der Angestellte noch über diesen Zeitpunkt hinaus im Dienst des Arbeitgebers bleibt; es kommt nur darauf an, ob er noch im Zeitpunkt der erwähnten Fälligkeit des Anspruchs im Dienste des Arbeitgebers steht. Scheidet der Arbeitgeber auch nur kurze Zeit nach dem Fälligkeitstage für die Gratifikationsgewährung aus oder befindet er sich an diesem Tage bereits in gekündigter Stellung, so muß ihm trotzdem die Gratifikation gewährt werden. Scheidet der Angestellte dagegen vor dem Fälligkeitstage, wenn auch erst kurze Zeit vorher, freiwillig aus, so steht ihm regelmäßig kein Anspruch auf Weihnachtsgratifikation, auch nicht ein solcher auf anteilmäßige Gratifikation zu. Das gilt auch dann, wenn einem im Herbst ausscheidenden Arbeitnehmer außer dem ihm zustehenden Gehalt noch eine Abfindung für einen bis zum Jahresende reichenden Zeitraum ausgezahlt wurde. Kündigt dagegen der Arbeitgeber auf einen früheren als den Gratifikations-Fälligkeitszeitpunkt in der erweislichen Absicht, die Gratifikation nicht zahlen zu müssen, so geht der Angestellte seines Gratifikations-Anspruches nicht verlustig.

Die Höhe der Gratifikation wird sich in vertraglich ausdrücklich geregelten Fällen aus der Fassung des Vertrages entnehmen lassen; ist über die Höhe im Vertrage nichts ausbedungen, so wird die Abmachung über die Gratifikation nicht etwa dadurch ungültig; vielmehr ist in diesem Falle ein dem Orts- bzw. Branchebrauch, beim Fehlen eines solchen Brauches ein angemessener, dem billigen Ermessen des Arbeitgebers entsprechender Betrag zu zahlen. Ist der Arbeitnehmer der Ansicht, daß die vom Arbeitgeber getroffene Bestimmung der Höhe der Gratifikation billigem Ermessen nicht entspricht, so kann er die Höhe der Gratifikation durch Richterspruch festsetzen lassen. Wird einem Angestellten mehrere Jahre hindurch ein bestimmter Betrag als Gratifikation gewährt, so ist eine einseitige Herabsetzung durch den Arbeitgeber in diesem Jahr nicht statthaft, es sei denn, daß die Leistungen, möglicherweise auch die Führung des Arbeitnehmers im letzten Jahre so mangelhaft waren, daß eine Minderung des Gratifikationsbetrages geboten erscheint, ganz jedoch entfällt auch in diesem Falle der Gratifikationsanspruch nicht. Wurde die jeweilige Höhe der Weihnachtsgratifikation ausdrücklich oder stillschweigend mit dem jeweiligen Geschäftsergebnis in Zusammenhang gebracht, so wird sich die Höhe des Gratifikationsanspruches in diesem Jahr ebenfalls nach dem Geschäftsergebnis richten.

Befreit nun die in diesem Jahr beispiellos schwierige wirtschaftliche Lage der Staat- und Privathaushalte einen Arbeitgeber von der Verpflichtung zur Zahlung der Gratifikation? Diese Frage ist grundsätzlich zu verneinen, da der Anspruch auf Zahlung der Weihnachtsgratifikation regelmäßig nicht dadurch berührt wird, daß der Arbeitgeber in schlechtere wirtschaftliche Verhältnisse gerät. Immerhin lassen sich auch Fälle denken, in denen eine Auslegung der ausdrücklichen oder stillschweigenden Gratifikationsvereinbarung, unter Berücksichtigung der grade das Arbeitsleben beherrschenden Grundsätze von Treu und Glauben zu der Annahme führt, daß die volle Gratifikation nur unter Berücksichtigung der normalen Lage des Geschäftes zur Auszahlung kommen, beim mehr oder weniger katastrophalen Rückgang des Geschäftes dagegen auch eine entsprechende, der Billigkeit Rechnung tragende Herabsetzung des Gratifikationsbetrages dem Willen der Parteien entsprechen sollte. Die Herabsetzungsmöglichkeit bzw. sogar der gänzliche Fortfall der Gratifikation dürfte sich im Falle erheblicher Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeitgebers gegenüber dem Zeitpunkt der ausdrücklich oder stillschweigenden Erteilung der Gratifikationszusage rechtfertigen lassen. Voraussetzung für die Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage des einzelnen Betriebes ist aber, daß die erhebliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des in Frage kommenden Betriebes nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung bzw. Abwägung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers die Zahlung der vollen oder möglicherweise auch überhaupt nur eines Teiles der zugesagten Weihnachtsgratifikation nicht zumutbar erscheinen läßt. Erscheint dagegen die Zahlung der Gratifikation trotz gewisser schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse des Arbeitgebers zumutbar, so muß der Arbeitgeber sie neben dem Gehalt zahlen und darf eine Anrechnung auf das Gehalt nicht vornehmen.

Ein Rückforderungsrecht der Gratifikation besteht weder dann, wenn der Arbeitgeber nach einer Zahlung verarmt, noch auch dann, wenn sich der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber eines groben Undanks schuldig macht. Ein solches Rückforderungsrecht besteht aber auch insbesondere nicht im Hausangestellten-Verhältnis, wenn die Hausangestellte etwa kurze Zeit nach Erhalt der Gratifikation aus ihrer Stellung ausscheidet; denn die Gratifikation bezweckt eine Belohnung für geleistete Dienste, enthält dagegen regelmäßig nicht die Bedingung in sich, daß die Angestellte auch noch einige Zeit nach Zahlung der Gratifikation im Dienste verbleibt.

Ein letztes Wort noch zur Versteuerungs- und Sozialversicherungspflicht der Gratifikationen. Da die Gratifikation regelmäßig keine Schenkung darstellt, so unterliegt sie weder der Schenkungs- noch der Erbschaftssteuer, wohl aber der Einkommensteuerpflicht als Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit, so daß der als Steuer abzuführende Teil vom Arbeitgeber ohne Abzug von Werbungskosten und Sonderleistungsabzügen einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen ist.

In der Sozialversicherung ist die Gratifikation an sich monatlich anteilig, nötigenfalls auf Grund einer Schätzung mit anzurechnen; meist wird jedoch diese Anregung theoretischer Art sein, da sich in der Praxis immer wieder Schwierigkeiten deswegen ergeben, weil nicht feststeht, ob der Arbeitnehmer bis zum Fälligkeitstage der Gratifikation im Dienste des Arbeitgebers bleibt. Im täglichen Arbeitsleben wird daher sehr häufig das Erforderniis des Gratifikationsabzuges für Sozialversicherungszwecke nicht berücksichtigt.

Jack Diamonds Ende

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 18. DEZEMBER

In der letzten Nacht wurde, wie schon kurz berichtet, der amerikanische Verbrecherkönig Jack Diamond in der Halle des Albany-Hotels von einem unbekannten Attentäter niedergeschossen und getötet.

Am Tage vorher hatte in New York ein Prozeß gegen Diamond stattgefunden wegen der angeblichen Mißhandlung eines Schofförs, der mit einem Freispruch des Gangsters endete. Aus Anlaß seines Freispruchs hatte Diamond dann im Albany-Hotel eine kleine Feier veranstaltet. Als er sich nach der Feier in angetrunkenem Zustand nach Hause begeben wollte, wurde er dann in der Hotelhalle erschossen.

Die Polizei nimmt an, daß es sich bei dem Attentäter um einen Verwandten des mißhandelten Schofförs handelt, der auf diese Weise die Ohnmacht des Gerichts korrigieren wollte. Nach einer anderen Version soll es sich bei dem Attentat um eine Eifersuchtstragödie von Jack Diamonds Frau handeln, da der Erschossene in der letzten Zeit Beziehungen zu einer Tänzerin angeknüpft hatte. Als die Polizei im Hotel erschien, warf sich Frau Diamond über die Leiche ihres Mannes mit dem Ausruf: „Ich habe es nicht getan!" Die Polizei hat Frau Diamond und die Inhaberin des Hotels verhaftet.

Auch die Kraftdroschken werden billiger

Verhandlungen zwischen den Verbänden

Eine erfreuliche Maßnahme haben die Berliner Kraftdroschkenbesitzer, deren langwieriger Tarifstreit schon oft Mißvergnügen hervorgerufen hat, für das Jahresende in Vorbereitung: die Tagesätze sollen trotz aller Schwierigkeiten in einem gewissen Rahmen gesenkt werden! Am Montag finden Besprechungen zwischen allen beteiligten Verbänden statt, am Dienstag wird das Ergebnis dieser Verhandlungen mit den Behörden diskutiert. Die Einzelheiten der Preissenkungsaktion stehen noch nicht fest. Jedenfalls ist man entschlossen, sich in irgendeiner Form an dem allgemeinen Preisabbauprogramm zu beteiligen. Im neuen Jahr werden also die Berliner Taxameteruntos zu niedrigeren Preisen fahren.

Dieser Entschluß ist besonders bemerkenswert deshalb, weil das Droschkengewerbe, wie schon verschiedentlich auseinandergesetzt, sich tatsächlich in einer außerordentlich schwierigen Situation befindet. Der Benzinzoll, die Kraftverkehrssteuer, die gebundenen Tagen, die für die kurzen Strecken schwere Belastungen bringen, und vor allem die viel zu große Zahl laufender Wagen haben katastrophale Zustände geschaffen, deren Bereinigung wahrscheinlich nur auf dem radikalen Wege des natürlichen Abfallprozesses wird erfolgen können. Die jetzt geplante Verbilligung hängt vor allem auch auf technische Schwierigkeiten. Eine allgemeine Preisherabsetzung würde eine Aenderung aller Taxameteruhren bedingen. Diese Prozedur erfordert jedoch längere Zeit, da es in Berlin nur einige monopolisierte Firmen für solche Arbeiten gibt. Ein Fortfall des 20-Pfennig-Zuschlags wird voraussichtlich als zu schwer empfunden werden — hauptsächlich wegen der billigen Kurzfahrten.

Das Unterhaltungsblatt der

„Vossischen Zeitung"

enthielt im Abendblatt u. a. folgende Beiträge:

Theaterabbau — aber mit Vernunft! von Intendant Paul Bekker
Eloessers zweiter Band von Hugo Bieber
Rastelli von Iwan Heilbut
Drei wahre Geschichten aus unserer Zeit von Lotte Zavrel

Mein Leopold

Festvorstellung im Atrium

Adolphe L'Arronges Berliner Volksstück „Mein Leopold", das am 23. Dezember 1873 im Wallner-Theater zum erstenmal aufgeführt wurde, feierte gestern abend im Atrium als Tonfilm festlich Auferstehung. Ein ganz großer Erfolg, an dem Max Adalbert als Schuster Weigelt den Hauptanteil hat. Aber auch dem Regisseur Hans Steinhoff und den Darstellern (Ida Wüst, Lucie English, Camilla Spira, Harald Paulsen, Gustav Fröhlich, Hermann Thimig) gelt der einmütige und herzliche Beifall des ausverkauften Hauses.

Eine eingehende Würdigung des Films wird noch folgen.

Vollständiger Freispruch in Burgdorf verlangt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BURGDORF (Kanton Bern), 18. DEZEMBER

In seinem insgesamt über siebenstündigen Plädoyer für die Angeklagte Antonia Guala, gegen die der Staatsanwalt in dem Burgdorfer Giftmordprozeß nach Fallenlassen der Mordanklage gegen den Arzt Dr. Riedel noch immer wegen Giftmordes zwölf Jahre Zuchthaus beantragt hatte, forderte Rechtsanwalt Rosenbaum-Ducommun (Zürich) Freisprechung und reichliche Entschädigung für die unschuldig erlittene fast sechsjährige Zuchthausstrafe.

An Hand einer sehr ergiebigen Aufzählung von Justizirrtümern aus Oesterreich, Deutschland, Frankreich und der Schweiz, die er den Geschworenen eindringlich vor Augen führte, warnte der Verteidiger davor, abermals auf Grund eines bloßen Indizienbeweises ein „Schuldig" auszusprechen und noch dazu auf Grund was für eines Indizienbeweises! Eines Beweises, sagte Dr. Rosenbaum, der auf so schwachen Füßen stand und steht, daß sieben der besten Berner Richter, vor allem der eben erst verstorbene weithin bekannte Generalstaatsanwalt Langhaus, sich einstimmig für die Kassierung des ersten Urteils von vor sechs Jahren ausgesprochen hat. Die These des Giftmordes, die vom Staatsanwalt nur halb fallengelassen, zur anderen Hälfte aber immer noch aufrechterhalten würde, sei doch als unhaltbar längst erwiesen, **denn Frau Dr. Riedel, die notorisch die zwanzigfache Menge Arsenit eingenommen habe von dem, was zur Tötung eines Menschen reichlich genügt hätte, wurde ja gegen ihren Willen im Laufe von einer oder höchstens zwei Stunden von der vermeintlichen Mörderin zwanzig oder dreißig Tassen stark gezuckerten Tees haben einnehmen müssen, ohne etwas zu merken.** Und dann würde sie doch sicher dem zweiten zugezogenen Arzt Dr. Fonio auf die Frage, ob sie denn etwas genommen habe, sicher nicht einfach „Nein" geantwortet haben, sondern sie hätte einem noch so leisen Verdacht Ausdruck gegeben. Dagegen weist Rechtsanwalt Rosenbaum aus dem Tagebuch der Verstorbenen, die grade heute vor sechs Jahren verschieden ist, mit zahlreichen Zitaten nach, daß sie eine unselige Natur gewesen ist, in deren Aufzeichnungen die Selbstmordtrophy dauernd wiederkehrt.

Am Schluß seines einfach vorgetragenen, aber dramatisch glänzend aufgebauten Plädoyers, das von unerhört starker Wirkung war, kam der Verteidiger ebenso mutig wie freimütig auf die im stillen hier viel diskutierte Entschädigungsfrage zu sprechen und erklärte dabei, die Entschädigung werde für die

unschuldig Verurteilte gefordert. Er habe die Verteidigung weder aus Ruhmsucht noch aus Geldgier übernommen. Ruhm brauche er nicht, und Geld habe er genug. Aber er als der Abstammung nach Ausländer und Rassefremder liebe die Schweiz und wünsche, daß der Tag dieses zweiten Urteils im Giftmordprozeß Riedel-Guala ein Ehrentag für die Schweiz sein solle, an dem ein schweres Unrecht gutgemacht wird. Trotz der zu Beginn erfolgten eindringlichen Mahnung des Vorsitzenden an das Publikum ertönten an dieser Stelle laute Bravorufe, die sich auch am Schluß wiederholten.

Morgen folgt das Plädoyer des Verteidigers von Dr. Riedel, Fürsprechs Dr. Roth (Bern), und das Urteil, das im Kanton Bern von den acht Geschworenen und den drei Berufsrichtern in gemeinsamer Beratung gefällt und öffentlich mit Begründung verkündet wird.

Borsig und Berlin

Kaum ein Name ist hier populärer als dieser. Er bedeutet für Berlin dasselbe wie Krupp für Essen. Kaum ein Berliner ist von der Nachricht unberührt geblieben, daß Borsig die Zahlung einstellen muß.

Wie der rheinische Stahlkönig, so war der Gründer der Dynastie ein Selfmademan. Als armer Sohn eines Breslauer Zimmermanns kam August Borsig im Jahre 1827 nach Berlin, um hier auf Staatskosten das Königliche Gewerbeinstitut zu besuchen. Dann wurde er Betriebsleiter in der Eisengießerei von Woderb und Egeles und gründete nach zehnjähriger Tätigkeit vor dem Oranienburger Tor, wo die Maschinenbauer ihre bescheidenen Holzschuppen aufgerichtet hatten, ein eigenes Werk. Hier wurden Treppengeländer, Gitter und andere Gußstücke hergestellt.

Das Genie des jungen Borsig erkannte sehr bald, daß die Eisenindustrie in Zukunft ganz andere Aufgaben zu erfüllen hatte; denn die Lokomotive begann in der Welt eine entscheidende Rolle zu spielen. Mit einfachsten Mitteln stellte August eine Lokomotive her, die 1841 stolz „Borsig" getauft, in den Dienst der Berlin-Anhalter Bahn trat. Von dieser Stunde an war die Firma Borsig die Hauptlieferantin der Preußischen Staatseisenbahnen geworden. 1853 gelang es, die englische Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen.

Als August Borsig starb und sein Sohn Albert im 25. Lebensjahr das Werk des Vaters übernommen hatte, war aus dem kleinen Holzschuppen vor dem Oranienburger Tor ein ansehnliches Fabrikgebäude in Moabit geworden.

In der Nacht vom 20. und 21. August 1858 fand ein großes Fest statt. Die tausendste Lokomotive war fertiggestellt. Sie wurde von der Moabiter Fabrik aus, auf einem eigens zu diesem Zwecke konstruierten Wagen, der von 16 Pferden gezogen wurde, nach dem Stammwerk in der Chausseestraße geschafft. Am 21. vormittags wurde dann die reichbekränzte Maschine in feierlichem Zuge, an dem sämtliche 1850 Arbeiter und Angestellte des Werkes teilnahmen, durch die Chaussee- und Invalidenstraße über die Sandkrugbrücke, die der schweren Last wegen verstärkt werden mußte, nach Moabit zurückgebracht, wo am Nachmittag und Abend im Garten des Borsigschen Palais an der Turmstraße den Arbeitern ein Fest gegeben wurde.

Den Gedanken, den der Schlesier August Borsig gehegt hatte, eine eigene Rohstoffbasis dem Werk anzugliedern, führte der Sohn Albert aus. Er gründete in Oberschlesien bei Beuthen das Borsigwerk. Als er, sehr jung, 1878 starb, standen seine drei Söhne noch im Kindesalter. Erst 1894 konnten Ernst und Konrad die Verwaltung im Werk übernehmen. Kaiserliche Gunst verlieh den Brüdern 1909 den erblichen Adel. Und 1918, bei Ablieferung der zehntausendsten Lokomotive, wird Ernst von Borsig zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt.

Inzwischen hatte sich die alte Firma nach allen Seiten hin ausgedehnt. Heute besitzt sie in Tegel bei Berlin ein Gelände von 57 Hektar mit einer Maschinenfabrik und eigenem Stahl- und Walzwerk. Dieses Werk in Tegel wird gekrönt von einem Wolkenkratzer, der der Verwaltung als Bürohaus dient — einem Wolkenkratzer, der die Zukunft des Werkes geheimnisvoll verbirgt.

e. für —

Auch morgen am Goldenen Sonntag findet in allen Illustrierten-Filialen und den durch Plakaten gekennzeichneten Buchhandlungen der große Weihnachts-Sonderverkauf des Verlages Ullstein statt, in dem mehr als 250 000 Bücher aller Art zu Bruchteilen der Preise abgegeben werden.

Elli Beinhorn überfällig? Elli Beinhorn, die sich auf einem Flug in den Fernen Osten befindet, ist am Mittwoch in Bagdad mit dem Ziel Buschir am Persischen Golf aufgestiegen. Seit dieser Zeit ist von ihr keine Nachricht eingetroffen. Das braucht jedoch zu Befürchtungen noch keinen Anlaß zu geben, da die Möglichkeit besteht, daß die Fliegerin auf dem Wege dorthin eine Notlandung vornehmen mußte und deshalb noch keine Meldung nach Berlin absenden konnte.

Raubüberfall auf eine Sparkasse. In Cloppenburg in Südoldenburg drangen gestern zwei Männer mit vorgehaltenen Revolvern in den Kassenraum der Spar- und Darlehenskasse ein. Einer der Räuber hielt die Beamten in Schach, der andere bemächtigte sich des gesamten auf dem Kassentisch liegenden Bargeldes, das allerdings nur 400 Mark betrug, da kurz vorher die gesamten Beträge abgeführt worden waren. Die Täter sind in einem Auto, das vor der Tür auf sie wartete, unerkannt entkommen.

Kommunistische Terrorgruppe verhaftet. Der Geisenkirchener Polizei ist es gelungen, verschiedene Mitglieder einer kommunistischen Terrorgruppe zu verhaften, die in Verbindung mit dem kürzlich erfolgten Mord an einem Polizeibeamten stehen sollen. Bei einer Haussuchung in der Wohnung eines der Verhafteten wurden 13 Eierhandgranaten und zahlreiche andere Geschosse vorgefunden. Die Verhafteten sind verdächtig, einen Sabotageakt auf den Vereinigten Kesselwerke im Geisenkirchener Freihafen beabsichtigt zu haben.

Fruchtlandschaften um die Weltstadt

Für die gärtnerische Siedlung

In der Gesellschaft für Soziale Reform fand ein Aussprache-Abend über das Thema „Die Siedlungsfrage im Groß-Berliner Wirtschaftsgebiet" statt. Lebrecht Migge, der Gartenarchitekt aus Worpswede, der sich vielen Jahren für die gärtnerische Siedlungsform einsetzt, leitete die Veranstaltung mit kritischen und programmatischen Ausführungen ein, die lebhafte Zustimmung, aber auch ebenso lebhaften Widerspruch hervorriefen.

Der Ausgangspunkt seiner Ausführungen war: Der Augenblick ist gekommen, Siedlung in großem Maßstab, als Kolonisation, zu beginnen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen ist auf diesem Gebiet nur dürftiges Flickwerk geleistet. Beweis: der Mißerfolg unserer Wohnsiedlungen im letzten Jahrzehnt.

Was uns mangelt, ist die Erkenntnis vom richtigen Siedeln. In den maßgebenden Kreisen, auch bei der Regierung, herrschen schwankende Auffassungen über die geeignete Siedlungs-Type; es fehlt das Wissen um die Gestaltung der Siedlungswirtschaft, das Wissen um die Bedeutung der Siedlungs-Organisation und Bodentechnik. Infolgedessen Unsicherheit in den Fragen: Selbstversorgungs- oder Erwerbssiedlung? Gärtnerische oder landwirtschaftliche Selbstversorgung?

Die Antwort Migges darauf lautet: Es kommt für unsere Erwerbslosen-Kolonisation nur die Selbstversorgung durch nutzgärtnerische Siedlung in Frage. Von dieser These ausgehend, lehnt Migge das Siedlungsprogramm der Regierung mit Entschiedenheit ab, da sie in der sogenannten „Titel-Type" auf einem Morgen Land gärtnerische und landwirtschaftliche Nutzung vereinigen will. Eine solche Siedlung von gemischter Kultur sei zur Katastrophe verurteilt; die Flucht aus der Siedlung werde der Endeffekt sein.

Er betont: Die Stadtrand-Siedlung muß grundsätzlich gärtnerisch sein. „Frucht-Landschaften" sollen die Großstädte umgeben. Für eine solche Nutzgarten-Siedlung ist der Wert auf Versorgung mit ausreichendem Inventar zu legen. Die Stadtrand-Siedlungs-Type der Reichsregierung sei mit dem Fehler behaftet, daß sie zuviel Kapital auf das Wohnhaus und viel zu wenig auf die Ausstattung mit Werkzeugen verwende. Die Folge werde ein ungenügender Ertrag sein.

Was insbesondere Berlin anbetrifft, dessen Stadtrand-Siedlungen sich über das Weichbild der Stadt hinaus ausbreiten werden, so ist die Mitwirkung der Groß-Berliner Industrie an der siedlungsorganisatorischen Umstellung entscheidend. Ohne ihre Unterstützung lasse sich keine erfolgreiche Groß-Siedlung von Kurzarbeitern verwirklichen.

Die Aussprache nahm die Form einer bewegten Kontroverse zwischen den verschiedenen Standpunkten an. Landrat Schlemminger vom Kreis Niederbarnim wies auf die Schwierigkeiten hin, die den ländlichen Gemeinden durch den Zustrom erwerbsloser, hilfsbedürftiger Arbeiter aus der Großstadt erwachsen. Es sei zu vermeiden, daß die Erwerbslosen in Siedlungen zusammengedrängt werden. Den Hauptton legte er auf die ethische Bedeutung der Siedlung: auf die Aufgabe, den Erwerbslosen Beschäftigung zu verschaffen und den Nachwuchs in eine gesunde Umgebung zu bringen.

Sehr reserviert und skeptisch sprach sich der Vertreter der Arbeitgeberverbände, Dr. Lemmer, über die Erwerbslosen-Siedlung aus. Für eine Siedlungsaktion mit weit ausschauender Planung fehle das Kapital. Alles, was wir jetzt zu schaffen vermögen, sei nur Anfang und Versuch für einen späteren Ausbau. Kleinwohnungen, mit einem Stück Land kombiniert — darin erschöpfe sich die gegenwärtige Aufgabe.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich Professor Ebert vom Reichsverband des Deutschen Gartenbaues mit scharfer Ablehnung des Miggeschen Standpunktes, Stauß vom Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft, der für die von der Industrie propagierte „Kurzschichten-Siedlung" eintrat, und zuletzt der um die Erwerbslosen-Siedlung verdiente Küppers-Sonnenberg, der das Ergebnis der Aussprache vielleicht am besten zum Ausdruck brachte: Vor allem mit der Arbeit anfangen! Der Wille zur Siedlung ist in unserem Volke lebendig! Es gibt nicht einen und allein selig machenden Weg zu dem Ziel; es kann auf mehreren Wegen und in verschiedenen Formen erreicht werden.

e l d.

Raubüberfall Dreibundstraße aufgeklärt

Alle vier Täter verhaftet

Der bewaffnete Raubüberfall auf das Juweliergeschäft von Brodowsky in der Dreibundstraße 45 ist von der Kriminalpolizei überraschend schnell aufgeklärt. Die vier Täter, die am Dienstag mittag mit einem gestohlenen Auto vor dem Geschäft vorfuhren, die Auslage ausraubten und auf ihre Verfolger schossen, konnten verhaftet werden.

Die Kriminalpolizei hatte erfahren, daß ein Mädchen, das am Weinbergsweg Herrenbekanntschaften suchte, von einem ihrer Freunde eine neue Armbanduhr zum Geschenk erhalten hatte, die aus dem Ueberfall in der Dreibundstraße stammte. Der Freund, der ihr diese Uhr geschenkt hatte, war der Polizei als Mitglied einer jugendlichen Bande von Schaufensterplünderern bekannt.

Gestern mittag fielen Kriminalbeamte überraschend in sein Quartier in der Neuen Promenade ein und fanden dort außer ihm zwei andere junge Leute, die zu der Kolonne gehörten. Der vierte wurde eine Stunde später in einem Lokal festgenommen. Der Juwelier und die übrigen Zeugen erkannten in den Festnerten die Täter. Die Ueberführung war um so leichter, als einer der Räuber bei dem Ueberfall den rechten Handschuh verloren hatte und der linke, dazu passende, in seiner Manteltasche gefunden wurde.

Die Festgenommenen, die restlos überführt sind, sind der 22jährige Walter Werblow, der 30jährige Karl Radlow — in dessen Besitz noch die Pistole gefunden wurde, mit der auf die Verfolger geschossen worden war —, ferner der 26jährige Otto Wendt und der 20jährige Willy Grützel, der Schoffür des Räuberautos.

Polizeipräsident maßregelt radikale Verkehrslokale. Der Polizeipräsident hat angeordnet, daß das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Potsdamer Straße 25 und das kommunistische Verkehrslokal in der Matternstraße 12, die beide als Ausgangspunkt der letzten politischen Schießereien gelten, ab 19 Uhr abends geschlossen bleiben. Die Anordnung gilt zunächst für die Dauer von vier Wochen.

Offenbach im Theater — Offenbach zu Hause. Wer die vielen schönen Melodien Offenbachs, die durch die Neuaufführung seiner „Großherzogin von Gerolstein" in der Volksbühne und von „Hoffmanns Erzählungen" im Großen Schauspielhaus wieder überall lebendig wurden, zu Hause selbst spielen möchte, der findet sie leicht gesetzt für Klavier in zwei Heften der „Musik für Alle".

Stadtschulrat des Falschcides beschuldigt. Gegen den Leipziger Stadtschulrat Dr. Stahl, dem vorgeworfen wird, er habe über persönliche Inanspruchnahme der Städtischen Schulzahnklinik unter Eid unzutreffende Angaben gemacht, ist jetzt von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen fahrlässigen Falschcides erhoben worden. Stahl hat schon vor mehreren Wochen sein Amt niedergelegt, um es erst nach einem für ihn günstigen Ausgang des Verfahrens wieder zu übernehmen.

Explosion auf einem Tankschiff. Ein schwerer Brand vernichtete gestern im Hafen von Rouen ein Tankschiff mit 750 000 Liter Brennstoff. Durch die Explosion wurde ein Matrose getötet, drei wurden schwer verletzt.

Versuchter Pelzkauf mit gestohlenen Schecks. Gestern nachmittag erschien in einem Pelzgeschäft in der Marburger Straße ein junger Mann, der einen kostbaren Persianerpelz aufsuchte. Er versuchte, ihn mit zwei Schecks zu bezahlen, doch schöpfte der Geschäftsinhaber Verdacht und verweigerte die Annahme. Als man dann den Pelz in eine Pension in der Uhlandstraße, wo der junge Mann zu wohnen vorgab, brachte, versuchte er, mit dem Mantel durch einen Hinterausgang zu verschwinden. Er wurde jedoch bemerkt und der Bote alarmierte die Polizei. In einer Ecke der Heizungsanlage, wo er sich versteckt hielt, wurde er schließlich gefunden. Als man an ihn herantrat, drohte er zu schießen. Er konnte jedoch überwältigt werden. Auf dem Polizeipräsidium wurde festgestellt, daß die Schecks aus einem Einbruch, der am 3. Dezember in Braunschweig bei einem Wollwarenhändler verübt worden war, stammten. Es handelt sich bei dem Festgenommenen um einen 24jährigen Egon B. aus Braunschweig, der mit einem Komplizen den Einbruch verübt hatte und dann nach Berlin geflüchtet war.

Hochverratsanzeige gegen Gesandten Reichenau

Das gegen den ehemaligen Gesandten von Reichenau auf Schloß Rottenberg durchgeführte Verfahren hat, wie nunmehr von der badischen Regierung amtlich bekanntgegeben wird, Veranlassung zur Vorlage einer Strafanzeige wegen Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat gegeben.

Zuständig zur Leitung der weiteren Ermittlungen sei der Oberreichsanwalt in Leipzig. An ihn werden die Vorgänge übersandt. Nach dem jetzigen Stand des Verfahrens könne weitere Auskunft über das Ergebnis der bisherigen polizeilichen Erhebungen nicht gegeben werden. Die für die Unterfuchung nicht wichtigen Schriftstücke seien dem Gesandten von Reichenau wieder ausgehändigt worden.

Uebersichtliche Europa-Programme in der großen Funk-Zeitung „Sieben Tage", 20 Pf. Abonnement in jeder Geschäftsstelle der „Vossischen Zeitung" und durch die Post.

Zum Tode verurteilt. Am Freitag mittag verurteilte das Schwurgericht in Dessau den 31jährigen Gelegenheitsarbeiter Franz Hädicke wegen Mordes zum Tode. Hädicke hatte am 6. November dieses Jahres die sechsjährige Marianne Wabnitz aus Raguhn ermordet.

Selbstmord einer Familie. Bewohner des Hauses Stolpische Straße 27 wurden darauf aufmerksam, daß seit einiger Zeit der im Hause wohnende 47 Jahre alte Böttcher Richard Höppner und seine Familie nicht mehr gesehen worden waren. Als die Polizei die Wohnungstür öffnete, fand man in der Küche Höppner, seine 42 Jahre alte Ehefrau Hedwig und seinen 19 Jahre alten Sohn Karl mit Gas vergiftet auf. Alle drei waren tot. Aus einem vorgefundenen Brief wurde festgestellt, daß die Familie bereits am Mittwoch gemeinsam in den Tod gegangen ist. Höppner war seit einiger Zeit stellungslos.

Potsdamer Stadtverordnetensitzung vertagt. Die Potsdamer Stadtverordnetensitzung, die eine Besprechung der Bestechungsangelegenheit im Potsdamer Hoch- und Tiefbauamt bringen sollte, endete nach Annahme eines Antrages der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, nach dem die Bestechungsfälle im Bauamt erst nach Abschluß des Ermittlungsverfahrens in der Stadtverordnetensitzung erörtert werden sollen, bereits nach kaum 20 Minuten. Der Redner der Sozialdemokraten hatte den Antrag als eine Vergewaltigung der Minderheit bezeichnet.

Dachstuhlbrand am Hansa-Ufer. In dem Hause Hansaufer 1 brach gestern abend gegen 7 Uhr 30 in einer Bodenkammer aus bisher ungeklärter Ursache ein Brand aus, der bald auf den Dachstuhl übergriff. Den vereinten Anstrengungen der Feuerwehren Moabit und Lützow, die beide an der Brandstelle erschienen, gelang es unter Einsatz von zwei Rohren, das Feuer nach etwa anderthalb Stunden zu löschen. Durch den Brand ist der Dachstuhl in einer Fläche von etwa 50 Quadratmetern völlig zerstört worden.

„Böhmische Dörfer". Ein amüsantes Spiel mit unverständlichen Wörtern, jetzt als Bilder-Preisaufgabe im „Zempo".

Berliner Diplomaten

Die deutsch-finnische Vereinigung feierte im Landwehrkasino den siebzigsten Geburtstag des finnischen Staatspräsidenten Svinhufvud. Außer dem finnischen Gesandten und Frau Wuolijoki und sämtlichen Damen und Herren der Gesandtschaft waren zahlreiche Mitglieder der Berliner finnischen Kolonie erschienen.

Frau Marie Chitschschut, die Gattin des russischen Botschafters, gab in dieser Woche ihren ersten großen Nachmittagsempfang. Man lernte den neuen Botschafterat Sergej Alexandrowitsch kennen und konnte sich gleichzeitig von dem nunmehr bald scheidenden Botschafterrat Bratman-Brodowski verabschieden. Diplomatie, Reichswehr und Marine sowie die Berliner Gesellschaft, waren stark vertreten. Außer den Botschaftern von England, der Türkei, von Frankreich und Mme. François-Poncet traf man die Gesandten von Lettland, Estland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Finnland, Griechenland mit ihren Damen, der neuen litauischen Gesandten, den sein Legationssekretär Leopoldas Domsa mit den Mitgliedern des Diplomatischen Korps bekannt machte; den japanischen Botschafterrat Togo und Gattin; den chinesischen Geschäftsträger, Dr. Lone Liang und Gattin; den zur Zeit in Berlin anwesenden deutschen Botschafter in Moskau, Ernst von Dirksen; in Vertretung des Chefs der Heeresleitung war sein Adjutant Graf von Hülsen-Haeseler gekommen; in Vertretung des Chefs der Marine Admiral Raeder, kam Admiral Freiherr von Freyberg, der Leiter der Völkerbundgruppe Marine; vom Auswärtigen Amt traf man Graf Tattenbach, Legationsrat Dr. Roehrecke; Baron von Mumm; Legationsrat Dr. Grobba und viele andere Herren mit ihren Damen.

Zu einer reizenden Cocktail-party luden der Militärattaché von Großbritannien und Frau Oberst Marshall-Cornwall. Dort traf man auch den eben von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrten ägyptischen Gesandten, Dr. Hassan Nachat Pascha.

Der Marineattaché der japanischen Botschaft, Fregattenkapitän Yoshikazu Endo wurde zum Kapitän zur See befördert.

Der schwedischen Gesandtschaft ist C. H. G. S. von Borgenstierna als Attaché zugeteilt worden.

Der deutsch-ausländische Akademikerklub, der seine Donnerstag-Abende jetzt im Harnachhaus abhält, hatte gestern einen sehr interessanten Abendgast. Der deutsche Botschafter in Angora, Dr. Radolny, sprach über „die Türkei und Europa". Außer dem türkischen Botschafter sah man noch die Gesandten von Ungarn, Litauen und Bulgarien. Die Honneurs machte der Vorstand des Klubs, Gesandtschaftssekretär Dr. Theodor Christoff, der Pressechef der bulgarischen Gesandtschaft.

Die bulgarische Gesandtschaft wird ihr Domizil von Anfang des nächsten Jahres ab nach der Hohenzollernstraße verlegen.

Im Garde-Kavallerieklub beging der „Damenklub 1930" eine gemütliche kleine Weihnachtsfeier im engsten Kreise. Nach dem Essen, das im Speisesaal des befreundeten Klubs eingenommen wurde, begaben sich die Damen mit ihren Gästen, unter denen sich auch viele Herren befanden, in ihre dort abgemieteten Gesellschaftsräume. Man blieb bei Bridge und Unterhaltung noch längere Zeit zusammen.

b. fr.

Aufmarsch der Heilsarmee

Am kommenden Montag decken die Soldaten derjenigen He... macht, der man nur immer und immer wieder „Aufrüstung" wünschen kann, im großen Festsaal bei Kroll lange Tischreihen für zweitausend Berliner Familien. Daneben finden in den fünfzehn Berliner Anstalten der Heilsarmee Feiern und Bescherungen statt, bei denen wieder viele Hunderte von Menschen mit Geschenken bedacht werden. Körbe mit Lebensmitteln — vierzehn verschiedenen Sorten insgesamt — Kleidungsstücken. Gebrauchsgegenständen, werden an Bedürftige verteilt, Tannenbäume mit Lichtern aufgestellt, freundliche Worte an alte und junge Menschen gerichtet, für die grade solches — viel mehr als man gemeinhin glaubt — eine Aufmunterung auf lange Zeit bedeutet. Die sechzehn Missionsstationen der Heilsarmee in Berlin veranstalten ebenfalls eigene Feiern, zu denen Gäste geladen sind. Insgesamt werden zu Weihnachten rund viertausend Menschen mit Lebensmitteln und Kleidung unterstützt, eine wirksame Ergänzung der Winterhilfe.

Das Werk ist deshalb vor allem in diesem Jahre so bemerkenswert, weil die eigentliche Grundlage für die Weihnachtsbescherungen, der „Weihnachtstopf" auf den Straßen, etwas schmal geraten ist. Die Spenden fließen reichlich, und der Zulauf wird immer größer. Man hat daher auch versucht, noch zwei Tage für die Straßensammlung, die an sich am Sonntag beendet sein soll, bewilligt zu erhalten, ein Wunsch, der sicher auf Verständnis stoßen wird.

„Und" — wie Oberst Rothstein, sozialpolitischer Führer der Heilsarmee — der kluge Kenner der Zeit und ihrer Menschen, lächelnd sagt: „wenn man auch über uns lacht und über unsere Bekehrungsversuche spöttelt — wer einen Blick auf unsere Arbeit geworfen hat, der ist bisher noch immer ernst geworden".

bgt.

Hohe Strafanträge im Reemtsma-Prozeß. In dem Erpressungsprozeß gegen den Kaufmann Lewitta und den früheren Besitzer der „Badischen Volkszeitung" Pfeiffer beantragte der Staatsanwalt gegen Lewitta wegen fortgesetzter vollendeter und versuchter Erpressung vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust, gegen Pfeiffer wegen versuchter Erpressung fünf Monate Gefängnis. Die Angeklagten hatten in mehreren Broschüren die Zigarettenfabrik Reemtsma der Steuerschwierigkeiten und der Bestechung von Beamten des Reichsfinanzministeriums beschuldigt und die Broschüren dann der Firma zum Kauf angeboten. Die Verhandlung hat ergeben, daß die Firma Reemtsma sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht hat.

Deutsche Burgen. Im Oberverwaltungsgericht sprach auf Einladung der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft Architekt Wilhelm Verhülsdonk über deutsche Burgen und Schlösser. Nach einer kurzen historischen Einleitung zeigte der Redner Lichtbilder von den Resten der alten Römerkastelle, von der Saalburg im Taunus und dem mächtigen Kaiserpalast zu Trier. Bilder von stattlichen altdeutschen Herrenhöfen folgten. Vereinzelt finden sich noch befestigte Dorfkirchhöfe. Sie dienten ebenso wie die Fluchtburgen im Walde dem Schutz der Dorfbewohner bei feindlichen Ueberfällen. Die Ritterburg ist das Sinnbild des mittelalterlichen Lehnstaates. Während die altdeutschen Herrenhöfe befestigte Wohnbauten waren, sind die Burgen bewohnte Wehrbauten. Es gab in Deutschland mindestens ebenso viele von Wasser umgebene Burgen im Flachland wie Hochburgen. Da sich die Felsburgen aber besser erhalten haben, verbindet man für gewöhnlich mit dem Wort „Burg" die Vorstellung eines auf einem Berg oder einer Anhöhe gelegenen festungsartigen Turmgebäudes. An Abbildungen der Wartburg, der Kaiserpfalz zu Goslar, vieler Rheinburgen und einiger Wasserburgen erläuterte der Redner Bauweise und Einteilung dieser mittelalterlichen Bauwerke.

„Fernstrom" das Hohelied der Technik

Im Haus der Technik wurde gestern abend vor einem geladenen Publikum der von den Reichs-Elektrowerken hergestellte Film „Fernstrom" gezeigt — ein einzigartiges Experiment, von einer geradezu begeisternden Präzision, Klarheit und Lebendigkeit. Vom Braunkohlenbergwerk bis zum Stromverbraucher den Blutkreislauf gebändigter Energie plastisch verfolgen zu können, war vor allem dem Nichttechniker ein seltenes und aufregendes Erlebnis.

Der Film zeigt den Tagbau der Braunkohle: die riesigen Bagger und die 400 Meter lange, bewegliche Förderbrücke, die die über der Kohle lagernde Erdschicht entfernen. Dann den Abbau der Kohle selbst, den Transport zu den Bunkern des Kraftwerks, den Weg vom Bunker zum Kessel, wo die seit Jahrtausenden gebundene Energie der Braunkohle als Feuergas frei wird. Der von den Feuergasen erhitzte Dampf treibt die Turbine zu rasendem Lauf, 25 Umdrehungen pro Sekunde; auf der gleichen Welle aber sitzt der Rotor der Dynamomaschine, in dessen wirbelndem Magnetfeld die Geburt des elektrischen Stromes sich vollzieht. In gigantischen Transformatoren wird der Strom bis auf 100 000 Volt Spannung gebracht, dann der Sammelschiene zugeführt und von hier in das große Netz geleitet, das ihn über das Land verteilt. Verlagt ein Kraftwerk, so schalten sich innerhalb weniger Minuten andere Werke in das totgelegte Nesstück ein.

Man sollte diesen Film der Oeffentlichkeit zugänglich machen; er ist weit besser spannender und aktueller als der Durchschnitt der Kulturfilme, die im Vorprogramm der großen Lichtspielteater laufen.

a. k.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

SCHRIFTLEITER: DR. WILLY MEISL, BERLIN

Zwei Eishockeyspiele und Sonja

Heute und morgen im Sportpalast

Der Sportpalast kennt keine Ruh' und keine Pause, selbst dieses Wochenende muß trotz des Goldenen Sonntags für internationale Eisspiele herhalten. Aber diesmal wird selbst Sonja Henie für die Eisarena keine goldenen Tage hervorzaubern können, dazu ist das Weihnachtsfest doch zu nah. Die Eishockeyspieler der Oxford University und des B.S.C. Königsberg haben eine sehr undankbare Aufgabe zu erfüllen, denn nach den Kanadiern können ihre Kämpfe mit den Berlinern keine Steigerung oder auch nur Gleichwertiges bringen, obwohl beide Gastmannschaften doch ganz schöne Klasse repräsentieren. Die Engländer spielen heute wie morgen gegen die „Internationale" des B.S.C., die Königsberger treten heute gegen die Reserven des Schlittschuh-Clubs und morgen gegen den Verein Brandenburg an.

Oxfords Mannschaft mit dem glänzenden Torwart Little und dem raffiniert dribbelnden Sturmführer Bonnycastle hat bei ihren Berliner Gastspielen Tore gefallen können, sie wird die Schwarz-Weißen sicher auch diesmal auf eine harte Probe stellen. Der „Club" tritt wieder mit Lieke im Tor und sonst in bester Besetzung an. Stimmung und Leben wird es also schon zur Genüge geben.

Die B.S.C.-Reserven werden sich wohlweislich durch die Auswechselleute aus der „Ersten" verstärken müssen, sonst haben sie gegen den Ostpreußenmeister keine Chance. Die Königsberger machten schon im vorigen Jahr bei der Deutschen Meisterschaft eine gute Figur, schlugen Rießerfee 4:3 und kämpften im Finale auch gegen die beste deutsche B.S.C.-Mannschaft ausgezeichnet. Man sollte sich die Ostpreußen einmal näher ansehen, sie könnten willkommenen Ersatz in die ach so schwachen Reihen unserer Nationalmannschaft bringen. Also Achtung auf Teligty, den ehemaligen Rastenburger Unger und Wisnewski.

Beginn ist an beiden Abenden wieder 20¼ Uhr. Sonja Henie wird bereits in den Pausen des ersten Spiels erscheinen und ihre Kunst vorführen.

War das der deutsche Meister?

Schlittschuh-Club schlug Tegel nur 8:4

Man hatte bei dem ersten Meisterschaftsspiel des Berliner Schlittschuh-Clubs im Sportpalast mit einem haushohen Sieg über den Tegeler Eislaufverein gerechnet; man hatte sich aber arg verrechnet und erlebte eine kleine Sensation. Nur ohne Roemer und Lincke, aber mit Jaenecke, Korff, drei Gebrüdern Ball, Dawidow, erschienen die Tennisspieler in sehr starker Besetzung; doch das störte die Tegeler nicht, in wenigen Augenblicken gegen den Meister und die Verteidigung R. Ball-Jaenecke drei Tore vorzulegen. 3:0 für Tegel nach drei Minuten, war's Wirklichkeit, oder träumte man?

Natürlich gruppierten sich die B.S.Cer schnell um, aber trotz „Gustav und Rudi" führte Tegel bei der ersten Pause 4:3. Dann allerdings klappten sie etwas zusammen, und ihr sehr schwacher Tormann machte es den Schwarz-Weißen sehr leicht, die Scheibe noch fünfmal ins Tor zu bringen. Bei Tegel gefiel vor allem der junge Schütte sehr gut; er ist bald für größere Aufgaben reif.

Reformbedürftiges Tennis

1. Fehler im Turnierbetrieb

Die letzten Monate des Tennissommers 1931 standen im Zeichen der abgelagten Turniere. Die recht stattliche Terminliste des deutschen Tennisbundes schrumpfte beträchtlich zusammen. Die Spitzenspieler hatten zwar noch genug Gelegenheit zum Wettkampf; aber schon die große Schaar des Nachwuchses und der guten ersten Klasse verloren wertvolle Möglichkeiten, Kampferfahrung zu sammeln. Der Tennisbund wird im nächsten Jahre darauf achten müssen, daß die Klubs angemeldete Turniere in dem Rahmen durchführen, der jeden finanziellen Verlust ausschließt. Bei richtiger Einteilung: Einfachheit in der Unterbringung der Gäste, sparsame Ballausgabe, einfachere Preise kann bei jedem Turnier ein kleiner Ueberschuß herauskommen, abgesehen von dem Mehr an sportlichem Ansehen, das jeder veranstaltende Klub sich verdient. Mehrt ist Ansehen mit Gewinn von neuen Mitgliedern gleichzusetzen.

Veranstaltungen mit besonderem Einschlag: Turniere der Lehrer, Schüler, Journalisten, Verbandsklassen, der Nachwuchsspieler sind ausnahmslos erfolgreich gewesen. Dementsprechend sollte man Turniere fördern, die sowohl den Teilnehmerkreis wie die Zahl der Wettbewerbe einschränken. Für Berlin z. B. mit seiner großen Zahl berufstätiger Turnierspieler müßten zwei Wertmale besonders betont werden: Einmal sollte man bezirksweise, regionale Turniere öfters durchführen. Besondere Veranstaltungen für die Spieler des Nordens, des Südwestens usw. Klubs wie Schwarz-Weiß 1921, Tennis- und Hockeyklub, Reinickendorf, Frohnau, Hockey-Club, könnten dann wie früher kleinere, aber tragbare Turniere haben. Der Zeitgewinn im Animarsch für die Teilnehmer sollte dann noch vergrößert werden durch Beschränkung des Turniers auf zwei, höchstens drei Konkurrenzen. Das amerikanische Beispiel — nur Einzel- oder nur Doppelspiele — sollte Schule machen. Kurze Turniere machen allen Freude; längere verbrauchen unnötig viel Nerven der Spieler und der Leitung. Durch Beschränkung nicht der Zahl, sondern der Art der Turniere wird die Konzentration erreicht, die unser Tennisbetrieb nötig hat, die aber im letzten Sommer nicht vorhanden war.

70 Trabrenntage

Abwechselnd in Ruhleben und Mariendorf

Die braven Traber haben Sommer und Winter keine Pause. Ununterbrochen währt die Rennsaison, von Januar bis Dezember, Woche für Woche wird getrabt, bald in Mariendorf, bald in Ruhleben. Auch für 1932 haben Berlins Trabrennvereine ein umfangreiches Programm in Vorbereitung, im ganzen sind 70 Rennttage geplant, und hübsch brüderlich teilen sich die Bahnen im Westen und Süden diese Veranstaltungen. Ruhleben öffnet bereits wieder am 3. Januar seine Tore und wird bis Anfang März veranstalten, dann folgt der übliche Umzug nach Mariendorf, das sein Frühjahrs-Meeting bis zum 30. April angesetzt hat. Der Mai und Juni gehört wieder Ruhleben, wo am 12. Juni das Deutsche Traber-Derby entschieden wird. Im Juli ist Mariendorf an der Reihe, im August Ruhleben und dann geht's endgültig nach der südlichen Kampfstätte, wo bis Ende des Jahres getrabt werden soll. Hoffentlich benutzen die Trabrennvereine die umfangreiche Terminliste zu einer etwas bunteren Inszenierung ihrer Programme, denn zuletzt wurde etwas zu sehr nach dem Schema F gehandelt, man wußte, die Trabrenngemeinde ist mit jeder Kost zufrieden.

Reiterfest bei Beermann

Auch hier für die Winterhilfe

Vielen anderen Sportverbänden folgend, hatte auch die Kreisig. Reitgesellschaft des Tatterfalls Beermann den Ertrag ihres Wohltätigkeitsfestes für die Winterhilfe bestimmt. Der überfüllten Tribünen hielt Dr. Ludwig Beermann eine Ansprache „hoch zu Schimmel", die mit einem Appell zum Helfen und mit dem von der Versammlung stehend gesungenen Deutschlandlied schloß.

Dann folgte ein Programm, das jedem Zirkus Ehre gemacht hätte: eine von vier Paaren flott gerittene Galoppquadrille, famose Voltigen des hoffnungsvollen Stallmeisterknachwuchses, eine von sechs Damen im roten Rock malerisch-sportlich, im Damensattel durchgeführte Springtour, dreifache Springfahrschule von Stallmeister Kreißig und ein Tourenreiten der Kreißig-Quadrille. Clou des Abends war aber das erste öffentliche Auftreten des neuesten Schulreiters Ernst Moritz Arendt auf dem altbewährten Turnierpferd Haustochter.

Blomquist, neben Thunberg Finnlands Vertreter in den Eischnellauf-Wettbewerben in Lake Placid, hat als Elektriker in U. S. A. eine Anstellung erhalten und wird nach den Spielen zwei Jahre lang in U. S. A. bleiben.

Sybile schlug Saerens in Antwerpen im Kampf um die belgische Leichtgewichtsmeisterschaft in der 9. Runde entscheidend und behielt damit den Titel.

Die Deutschen Gerätemeisterschaften 1932 in Berlin. Der Turnausschuß der D. T. hat dem Turnverband Berlin die Ausrichtung der nächsten deutschen Gerätemeisterschaften für 1932 übertragen. Die letzten deutschen Gerätemeisterschaften waren im April dieses Jahres in Essen, dabei hatten sich gegen 10 000 Zuschauer eingefunden.

Perry feiert Weihnachten in Paris. Die am Sonnabend in Paris begonnenen Weihnachts-Hallen-Tennis-Meisterschaften haben auch in diesem Jahre wieder eine glänzende Besetzung gefunden. Außer der Teilnahme der ersten französischen Spieler mit Jean Borotra an der Spitze liegen auch bereits Meldungen des jungen Engländers Perry und der belgischen Meisterin Fräulein Sigart vor. Perry, der das Doppel mit dem Franzosen Christian Boussus bestreitet und das Mixed mit Fräulein Sigart, geht nicht ohne ernsthafte Chancen in Paris an den Start.

Französische Tennissiege in Oslo. Die französischen Tennisspieler haben ihre Nordlandreise von Kopenhagen nach Oslo fortgesetzt, wo sie in der dortigen Halle einige Einladungskämpfe bestritten. Die Franzosen waren auf der ganzen Linie erfolgreich, und zwar siegten: Du Plaiz gegen J. Nielsen 7:5, 6:2. Brugnon gegen Torkildsen 7:5, 6:3. Genties gegen Christoffersen 6:0, 6:2 und Brugnon-Du Plaiz gegen Haanes-A. Smith 6:2, 6:2.

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNG

Die Firma Teppich Burich, Berlin C 2, Spandauer Straße 32, ist gleichzeitig ein Begriff für Qualitätsmare. Wenn Qualitätsmare in einem Artikel, der schwer oder gar nicht taxiert werden kann, von diesem bekannten Spezialhaus zu billigen Preisen angeboten wird, so bedeutet der Einkauf eine günstige Gelegenheit, Weihnachtsgeschenke zu erstehen, die gleichzeitig der ganzen Familie zugute kommen und die das Heim, die einzigste Zufluchtsstätte des wahren Friedens in dieser Zeit, angenehm und wohnlich machen. Teppich Burich, das größte Spezialhaus, dessen Verkaufsräume auch am Sonntag, dem 20.12.1931 von 3 bis 7 Uhr geöffnet sind, unterhält keine Filialen. Bitte achten Sie genau in der Spandauer Straße auf die Nummer 32.

Hamburger Unruhen vor Gericht

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 17. DEZEMBER

Die blutigen Unruhen, die sich am silbernen Sonntag auf dem großen Hamburger Weihnachtsmarkt, dem „Hamburger Dom“ ereignet hatten, haben bereits das Schnellgericht beschäftigt. Das Gericht verurteilte den Kommunisten Rosenthal zu zwei Jahren Gefängnis. Zwei weitere Angeklagte erhielten ein Jahr bezw. eine Woche Gefängnis.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kreis Süden: Die Einäscherung unseres verstorbenen Kreisvorstandsmitgliedes Kam. Henicke, findet am Montag, 18 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Der Kreisvorstand erwartet von allen dienstfreien Kameraden, daß sie in Zivil daran teilnehmen. — Wedding (Ortsverein): Sonntag, 17 Uhr, Weihnachtsfeier für unsere erwerbslosen Kameraden im Saalbau der Hochschulbrauerei, Amrumer Straße 31. Eintritt frei. Jungba: Sonntag, 19.30 Uhr, Spieltrupp und Sprechchor mit Material, Hochschulbrauerei. — Treptow (Ortsverein): Jungba: Sonnabend, 20 Uhr, Weihnachtsfeier in „Neu-Tivoli“, Neue Krugallee 33. Eintritt 25 Pf. — Bohnsdorf-Grünau: Jungba: Sonnabend, 19 Uhr, Probe bei Kam. Overmann. Sonntag, 10.45 Uhr, Generalprobe mit Kostümen bei Schulz, Dorfplatz. 16 Uhr Antreten im selben Lokal zur Mitwirkung an der Weihnachtsfeier der Arbeiterwohlfahrt.

Beratungsstelle für Eltern. Die Beratungsstelle für Eltern des Laboratoriums für Arbeitspsychologie befindet sich bis Weihnachten im Europahaus, Stresemannstraße 92/102, in der Buchmesse. Sprechzeit während des ganzen Tages, am goldenen Sonntag von 10 bis 19 Uhr. Die Beratung ist unentgeltlich.

Familien-Nachrichten

Kurze Familienanzeigen.

Verlobt: Margarete Meisel mit Dr. **Bruno Schaefer,** Hamburg. — **Gertrud Kiehn** mit **Heinz Canenbley,** Hamburg. — **Brigitte Krumbhaar** mit **Jakob Sigle,** Liegnitz.

Vermählt: Harry Splitt und Frau Margarete, geb. Haas, Hamburg. — **Max Falk** und Frau Gretel, geb. Hanauer, Frankfurt a. M. — Dr. med. dent. **Walter Münzesheimer** und Frau Lotte, geb. Kander, Karlsruhe.

Geboren: Ein Sohn: **Hermann Hildebrandt** und Frau Wera, geb. Woßidlo, Leipzig. — **Carl H. Matthes** und Frau Dr. med. Hedwig Matthes, Leipzig. — **Rudi Reichenbach** und Frau Camilla, geb. Krausbauer, Frankfurt a. M. Eine Tochter: Rittmeister **Paul von Felbert** und Frau Elisabeth, geb. von Lieres und Wilkau, Neustadt, O.-S.

Gestorben: Kapitänleutnant a. D. **Oswald Arndt,** Hamburg. — Landschaftsrat Gutsbesitzer **Hermann Schlüter,** Kohnsen, Kreis Einbeck. — Rechtsanwalt Dr. **Rudolf Dalitz,** Leipzig. — Generalmajor a. D. **Hans Ritter v. Hemmer,** München. — Baronin **Amelie von Brück,** München. — Frau **Regina Schlesinger,** geb. Spiro, Breslau. — Fabrikdirektor **Heinrich Beckmann,** 75 Jahre alt, Trachenberg. — Mittelschullehrer **Ernst von Zobeltitz,** Breslau. — Architekt **Julius Bihl,** Stuttgart. — Frau **Johanna Grünebaum,** geb. May, Frankfurt a. M. — **Karl Worring sen.,** 78 Jahre alt, Solingen-Weyer.

Heute mittag entschlief sanft nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere unvergeßliche inniggeliebte Schwester und Tante

Laura Mayer

Im Namen der Hinterbliebenen

Gustav Mayer
Alfred Mayer
Alma Mayer
Adele Kronenberg, geb. Mayer
Paula Kirschbaum, geb. Mayer
Herbert Mayer und Frau Lotte, geb. Müller
Erwin Mayer

Berlin, Magdeburg, Giershagen, Elberfeld, d. 17. Dez. 31. Motzstr. 44.

Einäscherung Montag, 21. Dezember, 4½ Uhr nachm., Krematorium Wilmersdorf.
Kondolenzbesuche dankend verbeten.

Mein Hut der ist ein Wilke ein

ist mein Hut und ist er nicht ein Wilke dann ist er nicht mein Hut

Wilke Hüte führen alle leistungsfähigen Hut-Spezialgeschäfte

Sehen
was die Sender senden

das ist der Wunsch aller Hörer! Viele schöne Bilder von Sprechern und Künstlern, von allem, was zum Funk gehört, in der großen Hörer-Zeitung

Sieben Tage

Jeden Freitag neu für 20 Pf. Bestellen Sie bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler, Ihrem Postamt, in der nächsten Ullstein-Filiale oder durch den Verlag Ullstein, Berlin SW 68

Gaskocher *Stahlwaren* **Lampen** *Wirtschafts-Artikel* Oefen·Herde **Elektr. Hausgeräte** *Bade-Einrichtungen* **Zechlin** Alexanderplatz 49.

Bekanntmachung

Der Inhaber des bei dem unterzeichneten Amte für die Firma Mal-Kah Zigarettenfabrik A. G. in Berlin ausgefertigten Niederlagescheines A. B. 245—29 über 75 Packstücke unbearbeitete Tabakblätter (Rest) wird hierdurch aufgefordert, diesen innerhalb Monatsfrist vorzulegen und seine Rechte nachzuweisen, widrigenfalls der Schein, der als verloren gemeldet ist, für kraftlos erklärt und ein neuer ausgefertigt werden wird.

Berlin, den 17. Dezember 1931.
Hauptzollamt Berlin-Packhof.

Bechsteinflügel 890.—, Blüthnerflügel, Ibachflügel, Schwechtenpianos, gebrauchte. **Potsdamer Str. 74.**

Ich suche

einen innerlichen, allem Wesentlichen aufgeschlossenen Menschen als Ehekameraden. Ich bin Anfang 30, v. gut. Erscheing. u. besitze Vermögen. Zuschr. unt. **Frau Dr. S.** 1712, Geschäftsstelle Ullstein, Hamburg 1.

Mutterrolle 1838, Gebäudesteuerrolle 1013, Nutzungswert 387 Mark. — 5. K. 188. 31. —

Köpenick, den 31. Oktober 1931.
Das Amtsgericht, Abteilung 5.

Eigene Feststellungen.
Nachdruck verboten. (Ohne Gewähr.)

Belastungen

Zu Grundstück Andreasstraße 7—9 in Berlin: 1. 180 000 RM 8½ v. H. Zs. Thüringische Landes-Hypothekenbank Weimar. 2. 50 000 RM Erich Ernst Theis, Berlin, Klopstockstraße 51 u. andere. Betr. Gläub. Bezirksamt Friedrichshain wegen rd. 2420 RM.

Zu Grundstück Eldenaer Straße 26 in Berlin: 1. 18 022 RM 5 v. H. Zs. Berliner Hypothekenbank A.-G., Taubenstr. 22. 2. 40 000 RM 9 v. H. Zs. Dr. Willy Gerschel, Kurfürstendamm 97—98. Betr. Gläub. Bezirksamt Friedrichshain.

Zu Grundstück Volkswohlstraße, Ecke Auguste-Victoria-Straße in Adlershof-Kanne: 1. 10 000 RM 12 v. H. Zs. Oleum A.-G., Schaffhausen. 2. 100 000 RM 12 v. H. Zs. Julian Dunowicz, Halensee, Karlsruher Straße 11. 3. 5000 RM Darmstädter und Nationalbank, Berlin. 4. 10 000 RM Frau Anna Lorenz, Adlershof, Moltkestraße 7. Betr. Gläub. wie zu 1.

Zu Grundstück Schöneicher Straße 12 in Köpenick-Forst: 1. 2000 RM Sich. Gemeinn. Bauges. Berlin-Ost, Berlin, Rigaer Str. 56. 2. 700 RM Frau Frieda Penner, Mahlsdorf-Süd. Betr. Gläub. wie zu 1.

Handelsregister

Neueintragungen

Abt. A: „Tefiko“ Textil-Finanzierungs-Kontor Hermann Unger. Berlin C 2, Klosterstr. Nr. 17—19.

Abt. B: Standard-Maschinen- u. Apparate-G. m. b. H. Berlin W 9, Bellevuestr. 6a. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Geh. Regierungsrat Dipl.-Ing. Paul Freiherr Treusch von Buttlar-Brandenfels, Berlin. — Erdöl-Förderzinsen Holding G. m. b. H. Berlin W 10, Regentenstraße 2. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kflte. Joseph Meyer jr. und Todd M. Pettigrew, New York. — Mierisch und Kubat, Elektrizitäts-Zähler-Fabrik G. m. b. H. Bln.-Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/178. Stammk.: 20 000 RM. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Fr. Arthur Mierisch und Ing. Vinzenz Kubat, Berlin. — „Pan“ Finanzierungen, Parzellierungen und Immobilien G. m. b. H. Berlin NW 7, Dorotheenstr. 77. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsf.: Kfm. Markus Schwarzbaum, Berlin. — Preuß & Unglaube G. m. b. H. Berlin SW 19, Seydelstr. 12—13. (Herstellung und Vertrieb von Papier- und Schreibwaren usw.) Stammk.: 30 000 RM. Geschäftsf.: Kaufm. Leo Rosenblatt, Berlin. — Mechanische Wollweberei G. m. b. H. Berlin C 2, An der Schleuse 11. Stammk.: 100 000 RM. Geschäftsf.: Georg Walter, Berlin.

Vergleichsverfahren

Neuangeordnete:

o. H. Kallmann u. Rosenbaum (Großhandel in Woll- u. Baumwollwaren), Berlin SW; Norddeutsche Kühlerfabrik A.-G., Berlin-Tempelhof; Georg Schenkalowsky Nachfl. A.-G. (Graphischer Großbetrieb und Papierverarbeitungswerk), Breslau; Eisenwaren-Großhandels-Gesellschaft A. Peikert u. Co. m. b. H., Dresden; A.-G. für Eisenindustrie und Brückenbau (vorm. Caspar Harkort), Duisburg; o. H. A. H. Pröschold (Porzellanfabrik), Gräfenthal; Chemische Fabrik Dr. Bachner u. Co. G. m. b. H., Hamburg; Rheinische Bauernbank A.-G., Köln; o. H. Meyer u. Sohn (Kohlen- und Holzhandlung), Köslin; Lindau u. Winterfeld G. m. b. H., Magdeburg; o. H. Bruno Schimanski u. Co., Inh. Sylvester und Adalbert Schimanski, Warengroßhandlung „Esko“, Osterode; o. H. Joseph Mehringer u. Cie., Burgkunstadt.

Aufgehobene:

Ströher'sche Farbwerke G. m. b. H., Dillenburg; o. H. Herrnkind u. Knöbber, Kassel; Bonumwerke Tigges u. Winckel, Langenberg (Rhld.); Glas- u. Spiegel-Manufaktur Wüstner u. Co., Leipzig; Treskow, Pudor u. Co., G. m. b. H., Leipzig; Georg Steib Komm.-Ges., München; Zentner u. Kissinger (Lederwarenfabrik), Nürnberg; S. Weil u. Söhne o. H. (Schuhfabrik), Rastatt; Graphische Werkstätten Fackel u. Klein o. H., Stuttgart; Komm.-Ges. Hermann Rehmann, Velbert (Rhld.); Bergisches Kabelwerk G. m. b. H., Wuppertal-Barmen.

Neue Konkurse

Bielefeld. Niederschelp u. Kreyer o. H. E. 9. 12. A. 2. 1. G. 9. 1. P. 16. 1. — Bielefelder Weberei Gunst u. Co. A.-G. E. 10. 12. A. 30. 12. O. 9. 1. P. 9. 1.
Bremen. Bremer Konsum- u. Wirtschaftsverein Verbrauchergenossenschaft e. G. m. b. H. (früher Beamtenwirtschaftsverein Bremen e. G. m. b. H.). E. 15. 12. A. 15. 2. G. 14. 1. P. 5. 4.
Bünde (Westf.). Genossenschaft „Joachimsthaler Gesundbrunnen“, Bad Randringhausen e. G. m. b. H. E. 14. 12. A. 7. 1. G. u. P. 15. 1.
Hamburg. Winter u. Co. G. m. b. H., Teegroßhandel. E. 12. 12. A. 12. 2. G. 12. 1. P. 8. 3.
Guben. o. H. Gebr. M. u. P. Welz. E. 15. 12. A. 8. 1. G. und P. 15. 1.
Jeßnitz. Holz- u. Metallwarenfabrik vorm. Hopf u. Co. G. m. b. H. E. 16. 12. A. 15. 2. G. 14. 1. P. 25. 2.
Rennerod. Spar- und Darlehnskassen-Verein e. Gen. m. unb. H. in Liqu. E. 12. 12. A. 5. 1. G. und P. 12. 1.
Reutlingen. Süddeutsche Sportbekleidungsfabrik G. m. b. H. in Liqu. E. 15. 12. A. 8. 1. G. und P. 14. 1.
Schleusingen. Eweco Glaswarenfabrik G. m. b. H., Schmiedefeld. E. 16. 12. A. 28. 12. G. und P. 15. 1.
Wernigerode. Autopark Emil Schreiber u. Co. G. m. b. H. E. 14. 12. A. 4. 1. G. und P. 13. 1.
Wesermünde-Geestemünde. Kreditgenossenschaft e. Gen. m. unb. H. in Stubben i. L. E. 15. 12. A. 25. 1. G. 14. 1. P. 4. 2.

Weihnachts-Messe
A. Dahlheim H. Lipke
verkaufen jetzt zu fabelhaft billigen Preisen!

Original-Oelgemälde und Aquarelle, Landschaften, Seestücke, Genre-, Architektur-, Tier-, Jagd-Bilder, Stilleben usw., elegant gerahmt, Stück 10 M, 20 M, 30 M, 50 M, 100 M bis zu den allerwertvollsten Museumsbildern für 2000 M, 3000 M, 5000 M, 10000 M usw.
Kunstgegenstände aller Art von 3 M an bis zu 15000 M

Perser Teppiche von kleinen bis 6×10 Mtr., ferner alle anderen Arten echter Orient-Teppiche, feine Bucharas, Afghans, Beludschistans, Chinesen.

Deutsche Teppiche von kleinen bis 3½×5 Mtr.

Kleinmöbel aller Art, Riesen-Auswahl! Rauchtische von 6 M an, Teewagen von 12 M an, Kleinsessel von 15 M an, Couches von 38 M an bis zu den allerelegantesten. Moderne kombinierte Schreibtische und Schränke, Garnituren, Sessel, Dielenmöbel, Tische, Stühle, Lampentische, auch viele Stilmöbel, Renaissance, Barock, Chippendale, Louis XVI. usw.

Hochelegante Schlaf-, Herren-, Speise-, Wohn-Zimmer und Salons *in feinsten Edelhölzern, Schlafzimmer auch in Schleiflack.*

Beachten Sie ganz genau Nr. 6 bis 7 Kochstraße
Goldenen Sonntag geöffnet!

Sensation
Nur fesche Kleider, Pariser Art, Wolle und Seide, alle Größen, M 19.— bis 38.—.
Herrmann Clausewitzstraße 5, Aufg. 2 (Fahrstuhl). Ecke Kurfürstendamm, Bismarck 3045.
Sonntag 20. 12. geöffnet.

Laut Beschluß d. Amtsgerichts Charlottenburg heute ab 10 Uhr
Zwangsversteigerung der Luxuswohnung Auguste-Viktoria-Str. 6 am Bahnh. Halensee
Eine außerordentliche Gelegenheit, sehr günstig Waren ersteigern zu können. Zuschlag erfolgt zum Höchstgebot.
Auktionshaus Des Westens Unter den Linden 70. A 1 Jäger 0746, 0447
ADW ADW

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 16. April 1932, 11 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstr. 13/15, III. Stock, Quergang 9, Zimmer Nr. 116/118, versteigert werden das in Berlin, Andreasstr. 7/9 belegene, im Grundbuche von der Königstadt, Band 57, Blatt Nr. 3170 (eingetragene Eigentümerin am 15. August 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Firma E. Sonnenthal junr. Aktiengesellschaft zu Berlin) eingetragene Grundstück: a) Vorderwohnhaus Nr. 7 mit rechtem Anbau, teilweise unterkellertem Hof, b) Geschäfts- und Bürogebäude, c) Vorderwohnhaus Nr. 8 mit unterkellertem Hof, d) Vorderwohnhaus Nr. 9 mit Hof, e) erstes Lagergebäude mit angebautem Lastenfahrstuhl, f) zweites Lagergebäude, g) Auto-Wellblech-Garage, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 168, Parzelle 114, 15 a 06 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 142, Nutzungswert 28 610 Mark, Gebäudesteuerrolle Nr. 142. — 86. K. 154. 31. —

Berlin, den 10. Dezember 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte,** Abteilung 86.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 11. April 1932, 12 Uhr, an der Gerichtsstelle Neue Friedrichstr. 13/14, III. Stockwerk, Zimmer Nr. 119/120, Quergang 9, versteigert werden das in Berlin, Eldenaer Straße 26 belegene, im Grundbuche von Lichtenberg, Band Nr. 46, Blatt Nr. 1444 (eingetragene Eigentümerin am 14. März 1931, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: die Berlin-Eldenaer Straße 26 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin) eingetragene Grundstück: Acker, Gemarkung Berlin, Kartenblatt 146, Parzelle 6, 14 a 13 qm groß, Reinertrag 2,77 Taler, Grundsteuermutterrolle Art. 78, in der Gebäudesteuerrolle nicht eingetragen.

— 87. K. 33/31. —

Berlin, den 14. Dezember 1931.
Amtsgericht **Berlin-Mitte,** Abteilung 87.

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 20. Januar 1932, 10 Uhr, an der Gerichtsstelle Hohenzollernplatz 1, Zimmer 26, versteigert werden das im Grundbuch von Adlershof, Band 9, Blatt Nr. 218 (am Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks eingetragene Eigentümerin: Frau Anna Lorenz geb. Opwis) eingetragene Grundstück: Gemarkung Kanne, Kartenblatt 4, Parzelle 2181/173, Wohnhaus mit Hofraum, Garage, Volkswohlstraße 152, Eke Aug.-Viktoria-Straße, Größe 6 a 90 qm, Grundsteuermutterrolle 663, Gebäudesteuerrolle 281, Nutzungswert 1710 M.

— 5. K. 162. 31. —

Köpenick, den 9. Oktober 1931.
Das Amtsgericht, Abteilung 5.

Zwangsversteigerung

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll

am 20. Januar 1932, 11¼ Uhr, an der Gerichtsstelle Hohenzollernplatz 1, Zimmer 26, versteigert werden das im Grundbuch von Friedrichshagen, Band 52, Blatt Nr. 1657 (am Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks eingetragene Eigentümer: 1. Frau Frieda Knoppe, geb. Finke, zu Friedrichshagen, 2. Gemeinnützige Baugesellschaft Berlin-Ost G. m. b. H. als Miteigentümer je zur ideellen Hälfte) eingetragene Grundstück Friedrichshagen, Schöneicher Straße 12, Gemarkung Köpenick-Forst, Kartenblatt 3, Parzelle 609/38, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Stall, Kleinhaussiedlung am Bahnhof Friedrichshagen, Größe 6 a 44 qm, Grundsteuer-

FINANZ- UND HANDELSBLATT DER VOSSISCHEN ZEITUNG

BEILAGE ZU NR. 597 • MORGEN — VERANTWORTLICH: DR. HANS BUSCHMANN, BERLIN — SONNABEND, 19. DEZEMBER 1931

Schultheiss-Prüfer berichten

Katzenellenbogen verantwortlich — Mitschuld von Direktion und Revisoren — Regreßfrage wird untersucht — Abschreibungsbedarf größer als erwartet

Die außerordentliche Revision der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei AG. und der Affäre Ostwerke-Katzenellenbogen durch einen unabhängigen vom Aufsichtsrat eingesetzten Prüfungsausschuß ist nach mehrmonatiger Tätigkeit beendet worden. Der Prüfungsbericht hat dem Aufsichtsrat gestern vorgelegen. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, die Anwälte der Gesellschaft zu beauftragen, alle Verantwortlichkeiten zusammen mit einem Ausschuß des Aufsichtsrats festzustellen und geltend zu machen. Der Ausschuß besteht aus Dr. Schiffer, Dr. Schülein, Geheimrat Dr. Schulmann, Justizrat Dr. Waldstein, Kommerzienrat Dr. Weil und Kommerzienrat Zielenzier.

Dem Aufsichtsrat wurde von dem Verlauf der Bilanzarbeiten Mitteilung gemacht. Sie wird soweit gefördert, daß nach dem Erlaß der Durchführungsbestimmungen zum neuen Aktienrecht (sie sind jetzt veröffentlicht) die endgültige Bilanzaufstellung erfolgen kann. Inzwischen sind alle schwebenden Engagements und Risiken geprüft worden und alle Beteiligungen, Effekten und Aktiven kritisch untersucht worden. Dabei hat sich ergeben, daß neue Abschreibungen und Rückstellungen (über das bisher angenommene Maß) vorgenommen werden müssen.

Bei vorsichtiger Bewertung aller Aktiven glaubt man annehmen zu dürfen, daß die vorhandenen und stillen Reserven und der Betriebsgewinn den Abschreibungs- und Rückstellungsbedarf decken. Doch wird der aus den bekannten Konsortialgeschäften mit der Commerzbank und Danatbank entstehende Verlust, der noch nicht endgültig festgestellt werden kann, noch besonders zu berücksichtigen sein.

Das bedeutet offenbar, daß über die bisherige Bereinigung hinaus noch eine weitergehende Konsolidierung des Unternehmens stattfinden wird. Bisher ist also von einem Opfer der Aktionäre noch nicht die Rede. Alles hängt demnach davon ab, ob die Verhandlungen, die der Vorstand wegen der Konsortialgeschäfte mit den beiden Banken führen wird, so günstige Ergebnisse bringen werden, daß man vielleicht ohne Verlust aus den Ankäufen eigener Aktien herauskommen wird.

Dieses Bilanzbild, das ohne Ziffern veröffentlicht wird, beruht auf dem Revisionsbericht des unabhängigen Drei-Männer-Kollegiums, das unter Leitung des Aufsichtsratsdelegierten Dr. Schiffer seit Monaten das ganze Unternehmen durchrevidiert hat. Man muß anerkennen, daß der Prüfungsausschuß (Staatssekretär Popitz, Geh. Rat Lippert, Justizrat Meidinger) sich seiner schweren Verantwortung bewußt war. Denn er sagt ausdrücklich, daß ihm gerichtliche Beweismittel natürlich nicht zur Verfügung standen und Vorgänge der Vergangenheit objektiv schwer festzustellen sind, wenn sie in einem späteren Zeitpunkt, noch dazu in einer Wirtschaftskrise, geprüft werden müssen.

Der Ausschußbericht enthält eine Darstellung der Geschäftsgebarung, der ordnungsmäßigen Geschäftsvorgänge und eine Würdigung mit dem Ziel, die Verantwortung festzustellen. Sodann wird ein Ueberblick über die Entwicklung des Brauerei-Unternehmens von einer reinen Produktionsgesellschaft zu einem Konzern gegeben, der eine Reihe artfremder Unternehmungen enthielt.

Ostwerke-Bilanzen 1928 und 1929

Der Bericht stellt fest, daß die Bilanzen per 31. August 1928 und per 31. August 1929 — sie führten zu dem Fusionsstatus per 31. August 1930 — in einer Reihe von Punkten sachlich falsch waren. Sie enthielten nichts über bestehende Bürgschaftsverpflichtungen. Sie gaben durch die Forderungen gegen die holländische Nutria, die als Bankguthaben aufgemacht, waren, und durch willkürliche Aufrechnung eines Teiles der Bankschulden der Ostwerke hiergegen ein falsches Bild, insbesondere von der Liquidität. Die Nutria sei keine Bank. Ihre Aktiven hätten vorwiegend in Schultheiss- und Ostwerke-Aktien bestanden. Verantwortlich sind nach dem Bericht der Schultheiss-Brauerei gegenüber die Vorstandsmitglieder der Ostwerke für die Gewinnanteile, die an die Ostwerke-Aktionäre ausgeschüttet sind, die Vorstandsmitglieder der Ostwerke, die in Kenntnis der Unrichtigkeit der Bilanzen die Fusionsverhandlungen geführt haben, und die Vorstandsmitglieder von Schultheiss, die bei Anwendung der gehörigen Sorgfalt die Unrichtigkeit der Bilanzen hätten erkennen müssen. Sie sind verantwortlich für den aus der Fusion für Schultheiss entstandenen Schaden.

Das Vertrauen der Aufsichtsräte in die Organe der I. G. Schultheiß-Ostwerke und des Vorstandes und Aufsichtsrats von Schultheiß in die Geschäftsgebarung des Ostwerke-Partners war ungerechtfertigt, ebenso wie das Vertrauen des Ostwerke-Aufsichtsrats in die Geschäftsführung des Oshtwerke-Vorsandes.

N. V. Nutria und Nordd. Hef

Die Nutria habe dazu gedient, den Ostwerke-Bilanzen ein anderes Gesicht zu geben, als sie es hätten haben sollen. Der wahre Stand der Nutria sei nicht zu erkennen gewesen.

Die Finanzabteilung der Norddeutschen Hefe Industrie AG. (58 pCt. im Ostwerke-Besitz) sollte der Durchführung und Buchung von Geschäften dienen, die überwiegend wirtschaftlich zu den Ostwerken und nicht zur Norddeutschen Hefe gehörten. Die von den Ostwerken für Verbindlichkeiten der Abteilung Finanzen übernommene interne Haftung hätte in die Bilanz der Ostwerke aufgenommen werden müssen.

Die Konsortialgeschäfte

Besonders eingehend wurden die Geschäfte in Aktien der Ostwerke und Schultheiss geprüft. Meist handelt es sich um Geschäfte durch das Holland-Konsortium (zwei holländische Gesellschaften, eine Schweizer Bank und Commerzbank) und um das Danatgeschäft. Sehr hohe Bestände an eigenen Aktien lagenbereits in der Ludwig Katzenellenbogen GmbH. bei den Ostwerken und der Nutria. Es wurden Aktien auf Bankkredit gekauft. Der Höchstbetrag war zunächst je 3 Mill. Dollar, bei dem Danatgeschäft wurde der Betrag im August 1930 auf 6 Mill. Dollar erhöht. Bei dem Umfang der beiden Geschäfte, die von zwei getrennten Großbanken ohne gegenseitige Kenntnis durchgeführt wurden, seien die Ankäufe nicht zu rechtfertigen gewesen. Dazu komme die Kollision bei Ludwig Katzenellenbogen zwischen der Wahrnehmung der eigenen Interessen (bei GmbH.) und seiner Verpflichtung als Generaldirektor der Ostwerke und später von Schultheiss. Mit Rücksicht auf besondere Satzungsbestimmungen hätte der Aufsichtsrat mitwirken müssen. Auch die L.-G. hätte benachrichtigt werden müssen. Die Dr. Soberheim gemachten Angaben seien nicht ausreichend gewesen. Das Verhalten Katzenellenbogens (und der Generaldirektion) zeigte das Bestreben trotz entstandenen Verlusten den Aufsichtsrat weiter in Unkenntnis zu lassen.

Effektenkonsortium G. m. b. H.

Bei der Anfang 1931 gegründeten Effekten-Konsortium G. m. b. H., an der die Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H., Schultheiss und Dr. Soberheim beteiligt waren, und die teils durch Uebernahme, teils durch Ankauf von den drei Beteiligten Schultheiß-Aktien übernahm, falle auf, daß die Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. den vollen Gegenwert für den Verkauf von Schultheiss-Aktien durch die Uebernahme ihr gewährter Bankkredite auf die Effekten-Konsortium G. m. b. H. erhielt, während die Forderung von Schultheiss ohne Sicherstellung gestundet blieb. Dr. Soberheim habe ihm für seine Forderung als Sicherstellung gegebene Schultheiss-Aktien Schultheiss zur Verfügung gestellt. Die vorzugsweise Behandlung der Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. erhalte nach Ansicht des Prüfungsausschusses eine gewisse Erklärung, wenn die nicht unglaubwürdige Darstellung Ludwig Katzenellenbogens zutreffe, daß ihm 1928, als die Ostwerke und Schultheiss ihre Kapitalien erhöhten, ein Entgegenkommen von Schultheiss in Aussicht gestellt worden wäre, damit die Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. in der Lage wäre, das Bezugsrecht für ihren Aktienbesitz auszuüben. Der Mittelbeschaffung für die Ausübung dieses Bezugsrechts hätten die von der Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. eingegangenen Bankverpflichtungen, die später von der Effekten-Konsortium G. m. b. H. zur Begleichung des Kaufpreises übernommen worden seien, gedient; außerdem habe sich die Ludwig Katzenellenbogen G. m. b. H. bei Uebergang der Schuldverpflichtung auf die Effekten-Konsortium G. m. b. H. für die von dieser übernommenen Verbindlichkeiten gegenüber den Banken verbürgt.

Falsche Prospekte

Der Prospekt vom Februar 1931 enthält eine Reihe von Angaben nicht, andere waren unzutreffend. Wie insbesondere der Ostwerkestatus per 31. August 1930. Es fehlten ferner die Verpflichtungen gegenüber den beiden Großbanken und die Nordhefe-Angelegenheit. Der Schultheissvorstand habe der Deutschen Bank unzulängliche Angaben gemacht. Die Frage der Bürgschaft, die mit dem Kreditauftrag der Ostwerke zugunsten der Nordhefe verbungen war, hätte die Bank der Zulassungsstelle zur Entscheidung überlassen müssen.

Wörtlich: Die in der Oeffentlichkeit verbreitete Darstellung, die Deutsche Bank habe Schultheiss aus der mit dem Kreditauftrag verbundenen Bürgschaft entlassen und sich e rst für einen späteren Zeitpunkt die Bestellung einer Ausfallbürgschaft zusichern lassen, um Schultheiß für die Aufstellung des Prospekts die Verschweigung der Verpflichtung zu ermöglichen, hat sich als hinfällig erwiesen. Die Commerzbank und Danatbank hätten der Zulassungsstelle Gelegenheit geben müssen, zu entscheiden, ob die Engagements im Prospekt berücksichtigt werden müßten. Der Bericht stellt weiter fest, daß die Revisionskommission, aus Mitgliedern der Aufsichtsräte bestehend, ihrer Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei und mit Schuld daran trage, daß die Ordnungswidrigkeiten nicht rechtzeitig abgestellt worden seien. Von der Finanzabteilung der Nordhefe und von der Nutria habe die Revisionskommission Kenntnis erhalten, ohne Folgerungen zu ziehen.

Die Verantwortlichkeiten

Die Gesamtverantwortlichkeit treffe Ludwig Katzenellenbogen. Daß er das Unternehmen gleichsam als sein eigenes Geschäft angesehen habe, und dies aus der Entwicklung zu erklären versuche, mögen seine Handlungen in mildernem Licht erscheinen lassen. Auch die übrigen Mitglieder des Generaldirektoriums seien mitverantwortlich. Der Grad ihrer Verantwortlichkeit wird bemessen nach ihrer Kenntnis von den Dingen, je nach dem Zeitpunkt und über ihr Verhalten zu der Frage der Information des Aufsichtsrats.

Endlich wird die Verantwortlichkeit der Revisionskommission festgestellt und die der Direktoren und der Geschäftsinhaber der Banken. Direktor Reinhart wird als entlastet angesehen, da er selbst an den Verhandlungen über das Aktiengeschäft nicht teilgenommen und von den Bilanzfehlern der Ostwerke nichts gewußt habe. Dasselbe gelte für Jakob Goldschmidt bezüglich der Ostwerke. An dem Aktiengeschäft habe erallerdings mitgewirkt. Auch sei es dem Umfange nach erheblich größer gewesen als das mit der Commerzbank.

Borsig soll erhalten bleiben

Vorgeschichte der Insolvenz

Wie wir zur Zahlungseinstellung der August Borsig G.m.b.H. noch erfahren, sind in letzter Minute eine Reihe ungünstiger Momente zusammengetroffen, die eine offizielle Zahlungseinstellung schneller als erwartet notwendig machten. Die Regierung hat sich, obwohl die von ihr eingesetzten Prüfer einen günstigen Bericht über die technische und organisatorische Verfassung des Unternehmens erstattet haben sollen, zu einer nochmaligen Hilfeleistung nicht in der Lage gesehen. Auch der geplante Verkauf des Eisenwerks an die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke, der dem Berliner Unternehmen eine Entlastung um 5 Mill. RM gebracht hätte, ist bisher nicht zustande gekommen, auch nicht in der von der Borsig-Verwaltung angeregten modifizierten Form, die nur eine Verpachtung der Borsighütte vorsah. Die Unmöglichkeit, weitere Russenaufträge zu finanzieren, wirkte besonders empfindlich aus, weil die Firma in den letzten Monaten für je 2½ Mill. RM an die Sowjetunion geliefert hat. Insgesamt machte der Export etwa 70 pCt. der vorhandenen Beschäftigung aus. Auch erhebliche Einschüsse und Bürgschaften der Familienmitglieder konnten nicht genügend Kapital schaffen.

Hinzu kamen erhebliche Ausfälle an Debitoren, auch bei den der Gesellschaft nahestehenden Handelsfirmen. Bei der Pumpenvereinigung soll, zum Teil wohl aus Giro- und Aval-Verbindlichkeiten, ein Verlust von 2 Mill. RM entstanden sein, bei einer Staubsauger-Vertriebs-Gesellschaft eine Einbuße von 700 000 RM. Der Grundbesitz der Firma ist Berechnung der Vergleichsquote völlig außer Ansatz bleiben muß. Sparkassenguthaben der Werksangehörigen betragen 3 Mill. RM

Der Betrieb wird weitergeführt, da die im Laufe der Woche zu erwartenden Eingänge für die Lohnzahlungen ausreichen dürften. Man will eine Stillegung unter allen Umständen vermeiden, da der weltbekannte Firmenname und die in vieljähriger Arbeit gesammelten Erfahrungen des Unternehmens einen erheblichen Wert darstellen und ohne Fortführung des Betriebes eine angemessene Quote kaum erzielt werden kann. Die Werksleitung hat bereits vor einigen Monaten mit einem anderen Unternehmen Verhandlungen wegen einer Zusammenarbeit angeknüpft.

Keine Kredite der AEG

Die Borsig Lokomotivwerke G. m. b. H., an der neben Borsig die AEG maßgeblich beteiligt ist, erklärt: „Die Borsig Lokomotivwerke G. m. b. H. werden durch die Zahlungseinstellung der A. Borsig G. m. b. H. nicht berührt. Die Borsig Lokomotivwerke G. m. b. H. sind eine von der A. Borsig G. m. b. H. finanziell unabhängige Gesellschaft. Forderungen an die A. Borsig G. m. b. H. aus laufendem Geschäft bestehen nicht. Ein spätestens im Jahre 1934 fälliger Anspruch auf Uebertragung eines Grundstücks durch die A. Borsig G. m. b. H. ist durch Eintragung ins Grundbuch sichergestellt." Hierzu teilt uns die AEG noch mit, daß sie der A. Borsig G. m. b. H. keine Kredite gegeben hat.

Bleichert zahlungsunfähig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LEIPZIG, 18. DEZEMBER

Da die von der Adolf Bleichert u. Co. AG. (Drahtseilbahnen und andere Transportanlagen), die mit 6 Mill. M Kapital arbeitet), in Leipzig-Gohlis, seit Monaten gepflogenen Sanierungsverhandlungen infolge der Zuspitzung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und insbesondere wegen der völligen Lahmlegung des Exportgeschäfts endgültig gescheitert sind, sieht sich die Firma gezwungen, das gerichtliche Vergleichsverfahren zu betreiben und hat sich in entsprechendem Sinne bereits an ihre Gläubiger gewandt.

Es müssen nicht nur die Reserven, sondern auch der überwiegende Teil des Aktienkapitals als verloren gelten. Bereits Ende 1930 beliefen sich bei 3,2 Mill. RM Waren und 4,3 Mill. RM Debitoren die Gesamtverbindlichkeiten auf 7,4 Mill. RM. Trotz stärkster Beschränkung der Ausgaben sind fortlaufend starke Verluste eingetreten. Die Verwaltung betrachtet eine weitgehende Entlastung der Passiveseite als unerläßliche Vorbedingung für eine Rekonstruktion. Aufträge speziell Elektrokarren, sind noch vorhanden, und auch über den neuen Kabelbagger werden die Aussichten unter Vorbehalt als nicht ungünstig beurteilt. Zur Ausschöpfung der hier vorhandenen Chancen brauche man aber finanzielle Bewegungsfreiheit.

Die Sanierungsbemühungen, in deren Verbindung, wie erinnerlich, eine Fusion mit der I. Pohlig AG., Köln, angestrebt wurde, sind daran gescheitert, daß es nicht gelang, eine Organisation der öffentlichen Hand für die Ausbietungsgarantie der 2-Mill.-RM-Hypothek zu gewinnen, die die Sächsische Pfandbriefanstalt zu gewähren bereit war.

•

Dresdener Bank behält Genossenschaftsgeschäft. Am 15. Dezember ist der genossenschaftliche Beirat der Dresdner Bank zusammengetreten, um zu wichtigen, die Dresdner Bank als genossenschaftliches Zentralinstitut betreffenden Fragen Stellung zu nehmen. In den ausgiebigen Beratungen wurde seitens der Mitglieder des genossenschaftlichen Beirats darauf hingewiesen, daß die Gerüchte über eine Abtrennung des Genossenschaftsgeschäfts von der Dresdner Bank Beunruhigung in den Kreisen der Genossenschaften hervorgerufen haben, da diese besonderen Wert auf ihre jahrzehntelange Geschäftsverbindung mit der Dresdner Bank legen. Diesen Wünschen gegenüber wurde seitens der Vertreter der Dresdner Bank erklärt, daß auch sie auf eine weitere Pflege der langjährigen genossenschaftlichen Beziehungen besonderen Wert legt, und daß weder eine Uebertragung des genossenschaftlichen Geschäfts der Dresdner Bank auf eine andere Stelle, noch die Errichtung eines neuen selbständigen Instituts in Frage kommt.

•

Das Iduna-Problem

Ergebnis einer Amtssitzung

Im Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung fand gestern eine Sitzung statt, an der alle Vorstände und die meisten Aufsichtsratsmitglieder aller Iduna-Germania-Gesellschaften teilgenommen haben. Das Amt forderte die Lösung der persönlichen Beziehungen zwischen den Vorständen der Iduna-Sach- und -Leben von der Iduna-Holding, wozu sich Generaldirektor Klein bereiterklärte. Er wird ausschließlich die Leitung der Holding-Gesellschaft fortführen. Die gemeinschaftlichen Vorstandsmitglieder scheiden umgekehrt aus dem Vorstand der Holding aus.

Die geldlichen Verpflichtungen der Holding gegenüber den Betriebsgesellschaften sollen schnellstens gelöst werden, was die Verwaltung der Iduna-Holding zugesichert hat. Bezüglich der mit Unrecht als Tochtergesellschaften des Iduna-Germania-Konzerns bezeichneten Unternehmungen wurde erklärt, daß keine Verschachtelungen oder Beteiligungen bestehen.

*

Erfreulich ist die Lösung der persönlichen Verflechtungen zwischen Holding und Betriebsgesellschaften. Unklar bleibt nach wie vor die Lösung der Finanzfrage.

Ausländische Börsen

AMSTERDAM, 18. DEZEMBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	18. 12.	17. 12.
Staats- u. Stadtanl.		
6% Nederland 1932	98,75	98,75
4½% do. 1935-36	94.00	95,00
7% Dt. Rijksl 49 (Daw.)	33,00	35.25
5½% do. 65 (Young)	25 13	24,00
7% Bremen 1935	—	—
6% Preußen Obl. 1952	20,00	20,25
7% Dresden Obl. 1945	—	—
6½% Keul. Cert. 1950	—	—
Bank- u. Kreditanst.		
7% D. Rt. Bk. Obl. 50	30,25	34,00
7% do. Spark. & Giro-Verband 1947	18,50	19,00
7% S. Bdkr. Pfbr. 53	51,50	51,00
Amsterdamsche Bank	86,25	87,00
Nederld. Handel. My	—	69,00
Rotterdamsche Bank	—	—
Koloniale Bank	47,50	50,00
Nederl. Ind. Hd. Bk.	50,25	55,00
Dtsch. Rijksbank	55,50	—
Industrieunternehm.		
7% A. R. B. E. D. 1951	82,00	83,50
7% A. G. für Bergbau. Blei u. Zink O. 48	27,00	28,00
7% R. Bosch Dollar-Obl. 1951	58,00	—
8% C. Caoutsch. O. 50	60,00	—
7% do. Gummiw. A.G. Obl. 1956	—	40,50
6% Gelsenk. Goldnt. 34	30,00	29,50
7% Mitteld. Stahlw. Obl. m. Opt. 1951	28,00	28,13
7% Rhein-Elbe Un. Obl. m. Opt. 1946	26,38	27,25
7% Siemens & Halske Obl. 1935	—	55,00
7% Ver. Stahlw. O. 51	24.00	24,00
Algemeene Kunstzijde	33.75	34,13
van Berkels Patent	25.00	25.00
Calvé Delft, Certif.	42.63	43,00
Holl. Kunstzijde Ind.	—	—
Intern. Viscose	—	—
Küchenm. I. Mij. v. A.	8,63	9,13
do. Int. Ultraphon	—	—
Philips, gem. Bez.	83.75	83,13
N. V. Unilever, Certif.	89,00	90,75
Nordd. Wollkämmerei	—	—
Wintershall A. G.	—	—
Americ. Bemb. Cv. Cert.	1,63	—
do. B. Cert.	1.63	—
do. Pref. Cert.	—	—
Americ. Enka, Cert.	6,50	7 1/16

	18. 12.	17. 12.
Am. Glanzst. Kl. A. Cert.	—	—
do. 7% Cert. m. Opt.	—	—
Certif. J.G. Farben Act.	—	61.00
Int. Ges. f. Chem. Untern.	90,25	88,00
Ougrée Marihaye	77,50	77,50
Polyphon Werke, Cert.	—	—
Separator	29.00	31,00
Nederl. Kabel-Fabrik	230,00	231.00
v Geld. (Ver. Kk. Papf.)	59,25	61.00
El.-, Gas-, Tel., Tlg., Wa		
7% Rh.-W. El. Obl. 1950	52,00	—
A. N. I. E. M.	153,00	157,25
Chade	—	—
Minen		
6% Eschw. BergwObl 52	35.00	38,00
Boet. Mijnbouw en Cult.	30,00	30,25
Redjang Lebong Mijnb.	—	—
Petroleum		
Kon. Ned Petrol. Mij.	107,88	108,50
Kautschuk		
Amst. Rubb. en Cult. Mij.	40,50	39.50
Delibatav Rubb. Mij.	18,63	18.50
Hessa Rubber Mij.	21,00	20,50
Schiffahrt		
Holland-Amerika-Lijn	4,00	4,50
Nederl. Scheepvrt. Unie	51,00	55,00
Zucker		
Cultuur Mij. Vorstenl.	35,00	37,50
Hand.-Vereenig. Amst.	168,50	169,50
Tabak		
Deli-Batavia Mij.	—	120.00
Deli Maatschappi Cert.	149,75	150,25
Senembah	170,00	171,00
Verschiedenes		
Kreug. & Toll Wstd. Obl.	93,00	94,00
do. A. G. B. Ant.	83,00	82,50
Mueller & Co. Wstd. Pref	10,50	10,25
Montecatini	—	—
5% Holl. IjzSpoorw 75/85	—	—
Vorläufig not. Werte		
6% Siem. & H. Obl. 2930	60,00	60,00
A. E. G. Cert. v. Akt.	—	—
Associated Rayon Cert.	—	—
Dtsch. Bank Cert.	—	—
Soc. Intern. de Placem.	216,00	232,00
Snia Viscose	—	—
7% Oest. Bundesanl. 43	—	—
Ford Akt., Berl. Em.	—	—
5% Associated Rayon Debentures	34,00	34,00

Tendenz: Ruhig.

ZÜRICH, 18. DEZEMBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	18. 12.	17. 12.
Orientbetrieb	—	—
Elektrobank A.	560,00	574,00
Basler Handelsbank	494.00	495.00
Cont. Linol Union Zürich	—	—
I.G. Chemie, Basel, volle	—	500.00
Motor Columbus A.-G.	340,00	355.00
Schweiz. Bankgesellsch	460.00	460,00
Schweiz. Bankverein	535.00	533,00
Indelec Basel	525.00	—
Schweiz. Kreditanst.	538,00	541.00
Böhler Stahl	—	—
A. B. Kreuger & Toll	112.00	117.00
Hispano Americ. A.B.C.	850	855
Italo-Argentina	132.00	132.00
E. Licht u. Kraft Berl.	155.00	162.00
Gesfürel Berlin	33,00	34.00
Wiener Bankverein	—	—
Alumin.-Ind. Neuhaus.	1375	1390
Brown, Boveri Co Baden	165,00	170.00
Elektr. Werk Lonza	86.00	82.00
Nestlé & Anglo Suiss.	432,00	433 00
Sulzer Unternehm. A.G.	—	—

	18. 12.	17. 12.
A. E. G Berlin	26,00	27,00
J. P Bemberg Barmen	80,00	—
Comp. Sevillana de Electr	165.00	165.00
Steaua Romana Petrol.	3,50	3.50
Svenska Serie B	84.00	87.00
3½% S.B.B., Serie A.-K.	93.70	93,75
5½% Dt. Reichsanleihe (Young)	29,75	30.50
Int. Oest. Bundesanl. 1930	53,00	53,00
7% Dt. Reichsanl., Frank	—	—
7% Dt. Reichsanl., Pfund	—	—
Ungar. Staatsanl.	45.50	—
7% Bewag	57,50	57,00
7% Dt. Kalisyndikat	—	—
Basel		
Chem. Fbk. vrm. Sandor	—	2840
Ges. f. chem. Industrie	2350	2375
5½% Young-Anleihe	30.00	32,00
Genf		
Totis	220,00	215,00
Nasic	—	—

Tendenz: Schwächer.

PARIS, 18. DEZEMBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	18. 12.	17. 12.
3% frz. Rente	79.15	79,85
4% 1917	94.85	95.25
5% 20 Amort.	123,00	123,35
6% 1920	101.80	102.20
6% 27 Amort.	105.55	106,00
B. de France	110.05	111.90
B. Nat. Crédit	85,00	90,00
B. Paris Pays Bas	1054	1060
Comp. Algér.	1070	1060
Compt. Nat. d'Esc., Paris	980	992
Crédit Fonc.	4085	4160
Créd. Lyonn.	1525	1550
Créd. Mobil. Français	329	325
Soc. Générale	1015	1028
Suez	117.45	118.75
Est	775	775
Lyon	1125	—
Midi	898	898
Nord	1480	1450
Orléans	—	1020
Metropolit.	1102	1102
Electricité (Cie. Gén.)	1885	1874

	18. 12.	17. 12.
Energ. d. Nrd	555	553
Thomson	300	305
Courrières	353	368
Lens	388	400
Kuhlmann	289	287
Gafsa	289	292
Prod. Chim. Alais	1030	1030
Charg. Réun.	196	196
Transatlant.	93.00	94,00
Air Liquide	481	483
Union Europ. et Finance	278	315
RussenCons.	3,75	3.80
Serben 4% 1895	63,25	64.50
Türken Unif.	17.80	19.10
Banq. Ottom.	290	292
Wagons Lits	94.00	94.50
Tramways	450,00	450.00
Eaux (Cie. Gén.)	1480	1480
Electr. Paris	951	946
Energie Electric	850	852

	18. 12.	17. 12.
Energie Ind.	212	210
Est Lumière	405	410
Industrie El.	509	491
Union d'Electric	741	750
Aciéres Longwy	—	—
Schneider (Creuzot)	1025	1040
Saint Gobain	1680	1640
Soie Artif.	1805	1889
Messageries Maritimes	60,00	60,00
Deutsch. Anl. 7% 1924	4500	4700
5½% Young-Anleihe	398	402
Russ. Anl. 4½% 1909	1.55	1.55
Caoutchoucs	47.00	44.75
Hotchkiss	910	895
Jagersfont.	67.00	68,50
Terres Roug.	106,00	105.00
Tharsis	211.50	207.00
Tubize	135,50	133.60
Harp. Bergb.	—	—

LONDON, 18. DEZEMBER. (Effekten-Schlußkurse.)

	18. 12.	17. 12.
2½% Consols	53.25	53.50
War Loan	94 11/16	95.13
4% Argent. 97	56,00	57.00
3½% Buenos Air. 1906-09	35,50	35,50
4% Brazil. 89	16.00	17.00
5% Chil. 11	25.00	45.00
5% do. 1896	23.00	25.00
4½% Chin. 98	82.00	82,00
5% do. 1896 (German)	99,00	99,00
5% Chinese Reorg. Loan	60.00	60,00
4% Egyptian	82.00	82.00
7% Germ. L.	52.50	54.00
6% State of Hamb. L. 26	34,00	34.00
Köln. Sterl. L.	30.00	30,00
5% D. Reichs-anl. (Young)	43.00	45.00
4% Japan 99	55.50	54.00
5% Mex. L. 99	7,00	7,00
5% Russian 1906	0,75	0,75
4% Türk. Unif	5.00	5,00
Great West.	43.00	44,00
London Midl.	16.25	16,00

	18. 12.	17. 12.
Lond. North East Defd	5.50	5,50
Metropolit.	37,00	38.00
South Def.	10.00	10,00
Undergrnd.	18/6	19/6
Brazil Tract.	13.25	12.88
Radio Corp.	8,00	8,13
Svenska Kugellager	6,13	6,13
Cons. Goldf.	13/9	13/9
Central Mining Corp.	5,75	5,75
East Rand	13 9	14/—
Geduld Prop	92/6	92/6
Gen. Mining	15 —	15 —
Rand Mines	56/3	56/3
Randf. Est	25/9	25/9
West Rand	11/—	11/—
Cons. Diamd SW.-Africa	1/9	2/—
DeBeers Def	3,00	3.00
do. Pref.	4,75	4,75
New Jagersfontein	13/16	0,75
Rio Tint. Ord	14.50	13,00
Otavi Mines	10-12	10-12
Anglo-Pers.	31/3	31/3

	18. 12.	17. 12.
Brit. Burmah	3/9	3/9
Bwana M'Kubwa	3/3	3/—
Mex. Eagle C.	5/9	5/9
Royal Dutch	13,00	13,25
Shell Transp.	1 11/16	1 11/16
ShellTr 5% Pr	9,00	9,00
Anglo Dutch Plantations	12/6	12/—
Rubb. Plant.	15/4½	14/9
Elect. Music. Industries	0,88	0,88
British Celanese Ord.	9/6	9/—
Courtaulds	35/7½	35/—
Glanzstoff	*)	*)
Snia Viscosa	8/—	8/3
Brit. Match	21/9	22/—
Swedish Match B	4,88	4,88
Kreug. & Toll	6,75	6,25
Dunlop Rubb	14/4½	14/3
7% Germ. Pot	59,00	60,00
Imper. Chemical Ind.	14/—	13/9
Intern. Hold.	1,00	1,00
Hydro Elect. Sec. Corp.	8.7	8,75

*) Unerhältlich.

Devisen und Noten

AMSTERDAM, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
			Italien	12.55	12,75	Prag	738,00	738,00
Berlin	58,75	58,90	Madrid	21.20	21,30	Belgrad	—	—
London	841,00	859,00	Oslo	45,50	46,25	Warschau	—	—
New York	248,63	249 1/16	Kopenhag.	46,50	47,25	Helsingf.	—	—
Paris	978.00	978,00	Stockholm	47,00	47,75	Bukarest	—	—
Belgien	34,67½	34.65	Wien	35,25	35,25	Yokohama	—	—
Schweiz	48,52½	48,55	Budapest	—	—	Buen. Aires	—	—

ZÜRICH, 18. DEZEMBER. (Devisenkurse.)

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
Paris	20.14½	20,14	Wien	—	—	Belgrad	9,05	9,05
London	17,40	17.70	Stockholm	98,00	98,50	Athen	6,75	6,70
New York	5.12¾	5.13	Oslo	96,00	96,00	Konstan-		
Brüssel	71,35	71,35	Kopenhag.	97,50	97,50	tinopel	2,50	2,60
Italien	26,00	26.10	Sofia	3,71	3.72	Bukarest	3,07	3,07
Madrid	43,50	43.50	Prag	15.18	15,20	Helsingfs.	8,60	7,60
Holland	205.75	205,75	Warschau	57,50	57,50	Buen. Aires	1,32	1,32
Berlin	121,10	121,50	Budapest	90,02½	90.02½	Japan	2,20	2,21

PRAG, 18. DEZEMBER. (Notierungen der Devisen-Zentrale.)

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
						Stockholm	632,75	653,75
Amsterdam	13,58½	13,57½	London	114,50	117.12½	Wien	—	—
Berlin	801,50	800,25	Madrid	287,75	291.50	D. Marknot.	800,00	799,25
Zürich	658,63	658,63	Mailand	172.25	172.13	Poln. Noten	377,88	378,00
Oslo	—	—	New York	33,76¾	33,76¾	Belgrad	59,55	59,80
Kopenhag.	628,75	635,88	Paris	132,82½	132,67½	Danzig	670,00	670,00

Amerikanischer Funkdienst

Hausse in Wallstreet

NEW YORK, 18. DEZEMBER

Die Stimmung an der Effektenbörse erfuhr heute eine beachtliche Besesrung. Vor allem befriedigte die freundlichere Haltung des Bondsmarktes. Außerdem lagen noch einige andere Anregungen vor. So beeinflußte die Preissteigerung für Nichteisenmetalle, insbesondere die weiterhin steigende Tendenz des Kupfers, die Kursgestaltung in günstigem Sinne. Die Aufwärtsbewegung der Kurse nahm gegen Schluß einen ausgesprochen hausseartigen Charakter an, und die erzielten Gewinne waren recht beträchtlich.

Die Anfangsnotierungen zeigten nach überwiegend Abschwächungen um Bruchteile eines Dollars. In den Vormittagsstunden wurde es bereits merklich freundlicher. Ausgehend vom Bondsmarkte zogen auch die Aktienkurse um 1—3 Dollar an. Gegen Mittag kam es noch einmal zu einem letzten Rückschlag. Nachmittags setzte sich die begonnene Aufwärtsbewegung beschleunigt fort. In der letzten Börsenstunde griff auf der ganzen Linie eine ausgesprochene Haussestimmung Platz, und es kam zu einem Emporschnellen der Kurse, wie es seit zwei Monaten nicht mehr dagewesen ist. Die Deckungen nahmen ein beträchtliches Ausmaß an. Zahlreiche führende Effekten, darunter Tabakshares, Industriewerte, American Telephone & Telegraph, Norfolk & Western, Eastman Kodak und die Vorzugsaktien der U. S. Steels, hatten 6 bis 7 Dollar gewonnen. U. S. Steels, die anfangs bis auf 36 heruntergenotiert worden waren, zogen auf 42 an. Im übrigen betrugen die Besserungen häufig 3—5 Dollar. Die Börse schloß in außerordentlich fester Haltung.

Am Bondsmarkt setzten sich in den führenden amerikanischen Werten, besonders in Eisenbahn-Obligationen, aber auch in Public Utilittes und Regierungsanleihen **Steigerungen um 1—6 Punkte** durch. Man führte die Befestigung auf das Ende der Liquidationen zum Jahresschluß, der Abgaben zur Beschaffung von Geldern zu Steuerzwecken und der Verkäufe von Bonds, die zur Deckung der darauf gewährten Kredite nicht mehr ausreichen, zurück. Eine weitere Anregung ging von Berichten aus, denen zufolge die Bildung eines großen Pools geplant sei, der eine bedeutende Anzahl von Bondskäufen zu den gegenwärtig sehr niedrigen Preisen vornehmen soll. Im Einklang mit der Allgemeintendenz vermochten auch die meisten deutschen Renten Gewinne von 1—4 Punkten für sich zu verbuchen.

Täglivhes Geld 2½ (Vortag: 2½) pCt. — Bankakzepte (90 Tage) Brief 3 (3) pCt.; do. Geld 3⅛ (3⅛) pCt.— Prima Handelswechsel: niedr. Kurs 3¾ (3¾) pCt.; do. höchst. Kurs 4 (4) pCt.

Devisenkurse: London (Cable Transf.) 3,35⅞ (3,44⅜); do. Paris 3,93⅝ (3,92 15/16); Brüssel 13,91 (13,90½); Rom 5,08 (5,10); Madrid 8,46 (8,51); Bern 19,51½ (19,50½); Amsterdam 40,21 (40,15½); Stockholm 18,70 (19,20); Oslo 18,35 (18,75); Kopenhagen 18,55 (19,00); Prag — (2,96½); Wien — (14,15 nom.); Budapest — (15,50); Belgrad — (1,78½); Athen — ((1,28⅞); Japan 42,25 (42,70); Buenos Aires 25,75 (25,75); Rio de Janeiro 6,39 (6,39); **Berlin 23,71 (23,75).**

Silber: 30¾ (31⅝).

Effekten-Schlußkurse

Amerik. Eisenbahnakt.	18. 12.	17. 12.
Atch., Topeka & St. Fé	87.00	81,00
Baltimore & Ohio	18.00	14,25
Canadian Pacific*)	12.75	12.25
Chesapeake & Ohio*)	28.00	23.63
Chic., Milwauk. & St.P.	1,88	1,63
Chic., Rock Isl. & Pac.	11,00	8.00
Erie com.	6.63	5,00
Great Northern pref.	19 00	17.00
Missouri Pacific pref.	16.75	13.50
New York Central	31.50	27,00
Northern Pacific	18.00	14.88
Pennsylvania	19.88	16.75
St. Louis & St. Francisco	3,75	3,50
Southern Pacific	32.13	27.88
Southern Railway com.	8.25	6.50
Union Pacific	69,50	72,50
Amerik. Industrieakt.		
Allied Chemical	70.75	66.50
American Can.	64.50	59.25
American Smelting	21.50	18,50
Americ. Steel Foundr.	6,25	6.50
Americ. Tel. & Telegr.		116.75
American Tabacco	71.25	65,50
Anaconda Copp Mining	11.75	10,25
Bethlehem Steel Corp.	21,75	20.13
Chile Copper	—	6,00
Chrysler	13.38	12.13
Columbia Gas u. El.	13.75	12.75
Consolidated Gas	64.00	69.75
Du Pont de Nemour	55.00	51.50
Eastman Kodak	84.00	79,00
General Electric	24.88	24,00
General Motors (St. 10 $)	23 50	22.25
Gillette Safety Razor	11.13	10,00
Good Year	16.38	14.00
International Harvest.	25 00	23 00
Internat. Match. pref.	19.38	17.75
Internat. Nickel	8.38	7.38
Lehman Corporation	38.00	35.75
Nash Motors	15.50	15.00
North American Co.	34.13	29,88
North American Trust shares	2.65	2,45
Radio Corporation	5,75	5.25
Royal Dutch	14.75	13,75
Sears Roebuk & Co.	33.75	31.25
Standard Oil	29.50	27,50
U. S. Rubber	4,00	3,50
U. S. Steel Corp. com.	41,75	37,50
Woolworth	39.88	36.63
National City Bank	40.25	34.25
Westinghouse Electric	29,13	26,88
Dtsch. Industrieaktien		
Karstadt	0,38	0.38
Norddeutscher Lloyd	5.00	5,00
Rhein.-Westf. El.-W.	10,00	10,00
Ausl. Industrieaktien		
Kreuger & Toll (20 schwed. Kronen)	4,88	4,75
Sofina	—	—
Amerik. Obligationen		
3½% U.S.A. Liberty B	97 11/16	97 21/32
4% St. Louis S. Francisco	30,00	25,00
5½% J. G. Chemical	55,00	53,00

*) Neue Aktien.

Ausl. Industrie-Obligat.	18. 12.	17. 12.
5% Kreuger & Toll, 1959 (20 schwedische Kronenstücke)	43,88	40,25
Dtsch. Industrie-Werte		
6½% Berl. Städt. E.-W.	27,50	26.50
5½% Commerzbank 37	31,00	30.75
6½% El. Hoch- u. U.-B.	—	23,75
6% A. E. G. 1948	24.25	24.63
7% dito 1945	31.50	30.00
7% Dtsch. Atl. Telegr.	33,00	35,00
6% Deutsche Bank u. Diskontoges 1932	56,50	51,00
6% Dt. Landesb. Ser. B	—	24,75
7% Rentenb.-Kred.-A.	36,00	30,25
6% do. Serie II	30.00	25.25
6½% Elektrowerke 50	26,00	24,00
6% Gesfürel 1953 o. Opt.	33,50	34,25
7% Hamb. El.-W. 1935	—	61,50
6½% Hapag 1940	45,00	45.00
6% Ilseder Hütte 1948	20,00	22.00
7% Miag m. Opt. 1956	—	27,88
6% Norddt. Lloyd 1947	25.00	26.13
6% Gelsenkirchen 1934	30 00	30,00
7% Rh.-Elbe-U. o. O. 46	27.00	23,00
7% Rhein-Main-Donau	37,00	38,00
6% Rhein.-W. El. W. 55	27.50	29,00
7% do. 50	54,00	53,00
6% do. m. Opt. 53	29,00	24.13
7% Sächs. Werke 1945	22,00	18.13
6½% Siem. & Halske 51	—	39,00
6% do. Deb. 2930	200.00	200.00
7% Hugo Stinnes 1946	17,00	18,00
7½% Leonh. Tietz o. Opt.	—	50,50
6% Ver. El.-W. Westf.	19,00	17,38
6% Rh.-W. Wasserw. 53	21,00	22,00
5½% V. Stahl S.A.o.O. 51	18,00	17,38
6% Viag 1945	24,00	24.00
6% Karstadt-Oblig. 1943	13,00	15,00
6½% Ruhrgas-Anl. 1953	17.00	17,00
Ausländische Anleihen		
6½% Bayer. St.-Onl. 45	20,00	19,50
7% Belg. Stab. Anl. 55	87,00	86,13
7% do 56	87,00	85,75
6½% Berl. Stadtanl. 50	17,00	14.13
7% Brem. Staats-Anl. 35	—	25.00
6% Spark. u. Girov. 47	19,00	15,00
7% do. 47	21,88	18,50
7% Deutsche Reparat.-Anl. (Dawes-Anl. 49)	49,75	46,50
7% Dresd. Stadtanl. 45	23,00	25,00
6% Hamb. Staatsanl. 46	25.00	26,00
5½% Köln Stadtanl. 50	19.50	16,75
7% Leipz. Stadtanl. 47	18,75	19.00
5% Mex. Ausl.-Anl 45	2,50	2.63
4½% Mex. Irrigat. 43	—	—
4% Mex. Goldanl. 1954	2,00	1,38
7% Münch. Anl. 1941	20,00	20,00
7% Oesterr. Reg.-Anl. 1943 (Völkerb.-Anl.)	80,00	79,88
6½% Preuß Staatsanl. 51	21.10	16,75
6% do. 52	19.50	16,00
6% Stadt Wien 1952	53,00	51.13
5½ Dt. Reichsa. (Young)	26,50	23,00
Aktienumsatz	3 600 000	2 900 000

Amerikanische Warenmärkte

NEW YORK, 18. DEZEMBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Rotwinter loko 69⅜ (Vortag 67½); Hartwinter loko 68⅝ (66⅜); Mais loko 52⅞ (51⅞); Mehl spring wheat clears 4,10—4,50 (4,10—4,50); Getreidefracht nach England 1 sh 6 d bis 2 sh 3 d (1 sh 6 d bis 2 sh 3 d); nach dem Kontinent 8—8½ c 8 bis 8½ c).

Kaffee: Santos Nr. 4, loko 8¾ (8¾); do. Rio Nr. 7, loko 7 (7); Tendenz fest; Dez. 5,53 (5,37); Jan. 1932: 5,55 (5,42); März 5,70 (5,55); Mai 5,83 (5,69); Juli 5,93 (5,79).

Baumwolle: Tendenz gut behauptet. Loko 6,35 (Vortag 6,20); Dez. 6,20—20 (6,05—06); Jan. 1932: 6,24—25 (6,07—07); März 6,42—43 (6,25—25); Mai 6,61—62 (6,64—44); Juli 6,77—77 (6,61—62); Okt. 7,04—06 (6,89—89). Baumwollzuf. i. Atl. u. Golf-Häfen 69 000 (39 000).

Metalle: Elektrolytkupfer, loko 7¼ B (7 B); prompte Lieferung 7¼ B (7 B); per 30 bis 90 Tage 7¼ B (7 B). Zinn, loko 21,12 (2175). Blei, loko 3,75 (3,75). Zink, loko 3,15 (3,15). Roheisen 2 einfach Buffalo Lieferung Boston p. Bahn 20,41 (2041). Weißblech 5,00 (5,00).

Schmalz, prime Western 6,35 (6,40). Talg, extra lose 3¼ (3¼). Baumwollsaatöl, loko 4,40 (3,75); Dez. 4,25 (3,90); Jan. 1932: 4,40 (4,21).

Petroleum: Standard white i. Cases 16,65 (16,65); do. i. Fäss. 12,25 (12,25). Midcontinent 33/33,9 gr. i. Barrels 0,71 (0,71). Pennsylvania Rohöl 1,25—1,85 (1,25—1,85).

Zucker, Zentrifugal: Tendenz kaum stetig. Dez. 1,04 (1,04); Jan. 1932: 1,01—1,00 (1,05); März 1,05 G 1,06 B (1,10); Mai 1,11 1,15. Kautschuk latex crepe loko thin 4 15/16 (4¾); do. smoked sheet 4⅝ (4 7/16).

Terpentin 38¼ (38); Savannah Terpentin 33¼ (33).

CHICAGO, 18. DEZEMBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig; Dez. 54⅜ (Vortag 52⅝—52½); März 56½ (55); Mai 58—58⅛ (56⅜—56⅝); Juli 56¾—56⅝ (54⅜—55). Mais: Tendenz stetig; Dez. 36¾ (35⅝); März 40⅛ (39¼); Mai 41⅞ (40⅞); Juli 43⅛ (42). Hafer: Tendenz stetig; Dez. 24⅝ 24⅝); Mai 26¼ (25⅞); Juli 25⅞ (25½). Roggen: Tendenz stetig; Dez. 41⅝ (40⅛); März — (43½); Mai 46⅜ (44¾); Juli 46⅞ (44¼).

Schmalz: Tendenz kaum stetig; Dez. 5,60 (Vortag 5,65); Jan. 5,47½ (5,55); März 5,60 (5,62½); Mai 5,72½ (5,75). Speck: 6,25 (6,25). Schweinezufuhren: in Chicago 35 000 (44 000); im Westen 100 000 (124 000).

Leichte Schweine: niedr. Preis 4,00 (3,90); do. höchster Preis 4,20 (4,05). — Schwere Schweine: niedr/ Preis 4,00 (3,95); do. höchster Preis 4,10 (4,00).

WINNIPEG, 18. DEZEMBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Tendenz stetig. Dez. 59⅝ (Vortag 57⅞); Mai 62¾ (61⅝); Juli 63½ (62¼). — Hafer: Dez. 30⅝ (30½); Mai 32⅞ (33); Juli 33⅜ (33½). — Roggen: Dez. 43⅜ (41½); Mai 46⅛ (45); Juli 46½ (45⅜). — Gerste: Dez. 40 (38½); Mai 41⅛ (40⅜); Juli 40⅝ (40). — Leinsaat: Dez. 98¼ (97½); Mai 103½ (102½); Juli 104½ (103½).

BUENOS AIRES, 18. DEZEMBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Dez. 5,80 (Vortag: 5,80); Jan. 1932: 6,12 (6,10); Febr. 6,19 (6,18). — Mais: Dez. 4,42 (4,50); Jan. 1932: 4,53 (4,59); Febr. 4,66 (4,71. — Hafer: Febr. 1932: 4,75 (4,85). — Leinsaat: Tendenz willig; Dez. 9,15 (9,25); Jan. 1932: 9,92 (10,10); Febr. 9,82 (10,00).

ROSARIA, 18. DEZEMBER. Getreide. (Schluß.) Weizen: Dez. 5,90 (Vortag: 5,90); Febr. 1932: 6,10 (6,15). — Mais: Dez. 4,30 (4,40); Jan. 1932: 4,35 (4,45). — Leinsaat: Dez. 9,75 (9,80); Febr. 1932: 9,80 (9,85).

NEW ORLEANS, 18. DEZEMEBER. Baumwolle: loko 6,25 (Vortag: 6,04); Dez. 6,23—23 (6,04—04); Jan. 1932: 6,25—25 (6,05 bis 6,06.

PARIS, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
London	85,94	87,87½	Oslo	463,00	—	Belgrad	—	—
New York	25,41¾	25,45¾	Stockholm	478,00	486,00	Rio	—	—
Belgien	354,25	354.00	Helsingfors	—	—	Warschau	—	—
Spanien	215.00	216,25	Prag	75.20	75,30	Sofia	—	—
Italien	128,75	129.80	Rumänien	—	—	Athen	—	—
Schweiz	496.00	496.75	Budapest	—	—	Konstan-		
Kopenhag.	472,00	—	Wien	—	—	tinopel	—	—
Holland	10,22	10,23	Berlin	—	—	Buen. Aires	—	—

LONDON, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
Paris	85.12	87.87	Belgien	24.05	24,80	Italien	66,00	67.87
New York	334,75	345.00	Spanien	39.75	40,66	Schweiz	17.17½	17.66½
Berlin	14.17½	14,57½	Holland	8,30	8,60	Wien	29,00	29,00

LONDON, 18. DEZEMBER. (Privat-Telegramm.) Telegrafische Auszahlung in London auf Ostasiatische Plätze:

		18. 12.	17. 12.
Bombay	per Rupee	1/6⅛	1/6 1/8
Calcutta	per Rupee	1/6 5/16	1/6 3/16
Hongkong	per Dollar	1/6¼	1/6 1/4
Shanghai	per Taël	2/0¼	2/0 1/4
Singapore	per Dollar	2/4⅛	2/4 5/32
Manila	per Dollar	2/6 1/4	2/6 1/4
Kobe	per Yen	2/6	2/5 1/2

Kurssturz der Dänenkrone

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

KOPENHAGEN, 18. DEZEMBER

Die dänische Krone erlebte, wie der „Vossischen Zeitung" aus Kopenhagen gedrahtet wird, Freitag einen neuen Kurssturz. Der Kopenhagener Dollarkurs stieg infolgedessen von 527 auf 537 Kr. für 100 Dollar an. Der Obligationen- und Aktienmarkt verkehrte daraufhin in schwacher Haltung. — In Berlin kam der Rückgang der dänischen Valuta in einer Ermäßigung der amtlichen Notiz für Auszahlung Kopenhagen von 80,1 auf 78,6 zum Ausdruck. Immer deutlicher zeigt sich die Schicksalsverbundenheit der nordischen Devisen mit dem Pfund Sterling, das gestern ebenso schwach veranlagt war.

KOPENHAGEN, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
						Stockholm	100,75	101,10
London	18,10	18,15	Antwerpen	74,65	73 36	Oslo	98.50	98.75
New York	537,00	527,00	Zürich	105,00	103,10	Helsingf.	7,75	7,75
Berlin	128.00	126 50	Rom	27,30	27,00	Prag	16,15	15,80
Paris	21,25	20 85	Amsterdam	2[illegible],50	212,50	Wien	—	—

OSLO, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
			New York	536.00	533,00			
London	18.35	18,35	Amsterdam	217,50	215,00	Stockholm	102.50	102,50
Berlin	129,00	127,50	Zürich	105,50	104,50	Kopenhagen	101,50	101,50
Paris	21.35	21.10	Helsingfors	8.50	8.50	Prag	16,50	16,25
Rom	28,00	27,75	Antwerpen	76,00	75,00	Wien	—	—

STOCKHOLM, 18. DEZEMBER.

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
			Schweiz	104,00	102.50			
London	18.00	18.04	Amsterdam	214,00	210,50	Helsingfors	7,60	7,60
Berlin	126,50	125.00	Kopenhagen	99,50	99.50	Rom	27,50	27,25
Paris	20.90	20.70	Oslo	97,75	97.50	Prag	16,25	15,75
Brüssel	74.00	74,00	Washington	530,00	524,00	Wien	—	—

Alles nominell.

Phelps Dodge Corp. wieder im Kupferkartell

Die Phelps Dodge Corp. hat sich bereit erklärt, ihre Kündigung des Kartellvertrages zurückzunehmen. Demnach scheint eine von der Phelps Dodge geforderte Revision des Kartellvertrages befriedigend herbeigeführt zu sein. Die Regelung des Vertrages bezog sich hauptsächlich auf die Frage des Modus der Produktionseinschränkung.

Wumag dividendenlos. In der Aufsichtsratssitzung der Waggon- und Maschinenbau AG., Görlitz, wurde mitgeteilt, daß die Erwartung, daß die Reichsbahn auch für das zweite Halbjahr 1931 Bestellungen erteilen würde, nicht in Erfüllung gegangen sei. Infolgedessen mußte die für das erste Kalenderhalbjahr vorgesehene Arbeitsmenge auf das ganze Jahr verteilt werden, wodurch der Beschäftigungsgrad der Abteilung Waggonbau in der zweiten Hälfte 1930/31 stark vermindert wurde. Die Abteilung Maschinenbau war befriedigend beschäftigt, und zwar mit russischen Turbinenaufträgen. Allerdings konnte ihre Kapazität nicht ausgenutzt werden. Infolge der russischen Aufträge ist der Wechselbestand des Unternehmens auf 0,62 Mill. RM angestiegen (30. Juni 1930: 45 863 RM). Die Materialbestände und halbfertigen Erzeugnisse sind, wie bisher, vorsichtig bewertet. Dem Preisrückgang ist Rechnung getragen. Der Buchwert der Beteiligung an der noch in Liquidation befindlichen Uebigau AG. Schiffswerft, Maschinen- und Kesselfabrik, Dresden, von ca. 0,4 Mill. RM wurde ganz abgeschrieben und in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Aus der Fabrikation konnte ein Reingewinn von 0,414 Mill. RM erzielt werden, so daß sich zuzüglich Vortrag ein Gesamtgewinn von 0,44 (0,81) Mill. RM ergibt. Hiervon sollen 0,42 Mill. RM vorgetragen werden (i. V. 12 pCt. Dividende). Die Gesellschaft hält es, wenngleich der verfügbare Gewinn die Ausschüttung einer Dividende ermöglichen würde, wegen der allgemeinen Unsicherheit nicht für angebracht, eine Dividendenausschüttung vorzuschlagen. Die Abteilung Maschinenbau ist bis zum Frühjahr in mäßigem Umfange beschäftigt. Sie wird voraussichtlich in der Lage sein, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten, wenn sie für die in Aussicht gestellten Russenaufträge Reichsgarantie erhält und Finanzierungsmöglichkeiten findet. Die auf Grund der Reichsbahnanleihe im Dezember herausgegebenen Aufträge genügen nicht, um der Waggonindustrie und damit auch dem Werk eine annähernd ausreichende Beschäftigung für 1932 zu geben.

Publizität auf lange Sicht

Durchführungs-Verordnung zum neuen Aktienrecht — Verschiedene Termine — Bewertungsvorschriften in Kraft

Die Mühlen der Gesetzgebung mahlen langsam und hoffentlich sicher. Schrittweise wird die Wirtschaft an das neue Recht gewöhnt, schrittweise können sich die deutschen Aktiengesellschaften auf den neuen Zustand und ihre neuen Pflichten einrichten. Genau drei Monate hat es gedauert, ehe die „Erste Verordnung zur Durchführung der aktienrechtlichen Vorschriften der Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über Steueramnestie" erlassen worden ist. Ein Teil der September-Verordnung ist, wie erinnerlich, am 1. Oktober in Kraft gesetzt worden, ein anderer Teil wurde mit dem 15. Dezember in Kraft gesetzt. Das bedeutet aber nicht, daß die Vorschriften über die verschärfte Publizität, die im Artikel V und VI der Aktienverordnung niedergelegt sind, sofort von der Wirtschaft angewendet werden müssen. Im Gegenteil, es sind neue lange Termine vorgesehen, gleichsam also eine verschärfte „Publizität auf Teilzahlung".

Insbesondere wird die Gliederung der Jahresbilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die Bekanntgabe der Bürgschaften (§§ 261 a bis c HGB.) erst für das Geschäftsjahr anzuwenden sein, das nach dem 30. September 1931 begonnen hat. Daraus ergibt sich, daß die Abschlüsse per Ultimo 1931 noch nach der alten Fassung des Handelsgesetzbuches aufgestellt werden können. Das heißt auch, daß Geschäftsjahre, die am 1. Juli 1931 begonnen haben und am 30. Juni 1932 enden, noch nicht mit der verschärften Gliederung zu rechnen brauchen. Dagegen werden die Vorschriften über den Geschäftsbericht und seine Erläuterung (§§ 260 a und b) bereits für das laufende Geschäftsjahr in Kraft gesetzt. Das gleiche gilt für die neue Fassung der §§ 260 (Vorlage des Jahresabschlusses und des Berichts) und § 261 (Bewertungsvorschriften).

So entsteht eine merkwürdige Divergenz in der Publizität, die man gern als ein großes Ganzes angesehen hätte. Denn es ist sicher, daß der Geschäftsbericht in der Ausführlichkeit des neuen Aktienrechts nur dann seinen Zweck erfüllen kann, wenn gleichzeitig die Aufgliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem neuen Schema erfolgt wäre. Aber offenbar hat die Wirtschaft, die sich mit der verschärften Publizität überhaupt nicht so recht befreunden kann, schwerwiegende Gründe geltend gemacht, denen Reichsjustizminister und Reichswirtschaftsminister glaubten nachkommen zu sollen.

Ueberhaupt darf man nicht vergessen, daß die Regelung auf ganz lange Sicht erfolgt, so daß es grade in der heutigen Zeit auf ein Jahr mehr oder wenger nicht ankommen dürfte. Aber auchohnehin bedeutet die Inkraftsetzung des § 260 a doch schon eine erhebliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand, weil zum Beispiel jetzt über eigene Aktien berichtet werden muß, über Beziehungen zu abhängigen Gesellschaften und Konzerngesellschaften. Ganz allgemein gilt jetzt der Grundsatz der „gewissenhaften undgetreuen Rechenschaftslegung". Hinzu kommt, daß *Haftungsverhältnisse, Pfandbestellungen, Sicherungs-Uebereignungen*, Wechselverbindlichkeiten, Bezüge der Verwaltung, Zugehörigkeit zu Kartellen u. a. m. schon jetzt angegeben werden müssen, Dinge also, aus denen sich allerhand entnehmen läßt.

Für die Wirtschaft sind auch die Bewertungsvorschriften *besonders wichtig, weil § 261 zuläßt, daß* **Daueranlagen zum Anschaffungs- und Herstellungspreis eingesetzt werden** können. Wesentlich ergänzt wird das neue Aktienrecht dadurch, daß auch die Revision der Gründungsvorgänge und der Geschäftsführung von der Generalversammlung beschlossen werden können (§ 266 I 1), d. h. die *Pfgichtprüfung* tritt in Kraft, zuerst für das Geschäftsjahr, das nach dem 30. September 1931 begonnen hat, also ebensospät wie die Aufgliederung der Bilanz.

Gesellschaften kleineren Umfanges, die ein Kapital von höchstens 3 Mill. RM haben, wird der Zeitpunkt noch später bestimmt werden. Das war in dem neuen Aktienrecht bereits vorgesehen, befriedigt aber nicht, weil die Wichtigkeit eines Unternehmens natürlich nicht von der Kapitalhöhe abhängt. Außerdem müssen die Bilanzprüfer jetzt schnellstens bestellt werden. Als Anlage zu dieser Durchführungsverordnung erhält die Vereinbarung zwischen Reichsregierung und Länderregierungen gesetzliche Kraft, die über öffentliche Bestellung der Wirtschaftsprüfer getroffen worden sind. Sie spricht von der Hauptstelle für die Wirtschaftsprüfer beim Deutschen Industrie- und Handelstag, von ihrer Prüfung, Bestellung, Ueberwachung und dem Widerruf ihrer Bestellung.

Erleichterte Bilanzierung

Gleichzeitig erscheint im Reichsanzeiger die „Verordnung über einmalige Bilanzierungs-Erleichterungen". Auch diese Verordnung tritt mit dem 15. Dezember in Kraft und wird auf Grund der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember erlassen. Wir haben sie schon im gestrigee Abendblatt angekündigt.

In Jahresbilanzen, die für einen Stichtag in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1931 aufgestellt werden, tritt bei Wertpapieren, die nicht dauernd zum Geschäftsbetrieb bestimmt sind, an die Stelle des höchstens anzusetzenden Börsen- oder Marktpreises am Bilanzstichtage, das Mittel zwischen dem durchschnittlichen Börsen- oder Marktpreis vom Juni 1931 und dem durchschnittlichen Börsen- oder Marktpreis vom September 1931. Wenn im September ein solcher Preis nicht zu ermitteln ist, dann wird der Junipreis angenommen mit einem Abschlag für 20 pCt. für Aktien und 10 pCt. für Schuldverschreibungen. Das gilt aber naturgemäß nicht, wenn besondere Verhältnisse des Ausstellers nach dem 30. Juni eine niedrigere Bewertung erforderlich machen. Eigene Aktien gelten in diesem Zusammenhang als nicht dauernde Anlagepapiere.

Ebenfalls auf sehr weite Sicht werden Entwertungskonten zugelassen. In Jahresbilanzen, die für einen Stichtag in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30 Juni 1932 aufgestellt werden, kann ein Entwertungskonto eingerichtet werden, wenn die Werte des Umlaufsvermögens in der letzten Bilanz den Börsen- oder Marktpreis am Bilanzstichtage übersteigen. Das Entwertungskonto darf bis zur Höhe von dreivierteln des Unterschieds unter die Aktiven aufgenommen werden. Das Konto darf nicht höher sein, als 30 pCt. des Kapitals und der offenen Reserven. Es ist binnen fünf Jahren im Abschreibungswege zu tilgen. Bis zur Tilgung dürfen Gewinne nicht ausgeschütttet werden.

Für Versicherungsgesellschaften ist eine Sonderregelung getroffen. Bisher ist nach dem Versicherungs-Aufsichtsgesetz die Einsetzung der Wertpapiere zum Marktpreis oder zum Erwerbspreis, wenn er niedriger ist, vorgeschrieben (§ 56 des Aufsichtsgesetzes). Für die Jahresbilanzen der Versicherungs-AG., die für einen Stichtag in der Zeit vom 1. Jui 1931 bis 30. Juni 1932 aufgestellt werden, wird das Aufsichtsgesetz in dieser Hinsicht außer Kraft gesetzt.

Engelhardt zufrieden

In dem Bericht der Engelhardt-Brauerei AG. ist zweierlei erfreulich: Ein trotz aller widrigen Umstände verhältnismäßig befiredigens Resultat, das eine Dividendenverteilung von 8 nach 13 pCt. i. V. auf das 12 Mill. RM. betragende Aktienkapital zuläßt, und eine erweiterte Publizität, die einen klareren Ueberblick über das Ziffernwerk ermöglicht. Obwohl es gelang, neue Kundschaft zu werben, machte sich auch hier infolge der bekannten Umstände (Biersteuer, Wirtschaftskrise usw.) ein Absatzrückgang bemerkbar.

Das verhältnismäßig befriedigende Resultat mit einem Reingewinn von 1,27 gegen 1,93 Mill. RM i. V. ist allein darauf zurückzuführen, daß die sachlichen Unkosten rechtzeitig scharf gesenkt werden konnten. Ersparnissen bei den persönlichen Ausgaben waren durch soziale Rücksichten Grenzen gezogen. Der Bruttoertrag stellt sich auf 20,6 (i. V. 26,38) Mill. RM- Rohstoffe, Be- und Vertriebskosten erforderten 7,42 (11,2) Mill., Steuern und Abgaben 6,03 (6,91), Löhne und Gehälter 3,8 (4,51) und Abschreibungen 2,04 (1,81) Mill. RM.

In der Bilanz erscheinen die Anlagekonten mit rund 14 gegen 14,47 Mill. RM i. V. Das Neubaukonto (i. V. 2,5 Mill. RM) wurde infolge Fertigstellung der Bauarbeiten aufgelöst und auf die einzelnen Konten verteilt. Auf Maschinen wurde eine Vorwegabschreibung von 20 pCt. und sonst die bei der Gesellschaft üblichen Abschreibungen vorgenommen. Effekten und Beteiligungen werden wenig verändert mit 9,09 (9,13) Mill. RM bewertet. Die dem Unternehmen nahestehenden Gesellschaften haben trotz Schwierigkeiten fast alle befriedigend gearbeitet.

Die Ermäßigung der Barmittel von 6,41 auf 2,51 Mill. RM dürfte zum Teil mit den Neuinvestitionen und Gewährung von Aktiv-Hypotheken von 0,34 Mill. RM usw. zusammenhängen, als auch mit dem auf der Passivseite zu verzeichnenden Rückgang der Verbindlichkeiten (0,27 gegen 0,64) und Einlagen von 6,62 auf 5,07 Mill. RM (vielleicht auch mit Umbuchen bei den Debitoren s. u.). Diese verstärkten Abhebungen von Sparguthaben der Kundschaft sind die Folge der Wirtschaftskrise, durch die manche Gastwirte *auf ihre Ersparnisse zurückgreifen müssen. Bemerkenswert* ist, daß selbst in den schwierigen letzten Wochen des Geschäftsjahres auch nennenswerte Neueinzahlungen zu verzeichnen sind. Die Steigerung des Wechselkontos auf 1,65 (0,013) Mill. RM hängt damit zusammen, daß für ein Teil der abgestoßenen Aktien der in selbständige Gesellschaften umgewandelten Braustätten Wechsel gegeben wurden. Erfreulich ist eine Aufteilung der vorsichtig bewerteten Außenstände von 8,61 (8,9) Mill. Reichsmark: es betragen Darlehen 5,35, Bierdebitoren 0,43, verschiedene Debitoren 0,59 und Separatguthaben bei Banken aus diskontierten Wechseln 2,24 Mill. RM. Diese Wechsel wurden im neuen Geschäftsjahr wieder eingelöst. Die Warenbestände erscheinen mit 2,6 (3,12) Mill. RM.

Auf der Passivseite haben sich die Hypotheken infolge Ablösung durch Ankauf und Hingabe von Hypothekenpfandbriefen auf 0,77 (1,23) Mill. RM ermäßigt. Die Guthaben von Beteiligungsgesellschaften sind auf 2,44 (1,62) Mill. RM gestiegen. Bankschulden von 5,16 (5,96) Mill. RM gliedern sich in Währungskredite von 4,5 und Markkredite von 0,66 Mill. RM.

Die Gesellschaft hat Bürgschaften von zirka 0,75 Mill. RM übernommen. Außerdem wurde für nahestehenden Unternehmern gewährte Kredite von 3,5 Mill. M Banken gegenüber erklärt, daß Engelhardt für Erfüllung dieser Verpflichtungen Sorge trägt.

Die bereits im vorjährigen Bericht ausgesprochene Forderung auf Umgestaltung des Biersteuergesetzes und Senkung der Reichs- und Gemeindesteuern wird erneut erhoben. Darüber hinaus aber wird, um die Verwaltungsarbeit zu erleichtern, eine Vereinheitlichung dieser Steuern gefordert. Hieraus verspricht sich die Gesellschaft eine Belebung des Konsums und damit trotz niedrigerer Steuersätze höhere Einnahmen für Reich und Kommunen und eine Befruchtung der allgemeinen Wirtschaft.

Die Hoesch-Beteiligungen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ESSEN, 18. DEZEMBER

In der GV. der Hoesch Köln-Neuessen AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb gab die Verwaltung auf Anfrage Auskunft über die in der Bilanz mit 30,7 Mill. RM ausgewiesenen Beteiligungen. Darin seien enthalten die Beteiligungen am Kohlensyndikat, an Syndikat und Eisenhandelsgesellschaften, dem Benzolverband, der Ruhrgas-AG., der Ruhr-Chemie-AG., der Teerverwertung und vor allem die Beteiligungen an den verschiedenen weiterverarbeitenden Industrien. Grade durch diese letzteren sei es dem Unternehmen gelungen, die durchschnittliche Beschäftigungsziffer in den Hüttenbetrieben über dem allgemeinen Niveau zu halten. Eine ziffernmäßige Bewertung der Beteiligungen sei unter den gegenwärtigen anormalen Verhältnissen nicht möglich.

Bemerkenswert war, daß die Verwaltung erklärte, die Krisenrücklage von 8 Mill. RM stelle einen Gegenwert dafür dar, daß auf dem Beteiligungskonto etwaige Verluste sich als dauernd erweisen würden. Diese Angabe steht in einem gewissen Widerspruch zu den früheren Verwaltungsmitteilungen, wonach die Krisenrücklage bisher eine absolut freie Reserve darstelle. Im November habe sich der Kohlenabsatz auf dem bisherigen Durchschnittsniveau gehalten. Im Eisengeschäft sei keine Besserung zu verzeichnen. Im Dezember würde für die Kohle voraussichtlich eine Verschlechterung des Absatzes dadurch eintreten, daß Handel und Verbrauch sich in Anbetracht der zu erwartenden Preissenkung größte Zurückhaltung auferlegen. Ein weiterer Ausfall werde durch den Minderverbrauch der Eisenbetriebe entstehen, die vom 23. Dezember bis 4. Januar stillgelegt würden. Im Januar *sei außerdem durch die englische Pfundbaisse mit einem Ausfall* auch in den bestrittenen Gebieten zu rechnen.

Inwieweit sich die Preissenkung auf die Beschäftigung der Eisenbetriebe auswirken werde, sei zur Zeit noch nicht zu beurteilen. Die Versammlung genehmigte die Bilanz und wählte an Stelle des verstorbenen Aufsichtsratsmitglieds Schöller Fabrikant Rudolf von Eynern neu in den Aufsichtsrat. Vertreten waren 112 651 400 RM Stammaktien und 0,66 Mill. RM Vorzugsaktien.

Der Verbraucher hat die Macht

Treviranus über Frachtensenkung

In einem Zwiegespräch, das Reichsverkehrsminister Treviranus mit dem neuen Präsidenten des Berliner Industrie- und Handelstages Dr. Grund im Berliner Sender abhielt, bezifferte der Minister die Vorleistung der Reichsbahn auf dem Gebiete der Frachtensenkung mit 400 Mill. RM gegenüber dem Stand vom Oktober. Sein Eindruck sei gewesen, daß manche Wirtschaftskreise offenbar lieber auf die ganze Senkung verzichtet hätten, um nur nicht die Wettbewerbsverschiebung und andere Unannehmlichkeiten mit in Kauf nehmen zu müssen. Er habe von der Ruhr und aus Oberschlesien gleichlautende Telegramme erhalten, die er ausgetauscht und den Interessenten zurückgeschickt habe. Dr. Grund betonte, *daß die große Frachtsenkung ein Risiko* der Reichsbahn darstelle, das nur ausgeglichen werden könne, wenn wirklich eine Belebung der Wirtschaft ihre Folge sei. Die Senkung der Reichsbahn betrage ein Achtel **ihrer Einnahmen.** Es komme aber darauf an, daß an einigen entscheidenden Stellen die notwendige Bresche in das überhöhte Preisgebäude geschlagen werde. Für Kohle allein beträgt die Senkung 85 Millionen. Man solle, so meinte Treviranus, die Einzelziffern der Senkung nicht deshalb bagatellisieren, weil auf den einzelnen Verbraucher nur Pfennige entfallen. Besonders wichtig schien dem Handelstag-Präsidenten, daß die Frachten für den Stückgutverkehr um 15 pCt. gesenkt worden seien.

Der Reichsverkehrsminister schloß seine Darlegungen mit der Aufforderung an die Verbraucher, die die Macht hätten, sich die Preise genau anzusehen, damit die große Aktion von Reichsregierung und Reichsbahn ihre volle Wirkung habe und die Kostenermäßigung nicht auf dem langen Wege vom Erzeuger zum letzten Verbraucher verschwinde.

●

Warenmärkte

Kolonialwaren

LONDON, 18. DEZEMBER. Zucker. (Schluß.) Termine: Dez. 6/8 B 6/6 G; Jan. 1932: 6/8¾ B 6/7 G; Febr. 6/9¾ B 6/9 G; März 6/10¾ B 6/10¾ G; April 7/0 B 6/11¼ G; Mai 7/1¼ B 7/1 G; Juni 7/2 B 7/1¼ G; Juli 7/2½ B 7/2 G; Aug. 7/3½ B 7/3 G; Sept. 7/4½ B 7/3¼ G; Okt. 7/5½ B 7/3¾ G. — Reis (Shilling per wt. C. J. F.): Tendenz ruhig; Burma Nr. 2, Jan.-Febr. 1932: 8/9 W; Saigon Nr. 1, Dez.-Jan. 9/9 nom.

Textilien

BREMEN, 18. DEZEMBER. Baumwolle. (Schluß.) Termine: Jan. 1932: 6,84 B 6,79 G 6,81 bz; März 7,02 B 6,96 G 6,97 bz; Mai 7,15 B 7,12 G 7,12 bz; Juli 7,29 B 7,27 G 7,27 bz; Okt. 7,55 B 7,51 G 7,53 bz; Tendenz ruhig.

LIVERPOOL, 18. DEZEMBER. Baumwolle. (Schluß.) Gesamter Tagesimport 6800. — Lokomarkt: American middl.: 5,20; ägypt. Sakellaridis F. G. F. 7,20; do. Upper F. G. F. 5,87; ostind. M. G. Surtee F. G. 4,95. American Universal Stand middl.: Tendenz kaum stetig; Dez. 4,86; Jan. 1932: 4,85; Febr. 4,83; März 4,83; April 4,83; Mai 4,83; Juni 4,84; Juli 4,86; Aug. 4,88; Sept. 4,90; Okt. 4,92; Nov. 4,94; Dez. 4,96. — Aegypt. Sakellaridis: Tendenz ruhig; Jan. 1932: 6,88; März 7,08; Mai 7,23; Juli 7,38; Okt. 7,67; Nov. 7,67; Dez. 7,67. Upper: Jan. 1932: 5,70; März 5,79; Mai 5,88; Juli 5,96; Okt. 6,07; Nov. 6,11; Dez. 6,11.

ALEXANDRIA, 18. DEZEMBER. Baumwolle. Sakell.-Ashmouni: Dez. 9,57; Jan. 1932: 12,47; Febr. 9,57; März 12,95; April 9,78; Mai 13,47; Juni 9,99; Juli 13,93; Okt. 10,35; Nov. 14,60.

BOMBAY, 18. DEZEMBER. Baumwolle: Fullygood M. G. Bengal, Dez.-Jan. 175, März 1932: 171; Fine M. C. Oomra 204, März 1932: 188; Fullygood M. G. Broach, April-Mai 197; London auf Bombay 1/613.

Metalle

Amtliche Berliner Metall-Terminnotierungen vom 18. Dezember. Kupfer: Dez. 60 B 59½ G 59½—59¾ bz; Jan. 1932: 60¼ B 60 G 60¼—60 bz; Febr. 60¾ B 60¼ G; März 61¼ B 60¾ G 60¾ bz; April 61¾ B 61 G; Mai 62¼ B 61¼ G; Juni 63 B 61¾ G; Juli 63¾ B 63¼ G; Aug. 64¾ B 64 G; Sept. 65½ B 64¼ G; Okt. 66 B 65 G; Nov. 65¾ B 65½ G; Tendenz stramm. — Blei: Dez. 22 B 20 G; Jan. 1932: 22½ B 20½ G; Febr. 22½ B 21 G; März 22¼ B 21¾ G 21¾ bz; April 23 B 22 G; Mai 23½ B 22 G; Juni 24 B 22 G; Juli 24 B 22 G; Aug. 24 B 22 G; Sept. 24 B 22 G; Okt. 24½ B 22 G; Nov. 24½ B 22½ G; Tendenz lustlos. — Zink: Dez. 23 B 21 G; Jan. 1932: 23¼ B 22¼ G; Febr. 24 B 23 G; März 24½ B 24¼ G 24½—24¾ bz; April 25¼ B 24 G; Mai 25¾ B 25 G; Juni 26 B 25 G; Juli 26½ B 25½ G; Aug. 27 B 25½ G; Sept. 27½ B 26 G; Okt. 27¾ B 27 G; Nov. 28 B 27½ G; Tendenz befestigt.

LONDON, 18. DEZEMBER. Metalle. (Schluß.) Kupfer: Tendenz stramm; Standard per Kasse 41⅛—41 3/16; per 3 Mon. 41¾ bis 41⅞; Setl.-Preis 41⅛; Elektrolyt 47½—49½; Best selected 42⅜ bis 43⅜; Strong sheets 75; Elektrowirebars 49½. — Zinn: Tendenz fest; Standard per Kasse 138⅞—139⅛; per 3 Mon. 142—142¼; Settl.-Preis 139; Banka 156; Straits 142. — Blei: Tendenz stetig; ausländ. prompt 15; entf. Sichten 15¼; Settl.-Preis 15. — Zink: Tendenz fest; gewöhnl. prompt 14 7/16; entf. Sichten 14 15/16; Settl.-Preis 14½. — Aluminium: Inland 95. — Antimon Regulus: Erzeuger-Preis 26—26½; chines. 26½. — Quecksilber 19¾ bis 20¼. Platin 11/6. Wolframerz cif 15. Nickel: inländ. 245; ausländ. 37 Doll.-Cents. Weißblech I. C. Cokes 14—14½. Kupfersulphat fob 18¾—19¼. Cleveland Gußeisen Nr. 3: 58½. — Gold: 122/2.

●

Tagung des Reichskalirats. Der Reichskalirat hielt gestern unter dem Vorsitz von Generaldirektor Bergrat Dr. Dr. Zirkler eine Vollsitzung ab. Er nahm Kenntnis von der Bestimmung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, betreffend die durch den Reichskalirat bekanntzugebenden Inlandpreise. Der Reichskalirat ermächtigte den Vorsitzenden, die erforderlichen Veröffentlichungen im Deutschen Reichsanzeiger zu veranlassen.

Schweiz verbietet Käseeinfuhr aus Frankreich. Der Bundesrat beschloß heute, die Käseeinfuhr aus Frankreich zu sperren. Demzufolge werden für die Käseeinfuhr aus anderen Ländern Ursprungszeugnisse verlangt werden.

Einkaufssperre wird durchgeführt. Der Vorstand des Warenhausverbandes nahm in seiner gestrigen Sitzung mit Befriedigung von der Entscheidung des Senats des Kartellgerichts Kenntnis, der am 17. Dezember 1931 die Einkaufssperre gegen Firmen, die sich weigern, in Reichsmark ohne jeden Zusatz zu fakturieren, genehmigt hat. Der Vorstand erklärt einstimmig, daß er gewillt ist, diese Sperre mit aller Schärfe durchzuführen und gegen andere Firmen, die dieselbe Weigerung aussprechen, ein ähnliches Verfahren einzuleiten.

Russenaufträge für Humboldt-Deutz. Wie verlautet, hat die Humboldt-Deutzmotoren AG., Köln, größere russische Aufträge in Dieselmotoren hereingenommen. Die Aufträge belaufen sich auf mehrere Millionen RM.

Junghans-Sanierung genehmigt. Die G.-V. der Gebrüder AG. Uhrenfabriken, Schramberg, genehmigte einstimmig die Herabsetzung des Aktienkapitals von 21 auf 12 Mill. RM. Der Vorsitzende, Geheimrat Fischer, wies eingangs auf die Tatsache der nach der vorgenommenen *Generalbereinigung der Bilanz eingetretenen* erhöhten Liquidität hin. Insgesamt habe der Umsatz nach dem Ausland im abgelaufenen Geschäftsjahr 60 pCt. betragen. Die englische Konkurrenz habe sich bis jetzt noch nicht bemerkbar gemacht. Das Messingwerk Schwarzwald habe man um etwa 250 000 RM unter dem Buchwert verkauft. Dieser Verlust, der sich aus dem Disagio bei der Uebernahme der Junghans-Aktien ergab, sei immerhin viel geringer als der Verlustbetrag, den man bei der neuen Bilanz dieses Werkes hätte übernehmen müssen. Die von verschiedenen Aktionären geäußerte Vermutung, daß die ungünstige Lage der Gesellschaft wohl im wesentlichen auf ihre großen Expansionsbestrebungen zurückzuführen sei, beantwortete der Vorsitzende mit dem Hinweis, daß in früheren Jahren die Ausdehnung im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit gelegen war. Den Besitzern der Vorzugsaktien sei als Entschädigung für ihr vermindertes Stimmrecht in Aussicht gestellt worden, daß bei Erreichung eines Dividendensatzes von 6 pCt. in den späteren Jahren ein Betrag bis zu 200 000 RM *bereitgestellt werde, falls der Gewinnbetrag höher ist als die Ausschüttung* der Dividende erfordert.

16 Mill. M Kapital des Sächsischen Autotrusts. Wie Ministerialdirektor Dr. Klien in einer Pressebesprechung im sächsischen Wirtschaftsministerium mitteilte, sind die Verhandlungen um die Bildung des sächsischen Autoblocks, der die Firmen Horch, D. K. W. mit Audi und die Wandererwerke umfaßt, so gut wie abgeschlossen. Als Kapitalbasis kommen jedoch nicht, wie mehrfach verlautete, 12 Mill. M, sondern 15—16 Mill. M in Frage. Die Sächsische Staatsbank wird davon 6 Mill. zeichnen, für die der Staat voraussichtlich die Bürgschaft übernehmen wird. Die bisher geführten interfraktionellen Verhandlungen lassen *mit Bestimmtheit* erwarten, daß bei der entscheidenden Abstimmung im Zwischenausschuß des sächsischen Landtags für die Bürgschaft eine Mehrheit zustandekommen wird. Dr. Klien betonte, daß im Falle eines Scheiterns des Projektes in letzter Stunde der sächsische Arbeitsmarkt mit 8000 weiteren Arbeitslosen belastet würde.

WAS SENDET BERLIN?

Abkürzungen: B. = Berliner Sender, D. = Deutschlandsender

Sonntag, 20. Dezember

6.45 B. D.: Gymnastik.
7.00 B. D.: Bremer Hafenkonzert.
8.00 B. D.: Für den Landwirt.
8.55 B. D.: Morgenfeier.
11.00 B. D.: Elternstunde.
11.30 B. D.: Bach-Kantate aus Leipzig.
12.10 B. D.: Konzert aus der Krolloper.
14.00 B.: Weihnachtsspiel für Kinder.
14.00 D.: Gustav Kohne liest.
14.25 D.: Sinn der Not.
14.50 B. D.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Hardenberg).
16.30 B.: Weihnachtsgeschichten von Otto Ernst.
16.30 D.: Ueber das Kindertheater.
17.00 B.: Konzert des Notstandsorchesters.
17.00 D.: Blasmusik aus Breslau.
18.15 D.: Kriegsschicksale eines ostpreußischen Mädchens.
18.35 D.: Der Handel in der Krise.
19.00 B.: Geistige Not der Gegenwart.
19.00 D.: Weihnachtsgedanken zur Winterhilfe.
19.30 B. D.: Krippenspiel in der Kreuzkirche Schmargendorf.
20.55 B.: Weihnachtsoratorium von Bach.
21.10 D.: Militärkonzert aus Hamburg.
22.30 D.: Aus der deutschen Märchenoper.
22.55 B.: Tanzmusik.

Montag, 21. Dezember

6.30 B. D.: Gymnastik, anschl. Frühkonzert.
9.35 D.: Ueber die Verantwortung.
10.10 D.: Schulfunk: Winter im Dorf.
11.15 B.: Konzert des Notstandsorchesters.
12.05 D.: Englischer Schulfunk.
14.00 B. D.: Schallplatten: Kleiber dirigiert.
14.45 D.: Kinderstunde: Winterhilfe.
15.20 B.: Zeitgemäße und billige Hausgeräte.
15.40 B.: Von der Filmidee zur Premiere.
15.40 D.: Jugendfeier: Wintersonnenwende.
16.05 B.: Kinder ohne Heimat.
16.30 B. D.: Carl Nielsen-Konzert.
17.00 B. D.: Chorkantate.
17.30 B.: Jugendstunde: Funkempfänger.
17.30 D.: Musizieren mit unsichtbaren Partnern.
17.50 B.: Bücherstunde: Liebesromane.
18.00 B.: Tänzerische Unterhaltungsmusik.
18.00 D.: Die Seele des Kindes.
18.30 D.: Spanisch für Anfänger.
19.00 B.: Stimme zum Tage.
19.00 D.: Landwirtschaft an der Jahreswende.
19.10 B.: Dichtungen von Adolf Koester.
19.20 D.: Ohne Arbeit, eine Hörfolge.
19.35 B.: Reisen im Winter.
20.00 B.: Der Spielzeugladen, Weihnachtshörspiel.
20.00 D.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Livschakoff).
20.40 D.: Seelische Not der Arbeitslosen.
21.10 B.: Wiener Komponisten (1789—1815).
21.15 D.: Richard Wagner-Konzert.
22.35 B.: Tanzmusik.
23.00 D.: Unterhaltungsmusik aus Leipzig.

Dienstag, 22. Dezember

6.30 B. D.: Gymnastik, anschl. Frühkonzert.
10.10 D.: Schulfunk: Das Herz im Walde.
11.15 B.: Konzert des Sinfon. Blasorchesters.
11.30 D.: Ueber Luzernebau.
12.05 D.: Schulfunk: Orgelkonzert.
12.30 D.: Schallplatten: Volkslieder.
14.00 B. D.: Mittagskonzert aus Köln.
15.00 D.: Kinderstunde: Weihnachtsmärchen.
15.20 B.: Daseinskampf und Lebenswille.
15.40 B.: Klavierkonzert.
15.45 D.: Der künstliche Weihnachtsbaum.
16.05 B.: Ueber Deutschostafrika.
16.30 B. D.: Konzert aus Leipzig.
17.30 B. D.: Bücherstunde.
17.40 B.: Orchesterkonzert. Anschl.: Jugendstunde
18.00 D.: Weihnacht im Wandel der Zeiten.
18.30 D.: Geograph. Ursachen des Weltkrieges.
19.00 B.: Stimme zum Tag.
19.10 B.: Großstadtweihnacht. Anschl.: Choralkantate von Reger.
19.30 D.: Schnelle oder gründliche Justiz?
19.35 B.: England in den letzten vier Wochen.
20.00 B. D.: Aus Wiener Operetten.
22.50 D.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Flato).

Mittwoch, 23. Dezember

6.30 B. D.: Gymnastik, anschl.: Frühkonzert.
9.00 D.: Schulfunk: Weihnachtsgeschichten.
9.35 D.: Hans Reimann erzählt.
11.15 B.: Mittagskonzert.
11.30 D.: Zeitgemäßer Kartoffelbau.
12.00 D.: Schallplatten.
14.00 B. D.: Mittagskonzert aus Köln.
14.45 D.: Kindertheater.
15.20 B.: Ueber Kinderzeichnungen.
15.40 B.: Ueber Aberglaube.
15.45 D.: Arbeiten im Obstgarten.
16.00 D.: Bordkonzert aus Bremen.
16.05 B.: Plauderei über Italien.
16.30 B.: Schubertlieder.
16.50 B.: Bücher für die Jugend.
17.10 B.: Bücherstunde: Historische Erzählungen.
17.30 B.: Unterhaltungsmusik (Kapelle Roósz).
17.30 D.: Des Knaben Wunderhorn.
18.00 D.: Ueber Sibirien und die Mandschurei.
18.30 D.: Hochschulfunk.
19.00 B.: Stimme zum Tag.
19.00 D.: Moderne Beamtenjugend.
19.10 B.: Orgelkonzert.
19.30 B.: Otto Buchmann liest.
19.30 D.: Konzert aus Breslau.
20.00 B.: Das Spiel von den Heiligen Drei Königen, von Timmermans.
20.30 D.: Weihnachten in fremden Ländern.
21.05 D.: Wir putzen den Christbaum.
21.25 B.: Weihnachtskonzert.
22.20 D.: Politische Zeitungsschau.
Anschl.: B. D.: Tanzmusik.

Donnerstag, 24. Dezember

6.30 B. D.: Gymnastik, anschl.: Frühkonzert.
11.15 B.: Mittagskonzert.
12.00 D.: Schallplatten zu Weihnachten.
14.00 B. D.: Weihnachtslieder.
14.45 D.: Kinderstunde: Heiligabend.
15.00 B.: Dr. Ueberall erzählt.
15.10 D.: Jugendstunde.
15.20 B.: Von Sinn und Sitte des Schenkens.
15.40 B.: Philosoph — Poet — Prophet.
15.45 D.: Frauen berühmter Musiker.
16.00 B. D.: Christvesper in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche.
17.00 B. D.: Klassische Unterhaltungsmusik.
18.10 B. D.: Weihnachtsgedanken zur Winterhilfe.
18.35 B. D.: Geläut der Deutschen Glocke am Rhein.
18.50 B.: Stille Stunde.
18.50 D.: Weihnachtsfeier.
19.30 B.: Deutsche Volkslieder und Sprüche.
19.30 D.: Weihnachtsbläserchor.
20.00 D.: Weihnachtslieder.
20.30 B.: Weihnachtsmusik auf der Orgel.
20.30 D.: Weihnachtsmusik.
21.00 B.: Weihnachtsmusik.
21.00 D.: 30 deutsche Dome läuten.
22.15 D.: Weihnacht der Einsamen.
22.30 B.: Die Heilige Nacht, altes Christspiel.
0.10 D.: Weihnachtsmesse in der Benediktinerabtei Weingarten.

Freitag, 25. Dezember

5.30 B. D.: Christmette in Sehma.
7.00 B.: Frühkonzert.
7.00 D.: Hamburger Hafenkonzert.
8.55 B. D.: Morgenfeier.
11.00 D.: Weihnachten bei Theodor Storm.
11.30 B. D.: Bachkantate aus Leipzig.
12.15 B.: Ernst Blaß liest.
12.15 D.: Weihnachtsdichtungen von Margarethe Bruch.
12.30 B. D.: Johann-Strauß-Konzert.
14.30 B.: Kinderstunde: Märchen.
14.30 D.: Jugendstunde: Reiseerzählungen.
15.00 B. D.: Lieder von Walther Hirschberg.
15.30 B.: Briefe berühmter Deutscher.
15.30 D.: Engel in der deutschen Kunst.
16.00 B. D.: Konzert aus Wiesbaden.
18.00 B.: Bunte Stunde.
18.05 D.: Das dumme Englein, von Vicky Baum
19.00 B. D.: Beethoven, Violin-Sonate.
19.30 B.: Bilder aus Kanada und Alaska.
19.30 D.: Führerin — Verführerin Musik.
19.55 B. D.: „Der Troubadour", von Verdi.
23.00 B. D.: Konzert der Notgemeinschaft Berlin.

Sonnabend, 26. Dezember

6.30 B. D.: Gymnastik, anschl.: Frühkonzert.
8.55 B. D.: Morgenfeier.
11.00 B. D.: Blasorchesterkonzert.
12.00 B.: Weihnachtsdichtungen.
12.00 D.: Weihnachtsgeschichte.
12.15 B. D.: Mittagskonzert.
14.30 B.: Kinderstunde: Märchen.
14.15 D.: Schuberts Forellenquintett.
15.05 B. D.: Weihnachtspreis der Trabrennbahn Mariendorf.
15.30 B.: Mendelssohn Klaviersonate.
15.30 D.: Weihnachten auf dem Dorfe.
16.00 B.: Tiere und Menschen.
16.00 D.: Zwischen zwei Festen.
16.30 B. D.: Orchesterkonzert aus Breslau.
18.15 B. D.: Ferdinand Bonn erzählt.
18.45 B.: Haydn-Quartette.
18.45 D.: Heitere Stunde.
19.30 B. D.: Walther von Molo liest.
20.00 B. D.: Orchesterkonzert.
21.47 B. D.: „Die Meistersinger von Nürnberg", Oper von Wagner, 3. Akt. Anschließend: Tanzmusik.

Sonnabd., 19. Dez.
Staatsoper
Unter den Linden
95. Abonn.-Vorst.
Anfang 7½ Uhr
Cosi fan tutte
Ende 10½ Uhr

Sonnabd., 19. Dez.
Staatliches
Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt
95. Abonn.-Vorst.
Anfang 8 Uhr
Rauhnacht
Ende gegen 11

Sonnabd., 19. Dez.
Kroll-Theat.
am Pl. der Republik
Anfang 3½ Uhr
Dr. Dolittles Abenteuer
Ende 5½ Uhr

Sonnabd., 19. Dez.
Staatliches
Schiller-Th.
Charlottenburg
Grolmanstraße 70
Anfang 8 Uhr
Datterich
Ende 10¾ Uhr

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstr. 34
Turnus I
Anfang 7½ Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Ende geg. 10¾ Uhr

Lessing-Theater
Am 25. Dez. Premiere
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim
Max Hansen
Orchester: Dajos Bela

Volksbühne
Theat. a. Bülowplatz
D 1 Norden 2946
Täglich 8 Uhr
Käthe Dorsch
Die Großherzogin von Gerolstein
Operette v. J. Offenbach

Theater in der Stresemannstraße
Täglich 8½
Kopf in d. Schlinge
Wegen Vorbereitungen zur Silvesterpremiere vom 20.–24. Dez. geschl.
An den Weihn.-Feiertg. nachm. u. abds.
Kopf in der Schlinge
Vorverkauf 10–2

Komische Oper 8½
Friedrichstr. 104
An den 3 Feiertagen 4¼ und 8½:
Zur gold'nen Liebe
Waldmüller, Westermeier, Fels, Stepanek, Lilien, Krehan, W.-Kahle, v. Tubay
Heute u. morg. 4 U. 26. u. 27. 12. 2 U. (kl. Pr.)
Das neugierige Sternlein

Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Täglich 8½ Uhr
Gläubiger
Mittwoch, 23. Dez.
Premiere
Guido Thielscher
in
Das rote Tuch

Die Tribüne
Wilh. 5365
22. Dezember
Premiere
Stichwort: Feldena!
Ein Spiel
v. Else Eckersberg

Th. a. Nollendorfpl.
Täglich 8¼
Gasparone
Operette von Millöcker
Regie: Saltenburg
Bohnen, Slezak, Sucby, Sturm, Steffner, Winkelstern
Heute u. morgen 4 Uhr
Knecht Rupprechts Fahrt ins Märchenland

8¼ Th. d. Westens
Kantstraße 9
Weihnachten nachm. u. abds.:
Carl Jöken in **Der Vogelhändler**
Sonntag 5 u. 8¼
Der Vogelhändler
Preise v. 50 Pf. an

Berliner Theat.
Charlottenstr. 92-93
Tel. A 7 Dönhoff 625
Ab 23. Dez. tägl. 8¼ Uhr
Die spanische Fliege
m. Junkermann, Vespermann
An den 3 Weihnachtstagen 4½ und 8¼ Uhr.
— Kleine Preise. —

Deutsches Theat. Schumannstr. 13a
8 Uhr
Antonius und Cleopatra
von Shakespeare. Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie. Kurfürstendamm 206
Heute letzte Aufführung
8½ Uhr: **JEMAND**
v. Franz Molnar. Regie: Gustaf Gründgens
mit Albert Bassermann

Kurfürstendamm-Th. J 1 448
Gastspiel d. Aufricht-Produktion
Montag, 21. Dezember, 7½ Uhr
Mahagonny
von Brecht und Weill
Insz.: Neher. Mus. Ltg.: v. Zemlinsky

Deutsches Künstler-Theater
Nürnberger Str. 70. Dir. Viktor Barnowsky
Täglich 8¼ Uhr: **Fritzi Massary in Nina**
Mittwoch, 23. 12. nachm. 3½: Neueinstudiert
Karl May : Winnetou
Preise 0.20 — 3.50

Theater i. d. Behrenstraße
8¼ Uhr: Ralph Arthur Roberts in
Der Mann mit den grauen Schläfen

Ausschneiden
Neues Th. a. Zoo
Jebensstr. 7. Bhf. Zoo
Steinplatz 9625
8¼ **Ich hab' Dich einmal geküßt..**
Operette m. G. Briese
Vorz. Park.-Faut. 90 Pf.
Sonnab. u. Stg. 4:
Knecht Rupprecht
Vorz. Park.-Faut. 90 Pf.

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
NONI
LOLITA BENAVENTE
und das große Weihnachts-Progr.
Achtung!
Benutzen Sie den Vorverkauf für die Feiertage täglich ab 10 Uhr ununterbrochen

8¼ Metropol-Th.
Behrenstr. 55
Nur noch bis 20. Dez.
Die Blume von Hawai
Sonntag 5 u. 8¼
Blume von Hawai
Preise v. 50 Pf. an
(Am 23. Premiere mit Rich. Tauber)

Reichshallen-Th.
Leipziger Str. 77
Abds. 8 U.-Stg. nm. 3½
Stettiner Sänger
Weihnachtsprogr.
„Christmarkt"
Nchm. halbe Preise
voll. Progr.

Rose-Theater
Gr. Frankf. Str. 132
T. Weichs. E 7 3422
3 Uhr: Schneewittchen u. d. sieb. Zwerge
6 und 9 Uhr:
Die keusche Susanne

Ausschneid.
Zentral-Th.
Alte Jakobstr. 30
Dönh. 2047
Täglich 8½ Uhr
Die
Postmeisterin
Operette v. Leon Jessel
m. Käte König, Ed. Nicol
Vorz. halbe Pr. v. 50 Pf. an

8¼ **Theater in d. Klosterstraße**
(unmittelbar a. U-Bahnhof)
Auch an den Feiertagen
Der fröhliche
Weinberg
Sonnabend 4, Sonntag 5 U.
Aschenputtel
3 U. Rotkäppchen

GR. SCHAUSPIELHAUS 8
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
An allen 3 Feiertagen
Nachmittags-Vorstellung
3 Uhr
Billige Preise der Plätze

Plim-Plam-Plini
Weihnachtliches Zauber-Spiel aus dem alten Berlin in zehn bunten Bildern von My
im Großen Schauspielhaus
(Bahnhof Friedrichstraße)
heute nachmittag ¼4 Uhr
Karten nur noch an der Kasse
Letzte Aufführung:
Sonntag, 20. Dezember
Karten dafür bis heute abend 6 Uhr in allen Geschäfts-Stellen der Vossischen Zeitung

Theater im Admiralspalast
Friedrichstr. 101-102
Tägl. 8¼ u. a. d. 3 Weihnachtstag. nchm. u. abds.
Gitta Alpar
in
Die Dubarry
Preise v. 50 Pf. an

Vers. gegen Nachn.
Kalbskeulen
netto 9 Pfd. franko für RM 6,75,
Kalbskeulen o. Knoch. RM 0,90 p. Pfd. frk.
Schlächterei Lassen u. Sohn, Ahneby, Sterup-Ld., Schl.-Holst.

Wenn ich das tragen könnte!

So schlank sein, daß jedes Kleidungsstück elegant und vornehm wirkt, das ist ein vielbegehrter Wunsch.
Dr. Ernst Richters Frühstückskräutertee
das angenehme, ärztl. empfohlene Morgengetränk hilft dazu. Er schmeckt gut, erfrischt das Blut und bringt das träge Fett zum Schwinden. Sie nehmen langsam ab, werden geschmeidiger und fühlen sich jünger und wohler. Paket M 2.—, Kurpackg. (6fach. Inh.) M 10.—, extrastark, M 2.50 und M 12.50. In Apoth. u. Drog.
Dr. Ernst RICHTER'S FRÜHSTÜCKS KRÄUTERTEE
„Hermes" Fabrik pharm. kosm. Präp. München SW 7, Güllstr. 7

„Hier entsteht eine deutsche Revolutionsgeschichte, die der französischen von Taine und Lamartine ebenbürtig zur Seite tritt"

so schrieben die „Münchner Neuest. Nachrichten" über Valentins Revolutionsgeschichte bei Erscheinen des ersten Bandes. Der „Berliner Börsen-Courier" sagte: „Das Werk hält weit mehr, als der Titel verspricht. Es entsteht ein farbenreiches Bild deutschen Lebens um die Mitte des 19. Jahrhunderts." Und die „Literarische Welt": „Mit großer Neugier warten wir auf den 2. Band." Soeben erschien

der abschließende 2. Band:

Veit Valentin
Geschichte der deutschen Revolution 1848–49

Eine der spannendsten Epochen deutscher Geschichte ist nun mit ihren dramatischen Ereignissen in ganz Deutschland zum erstenmal ausführlich behandelt. Wer sich für Politik, für Geschichte interessiert, muß die Vorgänge dieser Zeit kennen, und „wer sich eingehend unterrichten will, dem können wir das Valentinsche Werk nicht dringend genug empfehlen". (Neue Leipziger Ztg.) Preis des 1. Bandes broch. 18 M, in Ganzleinen 21 M. Der 2. (viel stärkere) Band kostet brosch. 21 M, in Ganzleinen 24 M. Jeder Band auch einzeln zu haben! / Verlag Ullstein.